

Wirtschaft⁷⁵ und Gesellschaft

ARBEITERSCHUTZ

Inhalt

Editorial

Zur Konjunkturlage im
Euroland

Jochen Hartwig

Zur Notwendigkeit von
Kapitalverkehrsbeschränkungen

Hans Seidel

Währungsreform und
Besatzung in Österreich 1945-47

Josef Schmee

Geldvermögen in privaten
Haushalten in Wien

Jakob Juchler

Die Transformationsprozesse
Polens und Tschechiens

WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT

25. Jahrgang (1999), Heft 3

Inhalt

Editorial	
Zur Konjunkturlage im Euroland	257
Jochen Hartwig	
Zum Wesen der Finanzmärkte und der Notwendigkeit von Kapitalverkehrsbeschränkungen	265
Hans Seidel	
Währungsreform und Besetzung in Österreich 1945-47	285
Josef Schmee	
Geldvermögen in privaten Haushalten in Wien	313
Jakob Juchler	
Die Transformationsprozesse Polens und Tschechiens im Vergleich	329
Bücher	
Wolfgang Kasper, Manfred E. Streit, Institutional Economics. Social Order and Public Policy (Felix Butschek)	361
Marianne Beisheim u.a., Im Zeitalter der Globalisierung? Thesen und Daten zur gesellschaftlichen und politischen Denationalisierung (Josef Schmee)	365
George Soros, Die Krise des globalen Kapitalismus. Offene Gesellschaft in Gefahr (Uli Schönbauer)	370
Thorsten Schulten, Reinhard Bispinck (Hrsg.), Tarifpolitik unter dem EURO. Perspektiven einer europäischen Koordinierung: das Beispiel Metallindustrie (Michael Mesch)	376
Materialien zu ‚Wirtschaft und Gesellschaft‘	379

Unsere Autoren

Jochen Hartwig ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsinstitut für empirische Ökonomie und Wirtschaftspolitik an der Universität St.Gallen.

Jakob Juchler ist Lehrbeauftragter an der Universität Zürich.

Hans Seidel ist Honorarprofessor, Staatssekretär a. D. und ehemaliger Leiter des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (Wifo) und des Instituts für Höhere Studien (IHS).

Josef Schmee ist Mitarbeiter der Kommunalpolitischen Abteilung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien.

Editorial

Zur Konjunkturlage im Euroland

I.

Nachdem vor gut einem halben Jahr in elf Mitgliedsländern der Europäischen Union, zum Teil verbunden mit großen Hoffnungen bezüglich Stabilität und wirtschaftlicher Dynamik, der Euro als gemeinsame Währung eingeführt wurde, machte sich in letzter Zeit wieder vermehrt eine gewisse Skepsis bemerkbar. Die Wachstumsprognosen für die europäische Wirtschaft mußten seit Mitte 1998 mehrmals abwärtsrevidiert werden, und die Entwicklung des Außenwertes des Euro bewirkte unter den Bürgern eine steigende Verunsicherung über die Stabilität der neuen Währung. Oberflächlich betrachtet liegt die Vermutung nahe, daß die Erwartungen doch zu hoch angesetzt waren. Hat man den Bürgern etwa zu viel versprochen? Eine nähere Betrachtung der konjunkturellen Entwicklung (Abschnitt II) soll zeigen, daß der Euro in turbulenten Zeiten seine Feuertaufe durchaus bestanden hat und trotz des gegenüber dem Einführungskurs vom Jahresbeginn gesunkenen Außenwertes der Stabilität zuträglich war (Abschnitte III und IV).

II.

Während die Wirtschaft der USA dank der robusten Inlandsnachfrage (wenn auch auf Kosten einer längerfristig nicht tragbaren Verschuldung der Haushalte sowie mit einem Leistungsbilanzdefizit in der Höhe von 3 Prozent des BIP) weiterhin erstaunlich kräftig wächst, zeichnet sich in Japan noch immer keine nachhaltige Überwindung der hartnäckigen Krise, kein Ende der Deflation ab, da die Wiederherstellung des Vertrauens von Unternehmen und Haushalten nach wie vor noch effizienter Schritte der Politik zur Bewältigung der Strukturprobleme, vor allem im Finanzsektor, bedarf.

Die Fundamentaldaten der europäischen Wirtschaft entwickelten sich gegen Ende der neunziger Jahre geradezu prächtig: es existiert praktisch kein Preisauftrieb mehr, die Investitionsrentabilität übertrifft den historischen Höchststand der sechziger Jahre, die öffentlichen Haushalte konnten soweit saniert werden, daß die Gefahr explodierender Defizite bzw. Verschuldung gebannt ist, die Nominalzinsen wurden deutlich reduziert, sinkende Lohnstückkosten verbessern die preisliche Wettbewerbsfähigkeit,

und zumindest unter den Teilnehmerländern an der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion wurden die Unsicherheiten bezüglich Wechselkursschwankungen eliminiert.

Allerdings blieb eine wesentliche Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum unerfüllt, nämlich die gleichgewichtige Entwicklung der nachfrageseitigen mit den angebotsseitigen Faktoren. Die Entwicklung der Einkommen der Unselbständigen verlief in Europa im Durchschnitt deutlich langsamer als der Produktivitätszuwachs. Dies dämpfte den größten Nachfragefaktor, den Konsum der privaten Haushalte. Da daneben auch die Ausgaben der öffentlichen Haushalte durch die Konsolidierungsbemühungen zur Erreichung der Maastricht-Kriterien eingebremst wurden, und da die Investitionen infolge von hohen Realzinsen und schwachen Nachfrageerwartungen gebremst wurden, litt die europäische Wirtschaft in den neunziger Jahren unter einer Schwäche der Binnennachfrage. Diese war dafür mitverantwortlich, daß die Dynamik der Konjunkturaufschwünge in diesem Jahrzehnt deutlich weniger kräftig ausfiel als in früheren Konjunkturzyklen.

Der jüngste, nach den Finanzmarkturbulenzen 1995 in Westeuropa in Gang gekommene Wirtschaftsaufschwung kam zu Jahremitte 1998 ins Stocken, als nach Südostasien auch Rußland in eine tiefe Krise taumelte, und das Übergreifen auf Lateinamerika ließ nicht lange auf sich warten. Das Wachstum des Welthandels erlitt einen drastischen Einbruch von 10 (1997) auf 2 Prozent (1998). Nicht nur die Wachstumsprognosen für die Industrieländer mußten spürbar reduziert werden, dazu kam auch noch ein enormer Anstieg der Risiken. Die einzelnen Risikofaktoren waren nicht mehr – wie sonst üblich – separat zu bewerten, sondern eine Kettenreaktion drohte: wird ein Risiko (z.B. Brasilien) schlagend, so werden auch die übrigen (US-Aktienmärkte, Rußland und Osteuropa, China...) aktiviert. Wird ein Ziegelstein entfernt, so bricht das ganze Gebäude zusammen. Die Weltwirtschaft insgesamt stand zumindest näher an der Kippe als seit vielen Jahren.

Ein knappes Jahr später läßt sich die Beurteilung der Lage in eine gute und eine schlechte Nachricht fassen. Letztere besagt, daß die Wachstumsabschwächung kräftiger ausgefallen ist, als noch sechs Monate zuvor prognostiziert wurde. Die gute Nachricht lautet, daß die damals angeführten Risikofaktoren heute deutlich geringer bewertet werden können, da sowohl in Lateinamerika als auch in Südostasien die Stabilisierung der Lage gelungen sein dürfte. Die Gefahr des Absturzes der Weltkonjunktur scheint abgewehrt, nach dem derzeitigen Wissens- und Erfahrungsstand dürfte durch die Krisenherde bloß eine vorübergehende Delle in der Konjunkturentwicklung eingetreten sein, welche zu Jahresende schon wieder überwunden sein sollte.

III.

Der Euro selbst erlebte, ebenso wie seine Einschätzung durch Experten und Bevölkerung, in seinem kurzen Dasein (und auch schon davor) bereits einige Berg- und Talfahrten. Im Sommer 1999 erreichte die Stimmung einen Tiefpunkt, hatte doch der Euro seit Jahresbeginn gegenüber dem US-Dollar rund 12 Prozent, gegenüber einem gewichteten Währungskorb rund 8 Prozent an Wert verloren. Ist der Euro doch nicht so stabil wie erwartet? Mißtrauen die internationalen Finanzmärkte wirklich einem sozialdemokratisch dominierten Europa, welches bezüglich Budgetdisziplin wieder den Schlendrian walten läßt? Leidet der Euro unter einer fundamentalen Schwäche?

Um diese Frage seriös zu beantworten, muß man zuerst einmal den Stabilitätsbegriff etwas präziser definieren, bevor im nachfolgenden Abschnitt dann die Entwicklung des Außenwertes des Euro beleuchtet werden soll.

Vielfach glauben die durch mehrere Geldentwertungen traumatisierten Älteren irrigerweise, der Wohlstand hänge (immer und überall) vom Wechselkurs ab, und sie geben ihre Erkenntnis auch gerne und nachdrücklich an die nachfolgenden Generationen weiter. Wenn auch selbstverständlich gewisse Beziehungen zwischen der Entwicklung des Außenwertes einer Währung einerseits und des realen Wertes von Einkommen und Vermögen andererseits bestehen (wie etwa über die importierte Inflation), so verlieren diese Zusammenhänge mit abnehmender außenwirtschaftlichen Verflechtung und mit der zunehmenden Verwendung der eigenen Währung als internationale (Handels- und Reserve-)Währung an Bedeutung. Nach Jahrzehnten des Lernens und Lehrens, in Modellen kleiner, offener Volkswirtschaften zu denken, wo der Wechselkurs tatsächlich eine wichtige Bezugsgröße darstellt, und wo die Fixierung auf den Wechselkurs auch durchaus rational war, müssen die Bewohner von Euroland offensichtlich erst lernen, in den neuen Dimensionen zu denken.

Genau in diesem Punkt hat die dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion die Rahmenbedingungen radikal verändert. Waren bislang in den EU-Staaten Außenhandelsverflechtungen um 50 Prozent durchaus üblich (z.B. in den Niederlanden und Belgien; in großen Ländern wie Deutschland oder Frankreich immerhin um 35 Prozent), so werden nun im Euroland 87 Prozent der "nationalen" Außenhandelsströme innerhalb des Gebiets der Einheitswährung und nur 13 Prozent mit anderen Währungsgebieten abgewickelt. Diese Veränderung und ihre Konsequenzen und damit auch die Stärkung der internationalen Position der europäischen Wirtschaft ist – im Gegensatz zu Japan und den USA¹, wo ähnliche Außenhandelsrelationen vorherrschen – noch nicht wirk-

lich umfassend in das Bewußtsein der Bürger eingedrungen. Äußere und innere Stabilität können noch nicht ausreichend unterschieden werden.

Auch wenn man korrekterweise hinzufügen muß, daß darüberhinaus gewisse Güter, vor allem Rohstoffe wie Erdöl, auch im Euroland in Dollar gehandelt werden, so machen die oben angeführten Zahlen offenkundig, daß für die monetäre Stabilität im Gebiet der Einheitswährung nicht die äußere (Währungs-)Stabilität, sondern in dominanter Weise die innere (Preis-)Stabilität von Relevanz ist. Wirft man einen Blick auf die Inflationsraten in den traditionellen Hartwährungsändern der EU-11, so zeigt sich, daß der Euro stabiler ist, als es DM oder Schilling je zuvor waren, denn eine Inflationsrate von praktisch Null gab es tatsächlich schon lange nicht. Wechselkursveränderungen können somit mit ebensolcher Gelassenheit gesehen werden, wie dies in den USA der Fall ist, denn diese sind in der Regel nur dann bedenklich, wenn dadurch die Preisstabilität gefährdet wird oder Störungen der Währungssysteme drohen. Da bei gegebener Preisentwicklung und Außenverflechtung die Angst vor einem massiveren Inflationsimport nicht wirklich rational begründbar erscheint, kann das große Zittern vor der Geldentwertung durch Euro-Kursverluste gestroht eingestellt werden.

IV.

Ganz abgesehen von der Klärung des Stabilitätsbegriffes sollte man zur realistischen Einschätzung der Kursentwicklung des Euro ein Jahr zurückblicken.

- Ihren ersten und bislang schwersten Härte-test hat die neue Währung bereits im Herbst 1998, also noch vor ihrer offiziellen Einführung, bravourös bestanden. Alleine das klare Bekenntnis, unumstößlich am Plan zur dritten Stufe der Währungsunion festzuhalten, hat die Währungen der Teilnehmerstaaten resistent gegen die internationalen Finanzprobleme gemacht. Im Gegensatz zu anderen Weltregionen (und übrigens auch zu den Nicht-Euro-Währungen in Europa) blieb das als Euroland geplante Gebiet relativ unbeeindruckt von den krisenhaften Entwicklungen und erwies sich als "sicherer Hafen" für vorsichtshalber aus anderen Regionen abgezogenes Kapital. Man kann jedenfalls davon ausgehen, daß ohne den festen Plan zur Einführung des Euro erneute Verwerfungen innerhalb des europäischen Währungsgefüges die Wirtschaft weit tiefer erschüttert und vermutlich in eine Rezession geführt hätten.
- Weiters führte eine ganze Reihe von Faktoren dazu, daß die Euro-Dollar-Relation bei der Einführung zu Jahresbeginn nicht unbedingt den realen wirtschaftlichen Gegebenheiten ent-

sprach: der Dollar litt aufgrund der Finanzkrisen (im Gegensatz zum Euro) mit rund 10 Prozent Wertverlust innerhalb kürzester Zeit an einer vorübergehenden Schwäche, während die amerikanische Wirtschaft aber rascher wuchs als erwartet. Der (erst einzuführende) Euro selbst blieb stark, und zwar einerseits, da sich die Konjunkturverschlechterung in ihrem tatsächlichen Ausmaß nur schleichend und etappenweise in den Prognosen und in der Folge dann eben auch in den Wechselkursen niederschlug, und andererseits, da man infolge der Skepsis von Experten und Bürgern (welchen die Unterscheidung von äußerer und innerer Stabilität nicht gelang) im Herbst 1998 aus psychologischen (kaum aus ökonomischen) Gründen Stärke demonstrieren wollte. Es ist daher irreführend, permanent die Euro-Dollar-Relation von Jahresbeginn 1999 als Referenzwert heranzuziehen.

- Betrachtet man beispielsweise die historische Bandbreite der DM-Dollar-Relation oder die Relation des Dollar zu einem synthetischen Euro-Vorläufer, und zieht man dazu auch die unterschiedlichen Positionen von EU und USA im Konjunkturzyklus in Betracht (überraschende ungebremste, geradezu nicht enden wollende Stärke in den USA, ebenso überraschend stärker als erwartete Wachstumsverlangsamung in der EU, wo sich gerade wesentliche Kernländer wie Deutschland und Italien nur äußerst zäh aus dem hartnäckigen Tief befreien können), so liefert schon alleine die unterschiedliche Konjunkturlage den wesentlichen Teil der Erklärung der Entwicklung des Euro-Kurses. Die Wirkungskette: ‚schwache Gesamtnachfrage/niedrigere Zinsen/sinkender Wechselkurs‘ kann wohl auf den Finanzmärkten aufgrund ihres geradezu lehrbuchartigen Verlaufes kaum für Überraschungen gesorgt haben. Die „Schwäche“ des Euro ist vielmehr eine Stärke des Dollar. Der Euro-Kurs wird – wie auch in der Vergangenheit derjenige von „stabilen“ Währungen wie DM oder Schilling – eine Hochschaubahn bleiben, ohne daß dies neue Stabilitätsprobleme verursachen würde.
- Natürlich kommen dazu noch gewisse psychologische, die Märkte leicht verunsichernde, spezifisch europäische Phänomene, wie der Kosovo-Krieg und die öffentlichen Diskussionen über die Erfüllung von Stabilitätszielen der öffentlichen Haushalte, doch sei hier die Behauptung gewagt, daß diese alleine (also ohne die zuvor angeführten Gründe wie überhöhter Einstiegskurs und stark differierende Wachstumsraten) bloß zu einem kaum merkbaren und nicht nachhaltigen Schlenker des Euro-Wechselkurses geführt hätten.

Vieles spricht dafür, daß die Kaufkraftparität von Euro zu Dollar nun eine vernünftiger Relation darstellt als zuvor. Die seit Anfang Juli erfolgte Korrektur des Wechselkurses hat jenen Recht gege-

ben, die keinen Anlaß für ein Reagieren der europäischen Geldpolitik auf die vorherige Wechselkursentwicklung gesehen hatten. Ein neuer restriktiver Impuls könnte die Hoffnungen auf einen kräftigeren europäischen Konjunkturaufschwung wieder einmal zunichte machen und – bei einem Kippen der psychologischen Faktoren – sogar die Gefahr ergeben, daß Europa wie zuvor Japan in die Liquiditätsfalle tappt.

V.

Was in Europa an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend also gefragt ist, ist einerseits eine stärkere Gesamtnachfrage und andererseits ein höherer Bewußtseinsstand über die Bedeutung der neuen Einheitswährung. Letzteres bedarf offensichtlich einer verstärkten Aufklärung zur Herausbildung eines stärkeren Euro-(Selbst-)Bewußtseins der durch die Euro-Kursentwicklung verunsicherten europäischen Bürger. Der konstruktive Beitrag des österreichischen Wirtschaftsjournalismus dazu hielt sich übrigens bislang noch in recht engen Grenzen.

Was die Nachfrageentwicklung betrifft, so stellt die sogenannte "Schwäche" des Euro geradezu einen Segen für die europäische Konjunktur dar, bringt sie doch Arbeitsplätze in der Exportwirtschaft. Ansonsten sollten die Hoffnungen auf eine rasche Wiederbelebung der Konjunktur eher auf heimische Nachfragekomponenten gerichtet werden, denn in den USA wird wohl irgendwann doch die sanfte Landung der Konjunktur vollzogen werden, und in den übrigen Weltregionen ist in absehbarer Zeit kaum mit einer überschäumenden Dynamik zu rechnen.

Ein hoffnungsvoller Ansatz könnte in der Verwirklichung der beim Gipfel in Köln (Juni 1999) vereinbarten verbesserten Abstimmung der unterschiedlichen Politikbereiche sein, welche den "Köln-Prozeß" (europäischer Beschäftigungspakt) als dritte Säule dem sogenannten "Luxemburg-Prozeß" (koordinierte Beschäftigungsstrategie) sowie dem "Cardiff-Prozeß" (Strukturreformen zum besseren Funktionieren der Waren-, der Dienstleistungs- und Kapitalmärkte) hinzufügt. Der im Pakt vorgeschlagene regelmäßige Dialog zwischen den wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern – natürlich unter Wahrung der jeweiligen Unabhängigkeit – bietet Möglichkeiten für eine kohärentere Wachstums- und Beschäftigungsstrategie. Am Beispiel Österreichs ist zu ersehen, daß ein solcher intensiver Dialog unter Einbeziehung der Sozialpartner durchaus erfolgreiche Perspektiven eröffnen kann.

Andererseits sind gewisse Zweifel an der Bereitschaft oder Fähigkeit mancher Akteure zu diesem Dialog angebracht. Es ist zu hoffen, daß etwa die Darlegung der Problemsicht der EZB in de-

ren Juni-Monatsbericht nur auf die Knappheit der Formulierung zurückzuführen ist und nicht deren grundsätzliche Einstellung zum Dialog widerspiegelt. Denn darin verkündet die EZB etwa folgendes, hier sinngemäß in geraffter Form und ausdrücklich nicht als Originalzitat wiedergegeben: "Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht, im April die Zinsen gesenkt und damit die Basis für starkes Wachstum gelegt. Nun müssen endlich die Arbeitsmärkte flexibilisiert und die Stabilitätspolitik der Haushalte konsequenter durchgezogen werden". Einmal ganz abgesehen von der Frage, ob nicht trotz der höchst unterschiedlichen Position von EU und USA im Konjunkturzyklus die langfristigen Realzinsen in der EU nur bemerkenswert wenig niedriger liegen als in den USA, so muß doch festgestellt werden, daß ein solches Herangehen wohl nicht gerade das darstellt, was – etwa in österreichischer Tradition – als "Dialog unter Partnern" verstanden werden kann.

Da jedoch vom europäischen Beschäftigungspakt ohnedies bestenfalls längerfristig positive Effekte zu erwarten sind, muß die österreichische Konjunktur zur Zeit vor allem auf hausgemachte Nachfrage setzen, nicht zuletzt auch deshalb, da in wesentlichen Handelspartnerländern wie Deutschland, Italien und Ungarn die Entwicklung der Gesamtnachfrage weiterhin recht gedämpft prognostiziert wird. So sind in Österreich im Jahr 2000 insbesondere von der Entlastung der Haushalte durch die Steuerreform und durch die Änderungen der Familienleistungen Impulse für die Nachfrage zu erwarten. Auch die Expansion der Beschäftigung und die niedrige Inflationsrate tragen zur Erhöhung der Massenkaukraft bei. Die Einschätzungen der Unternehmer verbessern sich im Gleichschritt mit der Reduktion der internationalen Risiken, niedriger Euro-Kurs sowie eine in den letzten Jahren enorm verbesserte Lohnstückkostenposition bilden eine gute Ausgangsbasis für eine Expansion.

Allerdings ist auch damit zu rechnen, daß die Zeiten für Exporteure aus dem Euro-Raum wieder etwas härter werden. Falls der Kosovo-Konflikt einer nachhaltigen Lösung zugeführt werden und die US-Konjunktur endlich die überfällige sanfte Landung erleben sollte, so könnte der Euro im Zuge einer Wiederbelebung der europäischen Konjunktur doch wieder (hoffentlich nicht schlagartig) ein gewisses Aufwertungspotential realisieren können. Dies wird – auch wenn es die Exportwirtschaft weniger erfreut – zur Beruhigung der Freunde der äußeren Stabilität ebenso beitragen wie zur Freude der USA-Besucher.

Eines sollte aber in der ganzen Diskussion um Stabilität, sei es äußere oder innere, nicht vergessen werden. Natürlich ist es anzustreben, daß in einer Welt, die durch zunehmende Liberalisierung und Internationalisierung auch unsicherer, volatiler und krisenanfälliger wird, die Eurozone eine Stabilitätszone darstellt.

Wesentliche Teile davon sind bereits erfolgreich verwirklicht. Der Stabilitätsbegriff der Eurozone sollte jedoch vielmehr – weit hinausgehend über bloße Preis- und Währungsstabilität – auch die Stabilität von Beschäftigung, Einkommen und kollektiver Sicherheit umfassen, um Europa weiterhin erfolgreich im Wettbewerb der Systeme bestehen zu lassen.

¹ Dies macht folgende Anekdote deutlich: Fragte man einen US-Bürger zu Zeiten, als ein Dollar 25 Schilling kostete, wieviel ein Dollar wert sei, erhielt man dieselbe Antwort wie damals, als ein Dollar nur 9 Schilling wert war, nämlich: "Na, ein Dollar ist ein Dollar!"

Zum Wesen der Finanzmärkte und der Notwendigkeit von Kapitalverkehrsbeschränkungen

Jochen Hartwig

1. Einleitung

Das zentrale Theorem der Wohlfahrtsökonomik besagt, daß sich selbst überlassene Wettbewerbsmärkte über den Preismechanismus stets gleichgewichtige und effiziente Allokationen herstellen. Die Effizienz des Marktergebnisses hat zwei Facetten: Einerseits ist es nicht möglich, durch Redistribution den Nutzen eines Marktteilnehmers zu erhöhen, ohne zugleich den Nutzen eines anderen zu reduzieren (Tauscheffizienz), andererseits ist es nicht möglich, durch eine Reallokation der Produktionsfaktoren (beispielsweise von einem Land in ein anderes) den gesamten Output zu erhöhen (Produktionseffizienz).

Auf diesem Theorem beruht die wirtschaftswissenschaftliche Empfehlung an die Wirtschaftspolitik, nicht in Marktprozesse zu intervenieren und Märkte wo immer möglich zu liberalisieren. Tatsächlich sind die internationalen Gütermärkte im Rahmen des GATT und auch die Finanzmärkte seit den fünfziger Jahren (wenn auch nicht kontinuierlich) liberalisiert worden.¹ Heute halten nur noch wenige Länder Kapitalverkehrsbeschränkungen aufrecht.

Kein Bereich der Volkswirtschaft (oder der Weltwirtschaft) weist die Charakteristika eines perfekten Spotmarktes eher auf als die Finanzmärkte. Und dennoch besitzen die Finanzmärkte eine Eigenart, die sie von den Gütermärkten fundamental unterscheidet: Sie können keine im Sinne der Wohlfahrtsökonomik effiziente Allokation hervorbringen. Warum nicht? Diese Frage soll im vorliegenden Aufsatz durch die Erhellung des "Wesens" der Finanzmärkte und unter Rückgriff auf Theorieelemente von John Maynard Keynes beantwortet werden.

2. Zum Wesen der Finanzmärkte

Zunächst einmal muß gesagt sein, daß die Ansicht, Finanzmärkte würden nach denselben Prinzipien funktionieren wie beispielsweise Gütermärkte und würden ebenfalls zu effizienten Marktergebnissen führen, weit

verbreitet ist. So schreibt etwa der neue US-Finanzminister, Lawrence Summers:

"(T)he ultimate social functions [of financial markets are] spreading risks, guiding the investment of scarce capital, and processing and disseminating the information possessed by diverse traders ... (P)rices will always reflect fundamental values ... The logic of efficient markets is compelling."²

Wer diese "Effizienzmarkttheorie" des Finanzsektors akzeptiert, unterstützt damit zugleich eine bestimmte Weltsicht, was womöglich nicht jedem ihrer Anhänger voll bewußt ist. Es ist deshalb wichtig, die Grundlagen dieser Weltsicht möglichst klar herauszuarbeiten und zu begründen, warum die "Effizienzmarkttheorie" notwendig auf ihr basiert.

Die Wurzeln der hier angesprochenen Weltsicht reichen bis ins 15. Jahrhundert zurück, als der Mönch Luca Paccioli (bekannt als Erfinder der doppelten Buchführung) in seiner *Summa de arithmetica, geometria et proportionalità* folgendes Problem stellte:

"A und B spielen ein faires Spiel *Balla*. Sie kommen überein, so lange weiterzuspielen, bis einer von ihnen sechs Runden gewonnen hat. Das Spiel wird jedoch abgebrochen, als A fünf Runden und B drei Runden gewonnen hat. Wie sollten die Spieleinlagen aufgeteilt werden?"³

Diese Problemstellung führt an die Schwelle einer neuen Methode: dem Versuch, aus vergangenen Ereignissen zukünftige mit einer gewissen - quantifizierbaren - Wahrscheinlichkeit abzuleiten. Nach Lage der Dinge hätte "wahrscheinlich" A zuerst das sechste Spiel gewonnen und den Spieleinsatz kassiert, aber B war auch nicht chancenlos und hätte A noch überholen können. Es wäre also nicht fair, A den gesamten Spielgewinn zuzusprechen, wohl aber den größeren Teil. - Wie dem auch sei, eine neue Methode war geboren. Mehr noch: eine Weltsicht! Denn obwohl ein Stand von 5:3 im *Balla*-Spiel nichts über den Ausgang der nächsten Runden aussagt, schickte sich die entstehende Wahrscheinlichkeitstheorie an, einen vermeintlichen Blick in die Zukunft zu werfen mittels der Analyse früher realisierter Verteilungen. Über fünf Jahrhunderte hin zweifelte keiner der bedeutenden Promulgatoren der Wahrscheinlichkeitstheorie (Daniel Bernoulli, Carl Friedrich Gauß, Henri Poincaré, Francis Galton u.a.) daran, "im Besitz der notwendigen Werkzeuge zur Definition dessen zu sein, was die Zukunft in petto hält".⁴

Diese Sichtweise dominiert auch heute noch die Wirtschaftstheorie. Sie findet ihren Ausdruck in der Annahme, alle ökonomischen Beobachtungen seien Teile von Zeitreihen, die durch sogenannte *stochastische Prozesse* generiert wurden.⁵ Ein stochastischer Prozeß ist ein dynamischer Vorgang mit Zufallscharakter, m.a.W. eine Abbildung, die jedem Ergebnis (w) eines Zufallsvorganges eine Zeitreihe $X_t(w)$ zuordnet. Die Zeitreihe wird mithin als Zufallsvariable angesehen, und der stochastische Prozeß ist eine Folge von Zufallsvariablen. Einen stochastischen Prozeß stellt man sich am besten vor als ein "Ensemble" von möglichen Zeitpfaden (Trajektorien), von denen einer durch den Zufallsvorgang ausgewählt wird.

Dieser Konstruktion liegt also die Vorstellung zugrunde, es gäbe ein Ensemble von Makrowelten, von denen eine - unsere - durch ein Zufalls-

experiment ausgewählt wurde. Es ist nun weiterhin nötig, hinsichtlich der sogenannten empirischen Momente (Mittelwerte, Varianzen und Kovarianzen) des stochastischen Prozesses bestimmte Verteilungsannahmen zu treffen, denn da aus dem Ensemble von Trajektorien nur eine einzige pro Zeitreihe vorliegt, können diese Momente mit dem vorhandenen Datenmaterial unmöglich geschätzt werden. Unter diesen Voraussetzungen, aber nur unter diesen, folgen die ökonomischen Zeitreihen einer wohldefinierten Verteilung mit bekannten Eigenschaften, und zwar auch in der Zukunft. Da man die Verteilungsmomente kennt, kann man auch für die Zukunft angeben, was der Erwartungswert der Reihe sein wird und mit welcher Wahrscheinlichkeit sich die Ausprägung der Reihe in einem gewissen Intervall um den Erwartungswert herum befinden wird.

Wenn all diese Voraussetzungen erfüllt sind, so wird der stochastische Prozeß mit einem von Paul Samuelson in die Ökonomie eingebrachten Begriff als "ergodisch" bezeichnet.⁶ In ergodischen Systemen sind zukünftige Ereignisse immer verlässlich vorhersagbar durch die Anwendung der Wahrscheinlichkeitsanalyse auf vergangene und gegenwärtige Ereignisse. Samuelson hat die Akzeptanz der "ergodic hypothesis" zur *conditio sine qua non* dafür erklärt, daß die Ökonomie eine "harte" Wissenschaft mit empirischer Grundlage sein könne - eine Meinung, der sich später Robert E. Lucas angeschlossen hat.⁷ Tatsächlich liegen die erwähnten Annahmen auch der Neuklassischen *Theorie rationaler Erwartungen* zugrunde.

Die in Luca Pacciolis *Balla*-Spiel angelegten Reflektionen münden also in eine Weltsicht der objektiven Wahrscheinlichkeit. "The future is merely the statistical reflection of the past."⁸ *Unsicherheit* im eigentlichen Wortsinn ist abwesend, vielmehr kann das Wahrscheinlichkeitskalkül Unsicherheit auf denselben berechenbaren Status reduzieren wie die Sicherheit selbst. (Solche "berechenbaren Unsicherheiten" nennt man *Risiken*.) Die Frage ist nun allerdings, ob die Welt, in der wir leben, korrekt als ein ergodischer stochastischer Prozeß beschrieben werden kann. Dies bezweifelt Paul Davidson:

"If we do not possess, never have possessed, and conceptually never will possess an ensemble of macroeconomic worlds, then it can be logically argued that a distribution function cannot be defined. The application of the mathematical theory of stochastic processes to macroeconomic phenomena would therefore be questionable, if not in principle invalid."⁹

Die ersten Zweifler an der ergodischen Weltsicht traten nicht eher als nach dem Ende des Ersten Weltkrieges ins Rampenlicht. Es war dies eine Zeit des Umbruchs, in der Robert Brownings Diktum "Gott ist in seinem Himmel / Und die Welt in Ordnung" zunehmend an Akzeptanz verlor. Bereits das erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts, also die Zeit, in der diese Zweifler ihr Menschen- und Weltbild ausformten, war eine Zeit, in der die "irrationalen Kräfte" an Boden gewannen, wie die amerikanische Historikerin Barbara Tuchman schreibt.¹⁰ Der Liberalismus befand sich in der Krise. Seine Verheißung einer freien Wohlstandsgesellschaft als Resultat des Laissez-Faire-Credos scheiterte an der Realität, in der Hungerlöhne und Arbeitslo-

sigkeit an der Tagesordnung waren. Mit der Sozialpsychologie entstand ein neuer Wissenschaftszweig, der das liberale Menschenbild als ein Zerrbild entlarvte und die Rolle von Emotionen und Instinkten als Verhaltensgrundlage untersuchen wollte. In seiner 1909 erschienenen Studie *Democracy and Reaction* kam L. T. Hobhouse zu dem Schluß, daß sich die Menschen gerade dort, wo es um ihre eigenen Belange geht, nicht vernünftig verhalten und "auch dann nicht überlegen, wenn sie die Zeit dazu hätten."¹¹ 1908 und 1909 analysierte der Arzt Wilfred Trotter erstmals in zwei Aufsätzen das Phänomen des "Herdenverhaltens" und kam zu dem Ergebnis, daß das menschliche Verhalten - weit entfernt davon, rationalen Nutzenmaximierungskalkülen zu folgen - durch das Unbewußte bestimmte werde, eine Kraft, die "keine Individualität, keine Willensfreiheit und keine Selbstbeherrschung" kenne.¹² "Aufgrund des dem Menschen innewohnenden Dranges nach Anerkennung durch die Gesellschaft [sei] er dieser Kraft unbarmherzig ausgeliefert und von der Gruppenreaktion abhängig."¹³ Das Gemetzel des Ersten Weltkrieges versetzte schließlich dem das Viktorianische Zeitalter kennzeichnenden Optimismus in bezug auf die menschliche Rationalität den Todesstoß.

Der erste Ökonom, der der ergodischen Weltansicht eine Alternative entgegenstellte, war der Chicagoer Professor Frank H. Knight. Er schrieb 1921 in seiner Dissertation:

"Ungewißheit muß in einem radikal anderen Sinn als in dem uns vertrauten Begriff vom Risiko verstanden werden, von dem sie bisher nie sauber getrennt worden ist ... Wie sich herausstellen wird, ist eine meßbare Ungewißheit bzw. ein 'Risiko' im wahren Sinn des Wortes ... so sehr von einer durch Messen nicht faßbaren Ungewißheit verschieden, daß sie in Wahrheit überhaupt keine Ungewißheit ist."¹⁴

Knight definiert hier "Ungewißheit" als Alternativstellung zur Ergodizität, denn "(u)nder the ergodic axiom, probability is knowledge, not uncertainty."¹⁵ So war er auch "skeptisch, daß wir aus einer empirischen Auswertung vergangener Vorkommnisse [im Hinblick auf die Zukunft] viel lernen könnten."¹⁶

Auch John Maynard Keynes griff die neuen Erkenntnisse seiner Epoche über das Wesen des Menschen auf und baute sie in seine makroökonomische Theorie ein. Er lehnte es rundheraus ab, den Menschen als die "Rechenmaschine" zu betrachten, die er sein müßte, um der *homo oeconomicus*-These zu entsprechen:

"The attribution of rationality to human nature, instead of enriching it, now seems to me to have impoverished it. It ignored certain powerful and valuable springs of feeling."¹⁷

"In truth it was the Benthamite calculus, based on an over-valuation of the economic criterion, which was destroying the quality of the popular Ideal."¹⁸

Aber Keynes lehnte die neoklassische Sicht des Menschen nicht nur aus idealistischen Motiven heraus ab. Vielmehr hielt er sie für *unrealistisch*. Es ist gesagt worden, Keynes' *Allgemeine Theorie* und die Neoklassik würden sich durch ihren wissenschaftstheoretischen Status unterscheiden: Wäh-

rend die Neoklassik die Handlungen eines "idealen", d.h. "wahlhandlungstheoretisch stilisierten" Menschen modelliere, wolle Keynes eine Theorie für die "reale Welt", d.h. den Menschen, wie er wirklich ist, ausarbeiten.¹⁹ Zweifellos war es ein starkes Anliegen von Keynes, mit seiner Theorie die Realität zu erklären, aber auch die Vertreter der "ergodic hypothesis" erheben den Anspruch auf Realitätsnähe: Die Realität ist in ihrer Ausprägung Resultat eines ergodischen stochastischen Prozesses. Daraus folgt nicht, daß man die Zukunft kennt, aber man kennt ihre Wahrscheinlichkeitsverteilung!

Diese Weltsicht teilte Keynes nicht. Genau wie für Frank Knight birgt die Zukunft für ihn eine Ungewißheit, die sich nicht auf berechenbare "Risiken" reduzieren läßt:

"Wir wollen uns lediglich erinnern, daß menschliche Entscheidungen, welche die Zukunft beeinflussen, ob persönlicher, politischer oder wirtschaftlicher Art, sich nicht auf strenge mathematische Erwartung stützen können, weil die Grundlage für solche Berechnungen nicht besteht; und daß es unser angeborener Drang zur Tätigkeit ist, der die Räder in Bewegung setzt, wobei unser vernünftiges Ich nach bestem Können seine Wahl trifft, rechnend, wo es kann, aber oft für seine Beweggründe zurückfallend auf Laune, Gefühl oder Zufall."²⁰

Keynes' Weltsicht - die *nicht-ergodische Weltsicht* - wird den weiteren Ausführungen zugrunde gelegt. Es ist dies eine bewußte Entscheidung, eine Stellungnahme des Verfassers. Die "*ergodic hypothesis*" ist ein Axiom und läßt sich als solches nicht widerlegen. Jeder muß selbst entscheiden, ob er die Zukunft als statistische Reflexion der Vergangenheit begreifen will oder nicht.

Wir stehen nunmehr an der Schwelle unseres eigentlichen Themas - der Frage nach dem Wesen der Finanzmärkte, zu dessen Behandlung aber die intensive Erörterung des "Axioms der Ergodizität" unerläßlich war. Denn nur wer dieses Axiom aufrechterhält, kann die Finanzmärkte als effiziente Allokationsmechanismen begreifen. Wenn keine fundamentale Ungewißheit herrscht und die Risiken der Zukunft berechnet werden können, so spiegelt der Marktwert eines jeden auf den Finanzmärkten gehandelten Aktivums den Gegenwartswert der zukünftig durch das Eigentum an diesem Aktivum anzueignenden *Cash-flows* wider. Wenn neue Informationen über die Zukunft eintreffen oder der Zinssatz sich ändert (der zur Abdiskontierung der künftigen *Cash-flows* dient), verändert sich auch der Gegenwartswert. Deshalb schwanken die Kurse an den Börsen und den übrigen Finanzmärkten. Trotz dieser Schwankungen ist die Allokation auf diesen Märkten in jedem Augenblick effizient, denn die Ressourcen werden stets in die produktivsten Verwendungen gelenkt, das sind die Aktiva mit den höchsten Gegenwartswerten. Der Konkurrenzmechanismus bewirkt, daß alle Kurse sich in Richtung auf die Gegenwartswerte ihrer *Cash-flows* bewegen, und es stellt sich ein Marktgleichgewicht ein. Soweit die *ergodische* Sichtweise.

Warum die *nicht-ergodische* Sichtweise gerade für den Finanzmarktbereich zu gänzlich anderen Schlüssen kommt, muß mit Keynes' Analyse des Zusammenhangs von Geld und Unsicherheit begründet werden, die er

am deutlichsten 1937 in dem Aufsatz *The General Theory of Employment* dargelegt hat. Daraus soll deshalb hier eine längere Passage zitiert werden:

"By 'uncertain' knowledge, let me explain, I do not mean merely to distinguish what is known for certain from what is only probable. ... The sense in which I am using the term is that in which the prospect of a European war is uncertain, or the price of copper and the rate of interest twenty years hence, or the obsolescence of a new invention, or the position of private wealth-owners in the social system in 1970. About these matters there is no scientific basis on which to form any calculable probability whatever. We simply do not know."²¹

Keynes erläutert im Anschluß die Techniken, mit denen die Wirtschaftssubjekte mit dieser Unsicherheit in der Praxis umgehen. Dies seien 1.) Ignoranz gegenüber zukünftigen Änderungen, 2.) Vertrauen darauf, daß die gegenwärtigen Zustände in die Zukunft extrapoliert werden können, und 3.) Anpassung an das Verhalten der Mehrheit. Er fährt dann fort:

"Now a practical theory of the future based on these three principles has certain marked characteristics. In particular, being based on so flimsy a foundation, it is subject to sudden and violent changes. The practice of calmness and immobility, of certainty and security, suddenly breaks down. New fears and hopes will, without warning, take charge of human conduct. The forces of disillusion may suddenly impose a new conventional basis of valuation. All these pretty, polite techniques, made for a well-panelled board room and a nicely regulated market, are liable to collapse. At all times the vague panic fears and equally vague and unreasoned hopes are not really lulled and lie but a little way below the surface. ... I accuse the classical economic theory of being itself one of these pretty, polite techniques which tries to deal with the present by abstracting from the fact that we know very little about the future. ... This is particularly the case in his [the classical economist's, d. Verf.] treatment of money and interest. And our first step must be to elucidate more clearly the functions of money. ... Because, partly on reasonable and partly on instinctive grounds, our desire to hold money as a store of wealth is a barometer of the degree of our distrust of our own calculations and conventions concerning the future. ... The possession of actual money lulls our disquietude; and the premium which we require to make us part with money is the measure of the degree of our disquietude. The significance of this characteristic of money has usually been overlooked; and in so far as it has been noticed, *the essential nature of the phenomenon* has been misdescribed."²²

Aus Keynes'scher Sicht befindet sich jeder Mensch in einem Zustand fundamentaler Unsicherheit. Unter Unsicherheitsbedingungen bedeutet Rationalverhalten etwas anderes als unter Sicherheit. Keynes hat den Menschen keineswegs per se als "irrational" angesehen, nur ist es so, "daß unser herkömmlicher Begriff von Rationalität ein Verhaltensmuster als 'rational' deklariert, das aber nur zum Teil erfaßt, wie rationale Menschen ihre Entscheidungen treffen."²³ Unter Unsicherheit ist es rational, Geld zu halten, und zwar "teilweise aus vernünftigen und teilweise aus instinktiven

Gründen" (s.o.). Die "vernünftigen Gründe" werden von der "keynesianischen" Liquiditätspräferenztheorie beschrieben: Geld wird "nachgefragt", um Transaktionen durchzuführen oder weil auf fallende Kurse bzw. steigende Zinsen auf den Finanzmärkten spekuliert wird. Der "instinktive Grund" ist aber der entscheidende: *Wesentliche* Eigenschaft des Geldes ist für Keynes, daß sein Besitz die Unsicherheit über die Zukunft "einlullt". Deshalb trennen sich die Menschen auch nur von ihrem Geld, wenn sie mehr Geld dafür bekommen; und dieses "Mehr" ist der Zins. Je ängstlicher die Menschen in bezug auf ihre zukünftige Situation sind, desto höher muß der Zins sein, der sie zur Aufgabe der Verfügungsmacht über ihr Geld veranlassen kann.

Keynes erfaßt mit seiner Betonung der Unsicherheit die grundlegende Situation des Menschen im Kapitalismus, nämlich die Tatsache, daß für die Menschen der gesellschaftliche Zusammenhang, in dem sie als vereinzelte "Wirtschaftssubjekte" stehen, von vornherein nicht durchschaubar ist und daß sich die gesamtwirtschaftlichen Ergebnisse ihrer individuell verfolgten Ziele "hinter ihrem Rücken" (Marx) einstellen. Widersprüche zwischen Planung und Resultat können daher von niemanden a priori ausgeschlossen werden.

Geld ist für Keynes das Mittel, mit dem die Menschen ihre unsichere Stellung in den Griff zu bekommen versuchen. Geldbesitz schützt sie in einer unsicheren Welt vor der Gefahr, vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommen zu können, und stiftet Nutzen, weil es von der Angst frei macht, insolvent oder gar bankrott zu werden.²⁴ Deshalb verlangen die Akteure auf den Finanzmärkten für ihr Kapital nicht nur Verzinsung, sondern auch Liquiditätsnähe. Auch, wer sein Geld in Anlagekapital verwandeln kann, muß sicherstellen, daß er zu dem Zeitpunkt, wenn in Geld zu begleichende Verpflichtungen fällig werden, wieder liquide ist. *Das Wesen der Finanzmärkte ist nicht, Effizienz herzustellen, sondern Liquidität bereitzustellen.* Effizienz und Liquidität schließen sich gegenseitig aus. "An efficient market is a market without liquidity."²⁵ Und zwar aus folgendem Grund: Keynes hat bereits darauf hingewiesen, "daß es für das Gemeinwesen als Ganzes so etwas wie die Liquidität der Investition nicht gibt."²⁶ Die Unternehmen und der Staat nehmen als Schuldner Kapital an den Finanzmärkten auf und investieren es in langfristige "reale" Projekte. Dieses Kapital ist illiquide. Aber der einzelne Finanzmarktinvestor kann seinen erworbenen Beteiligungs- oder Schuldtitel jederzeit verkaufen, d.h. in Geld zurückverwandeln. Er muß dies auch tun können, denn bei der heutigen Trennung von Eigentum und Leitung von Kapitalgesellschaften würde die Nicht-Liquidierbarkeit von getätigten Investitionen für den einzelnen bedeuten, daß er sein Geld für einen längeren Zeitraum festlegt, über den Unsicherheit herrscht, ohne eine Kontrolle über die Verwendung des Geldes zu haben.²⁷ Dies würde er nur in einer "ergodischen" Umwelt tun, in der weder die zukünftigen Kapitalerträge noch die Zeitpunkte von allfälligem Geldbedarf unsicher sind. Dann würde auch kein konzeptioneller Unterschied zwischen der Finanzmarktinvestition des privaten Investors und der Realinvestition des Unternehmens oder des

Staates bestehen, die sich am Kapital- oder Geldmarkt finanzieren. Der Finanzinvestor würde dem Realinvestor gewissermaßen das Geld direkt überreichen, um damit das langfristige Projekt zu finanzieren, das er wegen dessen hohen Gegenwartswertes finanzieren will. Der Finanzinvestor weiß, welches die produktivsten Verwendungen für sein Kapital sind, also diejenigen mit dem höchsten Gegenwartswert des *Cash-flows*. Er investiert in diese Titel. Der Markt ist effizient. Eine zwischenzeitliche Loslösung des Investors von seinem Engagement ist nicht beabsichtigt; Liquidität des Finanzmarktes ist überflüssig. Zwischen der Effizienz und der Liquidität eines Finanzmarktes besteht daher ein Widerspruch, der schon Keynes zu folgender Äußerung veranlaßte:

"Das Schauspiel moderner Investitionsmärkte hat mich hie und da zu der Folgerung getrieben, daß die Unauflösbarkeit des Kaufes einer Investition, von Todesfällen und anderen schwerwiegenden Gründen abgesehen, nach dem Vorbild der Heirat, ein gutes Heilmittel gegen die Übel unserer Zeit sein könnte. Denn dies würde den Investor zwingen, seine Aufmerksamkeit den langfristigen Aussichten, und nur diesen zuzuwenden."²⁸

Es stellt sich nun aber die Frage, ob die Liquidität der Finanzmärkte, m.a.W. ihre Funktion für den Einzelinvestor, seine Beteiligungen an fixem Kapital jederzeit wieder in Geld zurückverwandeln zu können, tatsächlich als *Ursache* für den Effizienzangel dieser Märkte angesehen werden kann. Im Grunde scheinen der Mangel an Effizienz und das Bedürfnis nach Liquidität aus derselben Wurzel zu erwachsen: der Nicht-Ergodizität der Welt, an welcher nichts zu ändern ist. Wäre es nicht möglich, daß die Finanzmarktinvestoren, obwohl sie die von Summers (im Eingangszitat dieses Artikels) sogenannten *fundamental values* niemals wirklich kennen, da sie die Zukunft nicht berechnen können, und obwohl sie aufgrund dieser Unsicherheit auf der Liquidierbarkeit ihrer Engagements bestehen, sich trotzdem "rechnend, wo sie es können, oder aber zurückfallend auf Laune, Gefühl oder Zufall" an ihnen zu orientieren versuchen? Wären nicht Finanzmärkte vorstellbar, auf denen Liquidität gewährleistet ist, auf denen die Akteure aber trotzdem nur langfristige Engagements in Titel mit den besten Fundamentaldaten eingehen? Könnte man in diesem Fall nicht zumindest von einer "Quasi-Effizienz" der Finanzmärkte sprechen?

Wie sich herausstellen wird, zielen diese Fragen in die richtige Richtung und decken auch den eigentlichen Mangel in der Finanzmarktarchitektur auf. Aber letztlich ist es - diesen Erwägungen zum Trotz - doch die Liquiditätsnähe der Titel, die selbst eine "Quasi-Effizienz" der Finanzmärkte konterkariert. Denn wenn alle Engagements problemlos liquidiert werden können, so verspricht ein ganz spezielles Verhalten den Finanzinvestoren den höchsten Gewinn. Keynes unterscheidet zwei Verhaltensweisen von Finanzmarktakteuren: die "Unternehmungslust", das ist die "Tätigkeit der Voraussage des voraussichtlichen Ertragnisses von Vermögensbeständen während ihrer ganzen Lebensdauer" und die "Spekulation", die "Tätigkeit der Voraussage der Marktpsychologie".²⁹ Keynes würde sich ein Überwiegen der "Unternehmungslust" wünschen, denn auch wenn diese sich "(k)aum

mehr als eine Forschungsreise zum Südpol ... auf eine genaue Berechnung der Verdienste, die da kommen sollen"³⁰ stützen kann, so bringt doch, wer von der "Unternehmungslust" angetrieben wird, die "richtige Einstellung" mit. Wenn die "Unternehmungslust" die Börsen und anderen Finanzmärkte dominierte, würde die Kursentwicklung besonnener und stetiger verlaufen. Die Märkte würden "quasi-effizienter".

Wenn man berücksichtigt, daß die Realinvestitionen einer Wirtschaftsperiode mit den Börsenkursen stark verknüpft sind, weil es sich nicht lohnt, neu zu investieren, wenn eine ähnliche Firma billiger gekauft werden kann, so wird verständlich, daß die Volatilität der Finanzmärkte auf den realen Sektor der Ökonomie überschwappt und dort um so größere Unsicherheit in die Investitionsplanung hineinbringt, je volatil die Finanzmärkte sich entwickeln. Je größer die Unsicherheit, desto geringer aber die Gesamtsumme der getätigten Investitionen.³¹ Durch ein Überwiegen der "Unternehmungslust" über die Spekulation würden auch die negativen Spillovereffekte in den realen Bereich der Wirtschaft gemildert.

Leider dominiert jedoch nicht die "Unternehmungslust", sondern die Spekulation die Finanzmärkte. Letzte Ursache hierfür ist wiederum die Nicht-Ergodizität. Es ist einfach sehr schwierig, auf die längere Frist auch nur intuitiv verlässliche Vorhersagen zu machen.³² Daher, so Keynes, würden die Finanzmarktteilnehmer eine stillschweigende "Übereinkunft" halten, und zwar, "die bestehende Marktbewertung, wie sie auch immer erreicht wurde", tatsächlich für den Gegenwartswert der zukünftigen Erträge zu halten. Diese "Übereinkunft" läuft darauf hinaus, "daß die bestehende Geschäftslage unendlich andauern wird", und ist damit eine der oben erwähnten Techniken, mit denen die Wirtschaftssubjekte in der Praxis mit Unsicherheit umgehen. Sie halten die Marktbewertung für "eindeutig richtig ...", obschon sie, philosophisch gesprochen, nicht eindeutig richtig sein kann, weil die Kenntnis, die wir haben, keine genügende Grundlage für eine berechnete mathematische Erwartung schafft"³³

Die "Übereinkunft" der Finanzmarktakteure ist eine Voraussetzung dafür, daß den Finanzmärkten Geld überhaupt zugeführt wird, weil aus ihr folgt, daß nur "Neuigkeiten", also nur auf die nahe Zukunft bezogene Informationen, die Bewertung der Kapitalien ändern können. Jeder Investor kann "im Bilde" bleiben. Das erhöht die Bereitschaft zu Wagnissen. Oben wurde jedoch als Hauptbedingung für die Übernahme jeglicher Wagnisse die jederzeitige Liquidierbarkeit der Engagements festgehalten. Daß allen Akteuren die Liquidität des Marktes bekannt ist, führt nun zu einer Dominanz der Spekulation auf diesen Märkten. Aufgrund der "Übereinkunft" brauchen Voraussagen über eventuelle langfristige Erträge nicht mehr angestellt zu werden; die Liquidität des Marktes zwingt die Finanzinvestoren dazu, die voraussichtlichen kurzfristigen Änderungen in den Bewertungen vor dem "Publikum" zu erkennen, den "Markt zu schlagen". Keynes verwendet für diesen "Wettkampf der Gerissenheit", der auf einem illiquiden Markt weder möglich noch nötig (im Sinne von einträglich oder zur Abwehr von Verlusten erforderlich) wäre, das Bild eines Schönheitswettbewerbs, bei dem als Juror

der gewinnt, dessen Wahl mit der durchschnittlichen Vorliebe aller Juroren übereinstimmt.³⁴ Die Spekulation, der Versuch, "besser als die Masse zu raten, wie sich die Masse verhalten wird"³⁵, ist "nicht das Ergebnis eines verschobenen Hanges. Es ist ... die unvermeidliche Folge dessen, daß Investitionsmärkte mit dem Blick auf die sogenannte 'Liquidität' eingerichtet sind"³⁶:

"Denn es hat keinen Sinn, für eine Investition 25 zu bezahlen, von der man glaubt, daß ihr voraussichtliches Erträgnis 30 rechtfertigt, wenn man gleichzeitig glaubt, daß der Markt sie nach drei Monaten mit 20 bewerten wird."³⁷

Das heißt: Die oben gestellte Frage, ob es nicht auch liquide Finanzmärkte geben könnte, die "quasi-effizient" bzw. im Keynes'schen Jargon: durch ein Überwiegen der "Unternehmungslust" gekennzeichnet sind, ist mit Nein zu beantworten. Die Liquidität macht unvermeidlich die Spekulation zum dominanten Prinzip. Gerade mit "der Verbesserung der Organisation von Investitionsmärkten nimmt die Gefahr zu, daß die Spekulation die Oberhand gewinnt".³⁸ "Wellen von Optimismus und Pessimismus" werden die Finanzmärkte erfassen³⁹ und auf den realen Bereich der Wirtschaft übergreifen:

"Spekulanten mögen unschädlich sein als Seifenblasen auf einem steten Strom der Unternehmungslust. Aber die Lage wird ernsthaft, wenn die Unternehmungslust die Seifenblase auf einem Strudel der Spekulation wird. Wenn die Kapitalentwicklung eines Landes das Nebenerzeugnis der Tätigkeiten eines Spielsaales wird, wird die Arbeit voraussichtlich schlecht getan werden. Wall Street, als Einrichtung betrachtet, deren eigentlicher sozialer Zweck die Leitung neuer Investitionen in die einträglichsten Kanäle, in Größen des zukünftigen Erträgnisses gemessen, ist, kann nicht den Anspruch darauf erheben, daß der von ihr erreichte Erfolgsgrad ein hervorstechender Triumph des *laissez-faire* Kapitalismus ist - was nicht überraschen kann, wenn meine Annahme richtig ist, daß die besten Köpfe von Wall Street in der Tat auf eine andere Aufgabe gerichtet sind."⁴⁰

Zusammenfassend ist festzustellen: Von realen Finanzmärkten in einer nicht-ergodischen Welt verlangen die Akteure Liquidität. Diese Märkte können nicht effizient sein. Effizienz von Finanzmärkten ist nur in einer ergodischen Welt möglich, in der Liquidität nicht als Mittel zur Bewältigung von Unsicherheit dienen muß. Charakteristikum realer Finanzmärkte in einer nicht-ergodischen Welt ist, daß die Akteure aufgrund ihres Unvermögens die "richtige" Marktbewertung eines Aktivums aus seiner langfristigen "Grenzeistungsfähigkeit" zu berechnen, aber vor allem, weil die Liquidität des Marktes ihnen keine andere Wahl läßt, der Spekulation über die kurzfristige Entwicklung der Titel den Vorzug vor der "Unternehmungslust" geben. Dadurch wird die Volatilität der Bewertung sehr erhöht.

Gibt es also keinen Ausweg? Kann ein Überwiegen der "Unternehmungslust" auf den Finanzmärkten nicht erreicht werden? Keynes gibt darauf eine einfache Antwort: Doch, und zwar durch Fernhalten der Spekulanten!

"Man gibt allgemein zu, daß Spielsäle im öffentlichen Interesse unzugänglich und kostspielig sein sollten, und das gleiche gilt vielleicht von Wertpa-

pierbörsen ... Die Spanne des Effekthändlers, die hohen Maklergebühren, die hohe an den Schatzkanzler zu bezahlende Umsatzsteuer, die mit den Geschäften auf der Londoner Börse verbunden sind, verringern die Liquidität des Marktes genügend ..., um einen großen Teil der für Wall Street kennzeichnenden Geschäfte fernzuhalten. Die Einführung einer beträchtlichen Umsatzsteuer auf alle Abschlüsse dürfte sich als die zweckmäßigste verfügbare Reform erweisen, um die Vorherrschaft der Spekulation über die Unternehmungslust in den Vereinigten Staaten abzuschwächen."⁴¹

Durch die Begrenzung des Marktzugangs und die Beschränkung des Kapitalverkehrs wird der Markt "dünner", die Liquidität verringert, aber die Effizienz gesteigert, da die Erwartungen über zukünftige *Cash-flows* (so gut sie eben gebildet werden können) die Anlageentscheidungen dominieren und nicht mehr der Wunsch, "den Markt zu schlagen". Die Marktentwicklung wird verstetigt, negative Spillovereffekte in den realen Bereich der Wirtschaft werden reduziert. Muß man befürchten, daß sich Unternehmen unter solchen Bedingungen nicht mehr werden finanzieren können? Sicherlich besteht ein "Dilemma" darin, daß der einzelne Investor bei einer Verringerung oder Verteuerung der Liquidität von Finanzinvestitionen weniger bereit ist, solche Investitionen überhaupt zu tätigen.⁴² Andererseits bedeutet jede Attraktivitätsminderung von Finanzinvestitionen eine relative Erhöhung der Attraktivität von direkten Investitionen in den realen Bereich. Außerdem würde den Unternehmen und dem Staat neben den beschränkten Finanzmärkten auch das Bankensystem als Finanzierungsquelle zur Verfügung stehen.

Die wesentlichen Eigenschaften der Finanzmärkte in einer nicht-ergodischen Welt bewirken, daß die Empfehlungen der Neoklassik umgekehrt werden müssen: Liberalisierung steigert die Effizienz eines Marktes nur dort, wo der Markt seinem Wesen nach überhaupt effizient sein kann. (Dies scheint z.B. im Gütermarktbereich gegeben zu sein.⁴³) Im Finanzmarktbereich bewirkt die wesentliche Eigenschaft des Geldes, nämlich, als Mittel zur Bewältigung von Unsicherheit zu dienen, eine absolute Dominanz der Liquiditätsfunktion gegenüber der Funktion, effiziente Kapitalallokationen zu bewirken. Damit einher geht notwendigerweise eine Dominanz der Spekulation. Die Effizienz der Finanzmärkte im wohlfahrts-theoretischen Sinn ist ein unerreichbares Ziel. Aber die "Quasi-Effizienz" dieser Märkte (im Sinne ihrer Orientierung auf die langfristigen Ertragsaussichten der Anlagen) ist gerade nicht durch mehr Liberalisierung, sondern nur über eine Verringerung der Liquidität durch Beschränkung der Marktoperationen möglich.

3. Zur Notwendigkeit von Kapitalverkehrsbeschränkungen

Wir haben argumentiert, daß die Finanzmärkte unfähig sind, für eine effiziente Allokation von Kapital zu sorgen und daß aus theoretischen Erwägungen heraus die Liberalisierung der Finanzmärkte seit den fünfziger Jahren mehr Schaden als Nutzen gestiftet haben dürfte. Die empirischen Er-

fahrungen mit liberalisierten Finanzmärkten deuten in dieselbe Richtung. Betrachtet man die Entwicklung der Weltwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg, so stellt man fest, daß die noch durch eine relativ starke Regulierung des Kapitalverkehrs gekennzeichneten früheren Jahre in den Makrodaten besser abschneiden als die durch den Trend zur Liberalisierung der Finanzmärkte charakterisierten achtziger und neunziger Jahre. So sank die jährliche Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts (im 12-Jahres-Durchschnitt) in den OECD-Staaten von 4,8% (1959-1970) auf 2,8% (1983-1994). Die Wachstumsrate der Bruttoanlageinvestitionen zu konstanten Preisen bildete sich von 6,1% (1959-1970) auf 3,8% (1983-1994) zurück.⁴⁴ Gelegentlich wird behauptet, daß gerade die Entwicklungs- und Schwellenländer von der Liberalisierung des Kapitalverkehrs profitieren könnten, durch welche sie Zugang zu ausländischem Kapital erhielten. Aber auch für diese Ländergruppe gilt, daß die jährliche Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts im Durchschnitt der Jahre von 1950 bis 1973 noch bei 5,5% gelegen hat und zwischen 1981 und 1990 auf 3,3% zurückgegangen ist.⁴⁵

Es gibt theoretische Gründe, die einen Kausalzusammenhang zwischen der Liberalisierung der Finanzmärkte und der weltweiten Wachstumsabschwächung herstellen, und diese sind oben bereits ausgeführt worden: Je mehr die Finanzmärkte liberalisiert werden, desto stärker wird die Spekulation und desto volatil werden die Notierungen. Manager, die über reale Investitionsprojekte zu entscheiden haben, sehen sich der Möglichkeit gegenüber, daß unvorhersehbare Wechselkursentwicklungen die Profitabilität eines Projektes gefährden können. Eventuell unterbleiben etliche Realinvestitionen, die ansonsten getätigt worden wären, oder die Manager versuchen, sich durch *Forward*-Kontrakte gegen die unerwünschten Ausschläge abzusichern.⁴⁶ Aber auch dadurch wird die Realinvestition verteuert. Um mit Keynes zu sprechen: Ihre "Grenzleistungsfähigkeit" wird herabgesetzt. So kann der Rückgang des Wachstums der Realinvestitionen auf die Liberalisierung der Finanzmärkte zurückgeführt werden, und die Wachstumsverlangsamung der Realeinkommen auf das schleppende Wachstum der Investitionen. Selbst, wer die angeführte Kausalkette nicht akzeptiert und die globale Wachstumsabschwächung auf andere Ursachen zurückführt, muß zugeben, daß die Finanzmarktliberalisierung jedenfalls nicht die ihr von der neoklassischen Theorie zugeschriebenen Wachstumsimpulse gebracht zu haben scheint.

Ein weiteres empirisches Phänomen, welches die Finanzmarktliberalisierung ins Zwielicht rückt, sind die periodisch auftretenden Finanzkrisen, zuletzt 1994/95 in Mexiko und 1997/98 in Südostasien. Das Sekretariat der UNCTAD hat festgestellt, daß all diese Finanzkrisen gemeinsame Charakteristika aufweisen:

1. Vorgängig sind eine finanzmarktpolitische Deregulierung und - bei Währungsinstabilitäten - eine Liberalisierung auf dem Kapitalmarkt erfolgt.
2. Bankenkrisen hängen zusammen mit übermäßiger und oft 'herdentrieb-ähnlicher' Darlehensvergabe auf bestimmte Aktiven wie Grundeigentum

oder Wertschriften mit meist spekulativer Überzeichnung, und dies oft - aber nicht immer - unter der Vorgabe schwacher Regulierung und Überwachung des Finanzmarktes."⁴⁷

Die Finanzkrisen haben zum Teil katastrophale Auswirkungen auf die Realwirtschaften. In Indonesien war 1998 eine Kontraktion des Bruttoinlandsprodukts von 13,7% zu beklagen, nach einem Wachstum von 5% noch 1997. Für Malaysia lauten die Zahlen: -4,8% (1998) gegenüber +7,8% (1997).⁴⁸ Dieser Umschwung wurde verursacht durch einen Umschwung in den Kapitalbewegungen, welcher seinerseits auf "*sudden and violent changes*" hinsichtlich der Marktbewertung asiatischer Finanztitel zurückzuführen ist, welche nach Keynes so typisch für das Geschehen auf Finanzmärkten sind. Nachdem noch 1996 netto 93 Mrd. US-\$ nach Indonesien, Malaysia, Südkorea, Thailand und den Philippinen geflossen waren, wurden 1997 netto 12 Mrd. US-\$ abgezogen.⁴⁹ 1998 setzte sich dieser Trend fort. In den Herkunftsländern wurde das abgezogene Kapital liquide gehalten. So stiegen beispielsweise in Deutschland die kurzfristigen Komponenten des Geldmengenaggregats M3 im August 1998, als die Asienkrise eskalierte, stark an.⁵⁰ Der empirische Befund stützt in allen Punkten die Analyse des "Wesens der Finanzmärkte" auf der Grundlage der Theorie von Keynes.⁵¹

Die Formulierung "oft - aber nicht immer" würden Finanzkrisen mit einer schwachen Überwachung des Finanzmarktes einhergehen, deutet auch an, daß Vorschläge in die falsche Richtung zielen, die zukünftige Finanzkrisen durch eine Stärkung des institutionellen Rahmens der Bankenaufsicht oder durch eine bessere Informationsvermittlung bei fortgesetztem Liberalisierungskurs zu verhindern suchen.⁵² Es ist nicht nachvollziehbar, wie eine schnellere und vollständigere Informationsverbreitung Finanzkrisen verhindern soll. Im Gegenteil! Bereits ein Jahr vor Ausbruch der Mexiko-Krise war dem IMF, der Weltbank, der US-Notenbank und dem US-Finanzministerium bekannt, daß zu viel Kapital nach Mexiko einströmte, der Peso deswegen (mit Blick auf die binnenwirtschaftliche Situation) zu hoch bewertet war und die private Auslandsverschuldung zu sehr zunahm. Öffentlich wurde der marktwirtschaftliche Kurs Mexikos jedoch weiter gelobt. "Asked after the crisis broke why they hadn't publicized their concerns, senior executives of the institutions responded that it would only have panicked the financial markets and precipitated the crisis earlier."⁵³ Was die Verbesserung des Aufsichtsrahmens angeht, so ist sicherlich dem Chefökonom der Weltbank, Joseph Stiglitz, zuzustimmen, der mit Bezug auf die Asienkrise sagte: "Few countries, no matter how strong their financial institutions, could have withstood such a turnaround ..."⁵⁴

Nein - man muß über eine Abkehr vom Liberalisierungskurs der Finanzmärkte und über Beschränkungen der internationalen Kapitalströme neu nachdenken. Dies wird mittlerweile auch getan. Die Weltbank spricht sich in ihrem 1998er-Bericht offen für eine einschneidende Verlangsamung im Tempo der Finanzmarktliberalisierung aus und zieht Kapitalverkehrsbeschränkungen ins Kalkül.⁵⁵ Als weitere prominente Befürworter solcher

Maßnahmen sind der IMF-Direktor für Asien und den Pazifischen Raum, Hubert Neiss,⁵⁶ der Großspekulant George Soros⁵⁷ sowie die US-Professoren Paul Krugman,⁵⁸ Jeffrey Sachs⁵⁹ und Dani Rodrik⁶⁰ hervorgetreten.

Bei all diesen Vorschlägen handelt es sich um Kapitalverkehrsbeschränkungen "alten Stils", d.h. um Maßnahmen, die ergriffen werden, um den volkswirtschaftlich schädlichen panikartigen Abfluß (oder Zustrom) von Finanzkapital aus einem bzw. in ein Land zu verhindern. Damit sollen zwei Ziele erreicht werden: die Stabilisierung der Wechselkurse und/oder der Schutz heimischer Zinssätze vor ausländischen Einflüssen. Die Phase der Liberalisierung der Finanzmärkte dauert nun schon so lange an, daß die Erinnerung an solche Kapitalverkehrsbeschränkungen verblaßt ist. Aus diesem Grund, und auch, um dem Vorurteil entgegenzutreten, solche Kontrollen wären heutzutage nicht mehr durchführbar,⁶¹ soll kurz vorgestellt werden, wie sie früher funktioniert haben und in einigen Ländern noch heute funktionieren.

Kapitalverkehrsbeschränkungen "alten Stils" gliedern sich in vier Gruppen⁶²:

1.) *Administrative Kontrollen grenzüberschreitender Kapitalbewegungen:* Finanzielle Transfers über die Grenze bedürfen der Genehmigung durch eine Regierungsbehörde oder die Zentralbank. Nur Kapitalbewegungen unterhalb gewisser Grenzen oder für bestimmte Zwecke werden genehmigt.

Mit diesen Kontrollen ist ein gewisser Verwaltungsaufwand verbunden, der früher in der Regel auf die Geschäftsbanken abgewälzt wurde. Heute, wo das Gros grenzüberschreitender Zahlungen über elektronische schnelle Zahlungsverkehrssysteme wie z.B. TARGET abgewickelt wird, schiene dieser Aufwand erheblich reduzierbar, da in solche Systeme Schnittstellen einprogrammiert werden könnten, welche die Zahlungen bei Verletzung von etwaigen Vorschriften automatisch verweigern würden. Es ist klar, daß Vorschriften, die sich z.B. auf erlaubte Maximalbeträge von grenzüberschreitenden Transfers beziehen, elektronisch kodiert und mit den Zahlungsanweisungen abgeglichen werden könnten. Nur sogenannte "Koffergeschäfte" wären von solchen Kontrollen nicht erfaßbar. Sie machen aber auch nur einen Bruchteil der grenzüberschreitenden Kapitalströme aus.

Der Vorteil administrativer Kontrollen liegt darin, daß prinzipiell alle Formen von Kapitalbewegungen (Direktinvestitionen, Finanzmarktinvestitionen, kurzfristige Bankausleihungen ans Ausland, Devisenkäufe von Inländern etc.) und sowohl Ein- als auch Abströme erfaßt werden können.

2.) *Mehrfachwechselkurse:* Für leistungsbilanzrelevante Transaktionen wird ein anderer Wechselkurs gewählt als für kapitalbilanzrelevante. In der Regel läßt man die "*financial rate*" frei floaten, während die "*commercial rate*" fixiert oder von der Zentralbank gemanagt wird.

Bei spekulativen Abströmen kann dieser Mechanismus unerwünschte Reserveverluste oder Zinserhöhungen im Inland vermeiden helfen, bei

spekulativen Einströmen eine aus handelspolitischen Erwägungen unerwünschte Aufwertung der *"commercial rate"*.

Eine noch weitergehende Möglichkeit besteht darin, daß auf eine freie Konvertibilität der Währung überhaupt verzichtet oder daß diese suspendiert wird. Wenngleich diese Maßnahmen drastisch erscheinen, haben sie sich in der jüngsten Asienkrise bewährt. Das einzige Land der Region, das seinen Kapitalmarkt nie geöffnet und seine Währung nie frei konvertibel gemacht hat, ist China, welches die Krise weit besser überstanden hat als seine Nachbarn und dafür Lob von Weltbank und IMF eingehend hat.⁶³ Tadel ertete dagegen Malaysia für die Suspendierung der Konvertibilität des Ringgit am 1. September 1998 - eine Maßnahme, die dem heimischen Aktienmarkt allerdings eine substantielle Erholung bescherte.⁶⁴

- 3.) *Besteuerung*: Ein heute relativ breit diskutierter Vorschlag zur Besteuerung grenzüberschreitender Finanzströme ist die sogenannte *"Tobin-Tax"*, auf die unten näher eingegangen wird. Des weiteren verringern Sondersteuern auf Einkommen aus ausländischen Anlagen die Attraktivität von Outflows genauso wie Quellensteuern auf Einkommens-transfers ans Ausland die Attraktivität von Inflows, wenn dies gewünscht wird.
- 4.) *Indirekte Regulierungen*: Beispiele für solche Beschränkungen sind das von der Schweiz nach dem Kollaps des Bretton-Woods-Systems erlassene Zinsverbot für ausländische Anlagen, zinslose Hinterlegungspflichten für eingeflossenes Kapital über einen gewissen Zeitraum, wie sie z.B. in Chile existieren, die Vorschrift für institutionelle Investoren, nur in inländische (Staats-) Anleihen zu investieren oder auch die Beschränkung des ausländischen Anteils an inländischen Firmen. Mit solchen Regulierungen werden unterschiedlichste Zielsetzungen verfolgt, sie haben jedoch auch einen Einfluß auf grenzüberschreitende Kapitalströme.

Diese Kapitalverkehrsbeschränkungen "alten Stils" greifen jedoch zu kurz. Sie zielen alle auf die Isolation des heimischen Finanzmarktes ab. Anders als früher, sehen wir uns zunehmend aber nicht mehr "nationalen" Finanzmärkten, sondern *einem* internationalen Finanzmarkt gegenüber. Oben wurde argumentiert, daß eine Verringerung der Liquidität dieses einen Marktes seine "Quasi-Effizienz" steigern könnte. Als praktikabelste Maßnahme, dies zu erreichen, wurde bereits von Keynes "die Einführung einer beträchtlichen Umsatzsteuer auf alle Abschlüsse" vorgeschlagen (s.o.). Dieser Vorschlag wurde später von Tobin und anderen, zugespitzt auf alle Umsätze, die einen Devisenumtausch implizieren, wiederholt.⁶⁵ Eine solche *"Tobin-Tax"* müßte unter heutigen Bedingungen im Weltmaßstab eingeführt werden. Kapitalverkehrsbeschränkungen "alten Stils" wären allenfalls geeignet, die Einführung einer *Tobin-Tax* in *einem* Land nach außen abzusichern. Ein derartiges Maßnahmenbündel wäre der geeignete erste Schritt einer dringend gebotenen Finanzmarktreform. Es kann nur ein erster Schritt sein, da eine *Tobin-Tax* nur Spekulationen auf kleine Wechselkurs-

variationen, aber keine "sudden and violent changes" im Marktvertrauen verhindern kann.⁶⁶ Daneben würden so gut wie alle Arbitragegeschäfte im Devisenbereich unterbunden, was nicht schlecht wäre, weil hier ungeheure Finanzmittel gebunden sind, die sich dann andere Anlagemöglichkeiten (z.B. im realen Bereich) suchen müßten.

Eine Reform des internationalen Zahlungsverkehrssystems, die einem Mangel an effektiver Nachfrage auf globaler Ebene entgegenarbeiten und die Last des Ausgleichs von Handelsbilanzungleichgewichten von den Defizit- auf die Überschußnationen verlagern könnte, wie bereits von Keynes gefordert⁶⁷, hat bis heute das Stadium des Gedankenexperiments nicht verlassen.⁶⁸ Ohne eine supranationale Zentralbank (Keynes) oder zumindest eine neu zu schaffende internationale monetäre Verrechnungs- und Reserveeinheit (Davidson) kommen diese Vorschläge selten aus. Die für eine derart durchgreifende Reform unerläßlichen politischen Triebkräfte scheinen jedoch zur Zeit nur schwach ausgeprägt zu sein. Gerade deshalb ist es wichtig, das Bewußtsein für die Notwendigkeit von Reformen im Finanzmarktbereich zu schärfen, wozu hier ein Beitrag geleistet werden sollte.

Anmerkungen

¹ Vgl. zur Finanzmarktliberalisierung die auf Europa fokussierte Untersuchung des stellv. Direktors der niederländischen Nationalbank: Bakker (1996).

² Summers, Summers (1989) 166.

³ Zit. nach Bernstein (1997) 59f.

⁴ Ebd. 272.

⁵ Vgl. dazu Schlittgen, Streitberg (1997) 90-104.

⁶ Vgl. Samuelson (1969) 184.

⁷ Vgl. Lucas, Sargent (1981) xi -xii.

⁸ Davidson (1994) 90.

⁹ Ebd. 91.

¹⁰ Vgl. Tuchman (1981) 449. Vgl. zum folgenden ebd. 446-453.

¹¹ Zit. nach Tuchman (1981) 452.

¹² Zit. nach Tuchman (1981) 452.

¹³ Ebd.

¹⁴ Zit. nach Bernstein (1997) 277. Laut Bernstein ist Knights Dissertation *Risk, Uncertainty and Profit* "das erste maßgebliche Werk aus allen Disziplinen, das sich ausdrücklich mit dem Problem der Entscheidungsfindung unter der Bedingung von Ungewißheit befaßt." Ebd.

¹⁵ Davidson (1994) 90.

¹⁶ Bernstein (1997) 278.

¹⁷ Keynes (1949) 101.

¹⁸ Ebd. 97. Keynes bezieht sich hier auf den Philosophen Jeremy Bentham (1748-1832), der ein intellektuelles System mit den Eckpfeilern: Eigeninteresse, Nutzenmaximierung und Rationalität aufgebaut hat, welches, wie unschwer zu erkennen ist, dem neoklassischen Menschenbild entspricht.

¹⁹ Vgl. Coddington (1983) 216.

²⁰ Keynes (1974) 137.

²¹ Keynes (1950) 185.

²² Ebd. 186f. Hervorhebung d. Verf.

²³ Bernstein (1997) 337f.

²⁴ Vgl. dazu auch Davidson (1994) 26f.

- ²⁵ Bernstein (1998) 23.
- ²⁶ Keynes (1974) 131.
- ²⁷ Bernstein definiert "Liquidität" als die Fähigkeit, eine Entscheidung zu geringstmöglichen Transaktionskosten zu revidieren, vgl. Bernstein (1998) 16.
- ²⁸ Keynes (1974) 135.
- ²⁹ Ebd. 133f.
- ³⁰ Ebd. 136.
- ³¹ Vgl. Davidson (1998) 5.
- ³² "Auf wirklicher langfristiger Erwartung beruhende Investition ist heute so schwierig, daß sie kaum durchführbar ist." Keynes (1974) 132.
- ³³ Alle Zitate ebd. 128.
- ³⁴ Vgl. ebd. 131f.
- ³⁵ Ebd. 132.
- ³⁶ Ebd. 130f.
- ³⁷ Ebd.
- ³⁸ Ebd. 134.
- ³⁹ Vgl. ebd. 130.
- ⁴⁰ Ebd. 134.
- ⁴¹ Ebd. 134f.
- ⁴² Vgl. ebd. 135.
- ⁴³ Auch der ardente Befürworter eines liberalen *Welthandels*regimes, Jagdish Bhagwati, hat den Analogieschluß auf die Kapitalmärkte als Mythos bezeichnet. Seit den Zeiten David Ricardos hat die Außenhandelstheorie die durch Übergang zu Freihandel erzielbaren Wohlfahrtsgewinne in beiden Partnerländern begründet. Für den Finanzbereich ist das bislang weder gelungen noch - laut Bhagwati - möglich, vgl. Bhagwati (1998).
- ⁴⁴ Vgl. Felix (1997/98) Table 2 und 5.
- ⁴⁵ Vgl. Davidson (1998) 3.
- ⁴⁶ Diese *Forward*-Kontrakte werden selbst zu eigenständigen Spekulationsobjekten, so daß aus ihrer Etablierung letztlich nicht mehr Sicherheit, sondern höhere Unsicherheit entstanden ist. Ein weiteres Problem ist die Verteuerung des Außenhandels durch den Bedarf an Wechselkurs-*Hedging*, vgl. dazu Felix (1997/98) 208f. Der globale Handel mit Derivaten hatte 1995 ein Volumen von 334 Billionen US-\$ erreicht und damit sogar den globalen Devisenumsatz (300 Billionen US-\$ in 1995) übertroffen, vgl. Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (1998).
- ⁴⁷ Neue Zürcher Zeitung (17.9.1998): "Gemeinsame Charakteristiken von Finanzkrisen".
- ⁴⁸ Vgl. Neue Zürcher Zeitung (5.12.1998): "Mühsames Lernen aus Südostasiens Wirtschaftskrise".
- ⁴⁹ Vgl. Swoboda (1998).
- ⁵⁰ Vgl. Neue Zürcher Zeitung (19.9.1998): "Die deutsche Geldmenge spürt die Turbulenzen".
- ⁵¹ Professor J. Starbatty hätte also gut daran getan, seine Theoriekenntnisse zu vervollständigen, bevor er seine Ablehnung von Kapitalverkehrsbeschränkungen unter dem Titel "Wir leben nicht mehr in der Welt von Keynes" in der Zeitung lancierte, vgl. Neue Zürcher Zeitung (3./4.10.1998). Zu einer hervorragenden Zurückweisung seiner Position (ohne sich natürlich auf Starbatty selbst zu beziehen) vgl. Krugman (1998:2).
- ⁵² So beispielsweise Swoboda (1998) und der Direktor der IMF-Abteilung für Geld- und Wechselkursangelegenheiten, Manuel Guitián, vgl. Guitián (1998).
- ⁵³ Felix (1997/98) 194.
- ⁵⁴ Vgl. New York Times (3.12.1998): "U.S. and I.M.F. Made Asia Crisis Worse, World Bank Finds".
- ⁵⁵ "(R)estrictions on more volatile short-term flows (through taxes, say) may help reduce the risk of crisis." The World Bank Group (1998) 6.
- ⁵⁶ Vgl. Reuters-Meldung vom 14.9.1998: "IMF sees short-term capital controls in Asia".
- ⁵⁷ Vgl. The Economist (11.4.1998): "The perils of global capital".
- ⁵⁸ Krugman (1998:1).

⁵⁹ Sachs (1998).

⁶⁰ Rodrik (1998).

⁶¹ So bspw. Swoboda (1998).

⁶² Vgl. dazu Bakker (1996) 11ff.

⁶³ Vgl. Neue Zürcher Zeitung (7.12.1998): "Die Grenzen der Globalisierung".

⁶⁴ Vgl. den malaysischen Aktienindex im Internet unter: <http://www.jaring.my/star/klse/daily.html>.

⁶⁵ Vgl. Eichengreen, Tobin, Wyplosz (1995).

⁶⁶ Vgl. Davidson (1997).

⁶⁷ Vgl. Keynes (1980) 176.

⁶⁸ Vgl. Davidson (1992/93).

Literatur

- Bakker, Age F. P., *The Liberalization of Capital Movements in Europe. The Monetary Committee and Financial Integration 1958 - 1994* (Dordrecht et al. 1996).
- Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, *68. Jahresbericht* (Basel 1998).
- Bernstein, Peter L., *Wider die Götter. Die Geschichte von Risiko und Riskmanagement von der Antike bis heute* (München 1997).
- Bernstein, Peter L., *Stock market risk in a Post Keynesian world*, in: *Journal of Post Keynesian Economics* 21 (1998) 15-24.
- Bhagwati, Jagdish, *The Capital Myth*, in: *Foreign Affairs* (Mai/Juni 1998) 7-12.
- Coddington, Alan, *Keynesian Economics: The Search for First Principles*, in: Wood, John Cunningham (Hrsg.), *John Maynard Keynes. Critical Assessments, Vol. 4* (London/Canberra 1983) 216-234.
- Davidson, Paul, *Reforming the World's Money*, in: *Journal of Post Keynesian Economics* 15 (1992/93) 153-179.
- Davidson, Paul, *Post Keynesian Macroeconomic Theory. A Foundation for Successful Economic Policy for the Twenty-first Century* (Aldershot 1994).
- Davidson, Paul, *Are grains of sand in the wheels of international finance sufficient to do the job when boulders are often required?*, in: *The Economic Journal* 107 (1997) 671-686.
- Davidson, Paul, *The Case for Regulating International Capital Flows. Paper presented at the Social Market Foundation Seminar on Regulation of Capital Movements, London, 17.11.1998* (<http://econ.bus.utk.edu/davidsonextra/mss.html>).
- Die deutsche Geldmenge spürt die Turbulenzen*, in: *Neue Zürcher Zeitung* (19.09.1998).
- Die Grenzen der Globalisierung*, in: *Neue Zürcher Zeitung* (7.12.1998).
- Eichengreen, Barry; Tobin, James; Wyplosz, Charles, *The case for sand in the wheels of international finance*, in: *The Economic Journal* 105 (1995) 162-172.
- Felix, David, *On drawing generat policy lessons from recent Latin American currency crises*, in: *Journal of Post Keynesian Economics* 20 (1997/98) 191-221.
- Gemeinsame Charakteristiken von Finanzkrisen*, in: *Neue Zürcher Zeitung* (17.9.1998).
- Gutián, Manuel, *The Challenge of Managing Global Capital Flows*, in: *Finance & Development* (Juni 1998) 14-17.
- IMF sees short-term capital controls in Asia*, Reuters-Meldung vom 14.9.1998.
- Keynes, John Maynard, *My Early Beliefs*, in: Ders., *Two Memoirs*, 2. Aufl. (London 1949) 78-103.
- Keynes, John Maynard, *The General Theory of Employment*, in: Harris, Seymour E. (Hrsg.), *The New Economics. Keynes' Influence on Theory and Public Policy* (New York 1950) 181-193.
- Keynes, John Maynard, *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, 5. Aufl. (Berlin 1974).
- Keynes, John Maynard, *The Collected Writings of John Maynard Keynes* (hrsg. v. Donald Moggridge, Band 25 (London 1980).
- Krugman, Paul (1998:1), *Saving Asia*, in: *Fortune* (9.7.1998).

- Krugman, Paul (1998:2), The Hangover Theory, in: Slate Magazine (3.12.1998).
- Lucas, Robert E.; Sargent, Thomas J., Rational Expectations and Econometric Practises (Minneapolis 1981).
- Mühsames Lernen aus Südostasiens Wirtschaftskrise, in: Neue Zürcher Zeitung (5.12.1998).
- Rodrik, Dani, The Global Fix, in: New Republic (2.11.1998).
- Sachs, Jeffrey, Global Capitalism - Making it work, in: The Economist (12.9.1998).
- Samuelson, Paul A., Classical and Neoclassical Theory, in: Clower, Robert (Hrsg.), Monetary Theory (London 1969).
- Schlittgen, Rainer; Streitberg, Bernd H. J., Zeitreihenanalyse, 7. Aufl. (München 1997).
- Starbatty, J., Wir leben nicht mehr in der Welt von Keynes, in: Neue Zürcher Zeitung (3./4.10.1998).
- Summers, L. H.; Summers, V. P., When financial markets work too well: a cautious case for a securities transactions tax, in: Journal of Financial Services 3 (1989) 163-188.
- Swoboda, Alexander, Globalisierung und die Stabilität des internationalen Finanzsystems, in: Neue Zürcher Zeitung (26./27.9.1998).
- The perils of global capital, in: The Economist (11.4.1998).
- The World Bank Group (1998), Global Economic Perspectives 1998/99, Summary (<http://www.worldbank.org/prospects/gep98-99/sum.html>).
- Tuchman, Barbara W., Der stolze Turm. Ein Portrait der Welt vor dem Ersten Weltkrieg (1890-1914), Nachdruck (München/Zürich 1981).
- U.S. and I.M.F. Made Asia Crisis Worse, World Bank Finds, in: New York Times (3.12.1998).

NEUERSCHEINUNGEN

Sebastian Fellmeth und Christian Rohde

Der Abbau eines Wohlfahrtsstaates

Neuseeland als Modell für das nächste Jahrhundert?

186 Seiten, 218 ÖS/29,80 DM/27 SFr, ISBN 3-89518-230-3

Mitte der 80er Jahre initiierte eine sozialdemokratische Regierung in Neuseeland den umfassendsten und konsequentesten Umbau eines westlichen Wohlfahrtsstaates seit dem 2. Weltkrieg. Heute wird das "Modell Neuseeland" immer wieder als Beispiel dafür angeführt, wie man ein Land für den globalen Wettbewerb fit machen könne. Die Autoren zeichnen die verschiedenen Schritte des Reformprojektes nach, gehen dabei insbesondere auf die Frage ein, wie dieser radikale Umbau politisch durchgesetzt werden konnte und prüfen die ökonomische Bilanz. Es zeigt sich, daß diese recht ernüchternd ausfällt.

Birger P. Priddat

Produktive Kraft, sittliche Ordnung und geistige Macht

Denkstile der deutschen Nationalökonomie im 18. und 19. Jahrhundert

473 Seiten, 650 ÖS/89 DM/80,5 SFr, ISBN 3-89518-034-3

Die Eigenständigkeit der deutschen Ökonomie, eine stark institutionen-, rechts- und staatsökonomisch ausgeprägte Theorieform, ist heute kaum noch bekannt. An den geläufigen Ökonomen (Rau, Roscher, List, Knies, Hildebrand, Wagner) sollen deren unbekanntere Theoriefiguren herausgestellt werden, an den unbekannteren (Novalis, Soden, Mangoldt etc.) deren Herzstücke, die insgesamt den Tenor der deutschen Ökonomie genauer bestimmen lassen: ihre Produktivitätsphantasien, ihre Ordnungswünsche und idealistischen Basiskonzeptionen.

Globalisierung und Wirtschaftspolitik

Hrsg. von W.v. Bülow, E. Hein u.a.

408 Seiten, 423 ÖS/58 DM/52,5 SFr, ISBN 3-89518-228-1

Die Autoren dieses Bandes wenden sich gegen die wirtschaftstheoretische Orthodoxie, die Deregulierung, Lohnzurückhaltung und Rückzug des Staates als einzige Heilmittel der Beschäftigungskrise propagiert.

Beiträge von C. Ossorio Capella, K.P. Kisker, F. Mires, R. Pfricm, Ingo Schmidt, E. Hein, W. Schelkle, A. Hcisc, H.P. Liw, K. Brake, W.v. Bülow, K.W. Schüler

Währungsreform und Besetzung in Österreich 1945-47

Hans Seidel

“Uns liegen zwei Teile vor: Ein Gesetzentwurf, den wir öffentlich beschließen, und daneben Direktiven, die wir stillschweigend zur Kenntnis nehmen sollen. Der Gesetzentwurf spiegelt unserem Volke vor, wir haben jetzt eine Währungsreform, und die Direktiven sagen, eure Währungsreform ist endgültig vernichtet.”
(Staatskanzler Renner im Kabinettsrat am 23. November 1945 anlässlich der Beratungen über das Schillinggesetz)

1. Vorwort

Die Inflation nach dem Zweiten Weltkrieg wurde in Österreich nicht mit einem Schlag beendet. Wieweit der lange und dornige Weg zu einer (nach herkömmlichen Begriffen) stabilen Währung vom “Tugendpfad” innerer und äußerer Stabilität abwich, zeigt folgender Vergleich: 1945, als die österreichische Währung von der deutschen getrennt wurde, war eine Reichsmark gleich einem Schilling. Anfang der fünfziger Jahre, als die Nachkriegsinflation beendet wurde, mußten für eine Deutsche Mark sechs Schilling gezahlt werden.

Der “Gradualismus” in der Währungspolitik hat verschiedene Wurzeln, darunter auch hausgemachte. In der hier behandelten unmittelbaren Nachkriegszeit, vom Kriegsende bis zum Währungsschutzgesetz Ende 1947 (siehe Zeittafel), erschwerte die Besetzung des Landes die Bemühungen der heimischen Wirtschaftspolitik, die Inflation in den Griff zu bekommen. Die Besatzungsmächte beanspruchten nicht nur reale Ressourcen, indem sie Besatzungskosten einforderten und sich (vornehmlich in Ostösterreich) Beutegüter so wie das “Deutsche Eigentum” aneigneten. Sie schrieben auch der heimischen Wirtschaftspolitik vor, was sie zu tun und lassen hatte. Daß dabei die sowjetische Besatzungsmacht eine besondere Rolle spielte, ist kein Zufall. Die Sowjetunion hatte durch den Krieg besonders gelitten, ihre Repräsentanten hatten wiederholt die Mitschuld der Österreicher

betont. Die Ablehnung einer gemeinsamen Erdölgesellschaft, die antikomunistische Haltung auch und vor allem der Sozialistischen Partei sowie die bürgerliche Mehrheit bei den ersten Nationalratswahlen taten ein übriges.

Die vorliegende Abhandlung ist eine verkürzte und auszugsweise Fassung einer umfangreichen Studie. Sie stützt sich auf Dokumente des Archivs der Republik (Ministerratsprotokolle, Akten des Finanzministeriums) und des erst im Aufbau begriffenen Archivs der Oesterreichischen Nationalbank (Protokolle über Sitzungen des Beirats und des Generalrats, Berichte der Notenbank an die Alliierten, auf Mikrofilm gespeicherte Akten). Ohne die Hilfe und das Entgegenkommen dieser Stellen hätte die Arbeit nicht geschrieben werden können. (Bisher benutzte die österreichische Wirtschafts-Zeitgeschichte vornehmlich amerikanische Archive.)

Zeittafel

27.4.1945	Konstituierung der Regierung Renner
11.-14.5.1945	Erste Tranche des "Russen"-Kredits von 200 Mio. RM
29.5.1945	Währungsgesetze, 3 Entwürfe im Kabinettsrat (nicht verwirklicht)
12., 21.6. 1945	Zweite Tranche des "Russen"-Kredits von 400 Mio. RM
3.7.1945	Notenbank-Überleitungsgesetz, StGBI.Nr. 45/1945
3.7.1945	Schaltergesetz, StGBI.Nr. 44/1945
3.7.1945	Kreditlenkungsgesetz, StGBI.Nr. 43/1945
4.7.1945	1. Kontrollabkommen für Österreich
9.7.1945	Abkommen über Besatzungszonen in Österreich
17.7.-2.8.1945	Potsdamer Konferenz: Beschluß über "Deutsches Eigentum" im Ausland
11.9.1945	1. Sitzung Alliierten Rat in Österreich
3.10.1945	Banknoteneinlieferungsgesetz : Umtausch RM in AMS (nicht verwirklicht)
20.10.1945	Anerkennung Provisorischer Staatsregierung durch Alliierten Rat
25.11.1945	Erste Nationalratswahlen in Österreich
29.11.-	
1.12.1945	Verhandlungen im Kabinettsrat über Schillinggesetz
30.11.1945	Schillinggesetz, StGBI.Nr. 231/1945
9.12.1945	Staatsamt für Finanzen: Verlautbarung betreffend Ausgabe von Teilscheinen
17.12.1945	Bereitstellung von 557 Mio. RM Noten für die Sowjetunion

20.12.1945	Bestellung der Bundesregierung Figl 1
23.12.1945	Erleichterungen von Beschränkungen des Schillinggesetzes, BGBl.Nr. 1/1946
11.1.1946	Brief von Marschall Konjew: Forderung auf Rückzahlung des "Russen"-Kredits in Schilling
15.2.1946	Kundmachung des Bundesministeriums für Finanzen. vom 15.2.46: Einziehung kleiner RM-Noten, BGBl.Nr.45/1946
26.2.1946	Brief von General Clark: Forderung auf Abgeltung der für eine Währungskonversion bereitgestellten AMS
13.6.1946	Notenbanküberleitungsgesetz-Novelle, BGBl.Nr.122/1946
27.6.1946	Befehl Nr. 17 der sowjetischen Besatzungsmacht: Übergang des "Deutschen Eigentums" in der Ostzone in das Eigentum der Sowjetunion
28.6.1946	2. Kontrollabkommen für Österreich
25.3.1947	Sperrkonten-Verordnung, Entwurf im Ministerrat (zurückgestellt)
19.11.1947	Währungsschutzgesetz, BGBl.Nr. 250/1947
2.12.1947	Übereinkommen mit der Sowjetunion über Sonderregelungen im Währungsschutzgesetz
7.7.1948	Vermögenszuwachsabgabegesetz, BGBl.Nr. 165/1948
7.7.1948	Vermögensabgabegesetz, BGBl.Nr.166/1948
13.7.1948	Altkontenverordnung, BGBl.163/1948

2. Erste Konzepte und Schalteröffnung

Das Deutsche Reich hatte im Zweiten Weltkrieg die Technik der "geräuschlosen" Kriegsfinanzierung praktiziert. Der Staat deckte seinen Finanzierungsbedarf bei den Finanzinstitutionen, wo sich die im Krieg nicht verbrauchten und sinnvollerweise nicht verbrauchbaren Einkommensteile in hohen Einlagenzuwächsen niederschlugen. Gegen Kriegsende funktionierte diese Technik nicht mehr. Was blieb, war die grobschlächtige Methode, die Kriegskosten über die Notenpresse zu finanzieren. Zu Kriegsende hatte das Deutsche Reich Kriegsschulden von 380 Mrd. RM, der Banknotenlauf war auf 73 Mrd. RM angeschwollen, das Zwölf- und Achtfache der Vorkriegswerte.

Da Österreich in das Deutsche Reich eingegliedert war, hatte es nach Kriegsende die Folgen der "geräuschlosen" Kriegsfinanzierung mitzutragen. Statt über Kriegsanleihen, wie nach dem Ersten Weltkrieg, verfügten die privaten Haushalte über Bankeinlagen, die durch wertlose Reichsschätze "gedeckt" waren, und über Reichsmarknoten, für die man kaum etwas zu kaufen bekam. Ein zunächst strikter Preis-Lohn-Stopp und die Bewirtschaftung knapper Güter verhinderten eine "offene" Inflation.

Die Währungsbehörden der wiedererstandenen Republik Österreich standen somit vor schwierigen Aufgaben. Es galt, die österreichische Währung aus dem Verbund mit der Reichsmark herauszulösen, den Notenumlauf und die Einlagen in ein annehmbares Verhältnis zur Gütermenge und zu den Preisen zu bringen und die insolvent gewordenen, weil mit Schuldtitel des Deutschen Reichs vollgestopften Kreditunternehmungen zu sanieren.

Die Provisorische Staatsregierung Renner war bis zum 20. Oktober 1945 nur von der Sowjetunion in dem von ihr besetzten Gebiet anerkannt. Dazu gehörten die Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland sowie anfänglich auch die Steiermark. In der Ostzone kam zu den eingangs erwähnten drei Aufgaben der Währungspolitik noch eine vierte hinzu: Die Rote Armee hatte bei ihrem Einzug die Banknotenbestände des Geld- und Kreditapparats als "Beutegut" beschlagnahmt:¹ 129,9 Mio. bei den Kreditunternehmungen, 296,5 Mio. bei der Reichsbankhauptstelle Wien und 93,0 Mio. bei der Reichsbankstelle Graz, insgesamt mithin 519,4 Mio. RM. Dadurch ergab sich eine paradoxe Situation: Gerade jenen Organisationen, die Geld schöpften, fehlte es an Bargeld. Das Publikum (die "Nicht-Banken") hatte (gemessen am Güterangebot) zu viel – Notenbank, Kreditunternehmungen und Staat (gemessen an den Bedürfnissen des Zahlungsverkehrs) zu wenig Banknoten.

Um den Zahlungsverkehr wieder in Gang zu setzen, mußten das Geld- und Kreditsystem und die öffentlichen Haushalte mit Banknoten versorgt werden. Das schien auf den ersten Blick kein besonderes Problem zu sein. Warum sollte nicht die frühere Reichsbankhauptstelle Wien für kurze Zeit und in geringen Mengen das fortsetzen, was die Zentrale in Berlin in überreichem Maße getan hatte, nämlich Banknoten drucken? Die Antwort lautete: Abgesehen von rechtlichen Bedenken fehlten hiezu die technischen Voraussetzungen. Zwar hatte die Reichsbank während des Zweiten Weltkriegs in Wien 20-Reichsmarknoten drucken lassen. Die Druckplatten waren jedoch auf Befehl des Reichsbankpräsidenten knapp vor Kriegsende nach Salzburg verbracht und dort seinem Beauftragten übergeben worden.²

Der Provisorischen Staatsregierung erschien es am einfachsten, sich die fehlenden Banknoten von der sowjetischen Besatzungsmacht zu borgen. Die Beträge könnten später zurückgegeben werden, wenn man auf andere Weise Banknoten erhielt. Staatskanzler Renner berichtete bereits am 8. Mai 1945, zehn Tage nach der Regierungsbildung, die Sowjetunion sei bereit, 200 Mio. RM in Form von Banknoten leihweise zur Verfügung zu stellen.³ Damit wurden zunächst die öffentlichen Haushalte (der Bund, die Ge-

meinde Wien und Grazer Dienststellen) versorgt. Weitere Barmittel waren für die Kreditunternehmungen vorgesehen, damit sie den Zahlungsverkehr aufnehmen konnten.

Gestützt auf die Liquiditätshilfe der Sowjetunion konnten die Währungsbehörden weitere Schritte planen. Im Prinzip wollte man den Schilling, die Währung der Zwischenkriegszeit, wieder einführen.⁴ Der bedarfsdeckende Druck neuer Schillingnoten brauchte indessen Zeit. Nach dem Druckplan der wieder errichteten Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) waren erst gegen Ende 1945 die für eine Währungskonversion nötige Menge an neuen Schillingnoten verfügbar, und das obschon alte Druckbilder von vor 1938 verwendet wurden und die Druckerei intakt geblieben war.⁵ Da man nicht solange zuwarten wollte, plante man zunächst, die in Österreich zirkulierenden Reichsmarknoten abzustempeln. Am 29. Mai 1945, bald nach Erhalt der Liquiditätshilfe der Sowjetunion, präsentierte der Staatssekretär für Finanzen (im folgenden Finanzminister genannt) dem Kabinett drei Gesetzentwürfe:⁶

- Das Notenumtauschgesetz sah vor, die in Österreich umlaufenden Reichsmarknoten mit dem Stempel "Österreichische Schillinge" zu versehen.⁷ Um den Umlauf zu beschränken, sollten nur 150 S pro Kopf in abgestempelten Noten ausgehändigt werden. Der Rest war auf einem Sperrkonto zu deponieren.
- Das Kontenumschreibungsgesetz ermächtigte die Kreditinstitute, ihre Einlagen von RM auf S umstellen.
- Nach dem dritten Gesetz sollte eine zunächst auf liquides Vermögen beschränkte Vermögensabgabe eingehoben werden. Von den (nach Abzug der Kopfquoten) auf Sperrkonten deponierten Banknoten sollten 25% und von den "Alt"-Einlagen 20% an den Fiskus abgeführt werden. Vom Erlös der Abgabe waren die den Sowjets geschuldeten Beträge zurückzuzahlen. Den Rest wollte der Finanzminister teils stilllegen, größtenteils aber zur Budgetfinanzierung heranziehen.

Die geplante Aktion hatte jedoch einen gravierenden Pferdefuß. Wünschenswert wäre es gewesen, die Währungsmaßnahmen im gesamten Bundesgebiet durchzuführen. Dafür fehlten jedoch die Voraussetzungen. Es gab noch kein gemeinsames Beschlußorgan der vier Besatzungsmächte, die Provisorische Staatsregierung war noch nicht von den Westmächten anerkannt, und um die Sicherheit in der sowjetischen Zone war es zumindest gebietsweise schlecht bestellt. Der Finanzminister wollte daher die Umtauschaktion zunächst auf Groß-Wien beschränken. Sobald es die administrativen und politischen Verhältnisse gestatten, könnte sie auf die gesamte sowjetische Besatzungszone und schließlich auf ganz Österreich ausgedehnt werden. Nach diesem Vorschlag wären nicht nur die Bewohner in den anderen Besatzungszonen, sondern zumindest zeitweilig auch die Niederösterreicher Devisenausländer gewesen. (In Wien hätten mit dem Aufdruck "österreichische Schillinge" versehene Noten, im übrigen Bundesgebiet ungestempelte Reichsmarknoten als gesetzliches Zahlungsmittel gegolten.)

Tabelle 1: Pläne des Staatssekretärs für Finanzen Mitte 1945 (Ostösterreich)

	Mio. RM
<i>Banknoten</i>	
Abstempelung und Barauszahlung 150S/ Kopf	700
Abgabe von 25% vom restlichen Notenbestand	700
Verbleibende Sperrkonten aus Notenabstempelung	2100
Summe der eingereichten Reichsmarknoten	3500
<i>Einlagen bei Kreditunternehmen</i>	
Abgabe von 20% der Einlagen	1100
verbleibende Einlagen	4400
Summe der Einlagen vor Abschöpfung	5500
<i>Verwendung der Abgaben</i>	
Rückgabe von Reichsmarknoten an die Sowjetunion	300
Stilllegung von Banknoten	500
Deckung Budgetdefizit	1000
Erwarteter Abgabenertrag	1800

Ausführungen des Staatssekretärs für Finanzen im Kabinettsrat Nr.14 vom 26. Juni 45. Enderle-Burcel, Jerabek, Kammerhofer (1995) 294. Die Zahlen beziehen sich auf die damals von den Sowjettruppen besetzten Gebiete, d.h. einschließlich der Steiermark und ausschließlich des Mühviertels. Nach dem Bevölkerungsschlüssel auf Österreich umgerechnet, lagen der Schätzung ein Banknotenumlauf von 5,6 Mio. RM und Bankeinlagen von 8,8 Mrd. RM zugrunde.

Der Plan, ein österreichisches Währungsgebiet stückweise zu schaffen, fand indessen nicht die Zustimmung des Kabinetts. Der Einwand lag nahe, daß eine auch nur vorübergehende Währungstrennung Wiens von seinem Umland chaotische Zustände schüfe. Vor allem aber wollten die Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre des Kabinetts Renner aus politischen Gründen nur eine Währungsreform, die für das gesamte Bundesgebiet galt. Da sie überdies (zu Unrecht, wie sich bald herausstellte) erwarteten, daß sich die Alliierte Kommission, das Gemeinschaftsorgan der vier Besatzungsmächte, in Kürze in Wien etablieren würde, entschieden sie sich solange zuzuwarten, bis die Währungsreform im gesamten Bundesgebiet durchgeführt werden könnte.⁶ Um die Zeit bis dahin zu überbrücken, sollte die sowjetische Besatzungsmacht gebeten werden, weitere 400 Mio. in Reichsmarknoten vorzustrecken. Entsprechend dem Ansuchen der Provisorischen Staatsregierung stellten die Sowjetbehörden im Laufe des Juni 400 Mio. RM in Form von Banknoten zunächst auf zwei Monate befristet zur Verfügung.⁹

Mithin konnte die Provisorische Staatsregierung über einen Banknotenvorrat von 600 Mio. RM disponieren. Davon sollte nach der späteren Lesart die erste Tranche von 200 Mio. für die Schalteröffnung verwendet werden,

die zweite Tranche von 400 Mio. war als Manipulationsreserve für die Abstempelung der Reichsmarknoten gedacht.¹⁰ Diese Aufteilung wurde indes nicht strikt eingehalten. Bis zu einem gewissen Grad diente der Banknotencredit der Sowjetunion als eine allgemeine Reserve für unvorhergesehene Fälle, insbesondere zur Deckung temporärer Haushaltsabgänge.¹¹ In einem Bericht des Staatsamtes für Finanzen von Anfang Juli über die ersten beiden Monate der Regierungstätigkeit findet sich die in Tabelle 2 wiedergegebene Aufstellung:

Tabelle 2: Verwendung des 600 Mio. RM-Kredits der Sowjetunion bis Mitte 1945

	Mio.RM
<i>A) Bereits ausgegeben</i>	
Versorgung Graz	50
Vorschuß Gemeinde Wien	15
Budgetausgaben	<u>50</u>
Summe der getätigten Ausgaben	115
<i>B) Noch bevorstehend</i>	
Banknoten für Kreditinstitute	100
Budgetbedarf der nächsten Monate	<u>85</u>
Summe der geplanten Ausgaben	185
<i>C) verbleibende Reserve für Banknotenabstempelung</i>	<u>300</u>
"Russen"-Kredit insgesamt	600

Tätigkeitsbericht des Staatsamts für Finanzen über die ersten 2 Monate der Provisorischen Staatsregierung. AdR: BMfF, Zl. 35_Pr/45.

Nachdem sein Währungsprogramm aufgeschoben worden war, scheint es der Finanzminister nur noch halbherzig weiter verfolgt zu haben. Zumindest die technischen Vorbereitungen blieben Stückwerk. Geplant war, die Banknoten nicht erst an Ort und Stelle abzustempeln, sondern vorweg einen Vorrat an gestempelten Noten anzulegen und diese unmittelbar vor der Konversion an die Einreichungsstellen (das waren in ganz Österreich immerhin 3000) zu verteilen. Insgesamt wurden jedoch nur Reichsmarknoten im Betrag von etwas mehr als 100 Mio. mit dem Stempel "Österreichische Schillinge" versehen.¹² Der Hauptgrund, warum man die Abstempelung von Reichsmarknoten nicht zügig vorantrieb, lag wohl darin, daß man zuwarten wollte, mit welchen Konzepten die Westmächte nach Wien kommen würden. Möglicherweise würden sie bereits fertige Banknoten mitbringen.¹³ Was immer die Motive gewesen sein mögen: Zu keinem Zeitpunkt bestand ein Vorrat an gestempelten Reichsmarknoten, der auch nur für Wien gereicht hätte, geschweige denn für das gesamte Bundesgebiet.

Mit der Diskussion über das Maßnahmenpaket des Finanzministers ging wertvolle Zeit verloren: Die Schalter blieben – von vereinzelt privaten Initiativen abgesehen – in der sowjetischen Besatzungszone geschlossen. Die Notenbank richtete nur einen auf Steuerzahlungen beschränkten Überweisungsverkehr ein. Die im Beirat der OeNB vertretenen Experten der Wirtschaft beklagten, daß die Regierung die Bedürfnisse der Wirtschaft nicht kenne.¹⁴ Erst Anfang Juli 1945, fast zwei Monate nachdem die sowjetische Besatzungsmacht die erste Tranche Reichsmarknoten im Betrag von 200 Mio. bereitgestellt hatte, ging man daran, den Zahlungsverkehr wieder aufzunehmen.

Am 3. Juli 1945 wurde zusammen mit dem Kreditlenkungsgesetz¹⁵ und dem Notenbank-Überleitungsgesetz¹⁶ das Schaltergesetz¹⁷ beschlossen. Die Kreditunternehmungen erhielten insgesamt 94 Mio. RM auf Girokonten der OeNB gutgeschrieben, die sie bei Bedarf in Noten umtauschen konnten.¹⁸ Sie waren daher in der Lage, ab 5. Juli die Schalter zu öffnen. Freilich, den Zahlungsverkehr ganz freizugeben, wagte man nicht. Von den zur Zeit der Schalteröffnung bestehenden Konten (den Altkonten) wurden 60% gesperrt, mit den restlichen 40% konnte bargeldlos (von einem Konto auf ein anderes) überwiesen werden. Nur Einlagen nach der Schalteröffnung (die sogenannten "Renner-Konten") waren frei von Beschränkungen. Der Gesetzgeber versprach außerdem, die Renner-Konten anlässlich der bevorstehenden Währungskonversion besser zu behandeln als Bargeld. Ferner sollten Einlagen zwischen 5. und 20. Juli 1945 nicht zum Gegenstand von Finanzstrafverfahren gemacht werden. Aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen wurden Bargeldabhebungen aus Altkonten in begrenztem Umfang gestattet.

3. Die beeinspruchte Konversion

Wie häufig bei Provisorien, war das Schaltergesetz langlebiger als erwartet. Erst im August trafen sich die Experten der vier Besatzungsmächte in Wien, um über das österreichische Währungsproblem zu beraten. Den Verhandlungen im Alliierten Finanzkomitee¹⁹ lag ein Vorschlag der westlichen Alliierten zugrunde, wonach die Reichsmarknoten zunächst gegen Schillingnoten umgetauscht werden sollten, die in den USA gedruckt worden waren und die als Besatzungsgeld dienten. Nur ein Teil dieser Alliierten-Militär-Schilling (AMS), auch Okkupationsschilling genannt, war an die Zahlmeister der vier Besatzungsmächte zur Bestreitung der laufenden Besatzungskosten verteilt und damit in Umlauf gebracht worden. Der größte Teil wurde als Reserve gehalten. (Nachdem die AMS ihre Zahlungsmittelfunktion verloren hatten, wurden in Österreich AMS-Noten im Betrag von 6,8 Mrd. auf Depots der Notenbank hinterlegt und schrittweise vernichtet – "verkokollt", wie es im Jargon der Notenbank hieß²⁰).

Die westlichen Alliierten waren bereit, aus ihren Beständen die für einen Währungsumtausch erforderlichen Mengen an AMS-Noten zur Verfügung zu stellen. Erst wenn die Notenbank genügend Schillingnoten heimischer

Provenienz gedruckt haben würde, sollten die AMS gegen Schilling ausgetauscht werden. Für die österreichischen Experten kam dieser Vorschlag nicht unerwartet. Sie hatten schon früh von der Existenz dieser Noten und von der Bereitschaft der Amerikaner, sie für Währungsoperationen einzusetzen, erfahren.²¹ Sie begrüßten den Vorschlag, denn die zunächst ins Auge gefaßte Abstempelung der Reichsmarknoten "ist zeitraubend, ihr Produkt primitiv."²²

Die Verhandlungen auf Basis der angloamerikanischen Vorschläge kamen zunächst gut voran. Alliierte und österreichische Experten hatten sich auf einen Entwurf eines Banknotenabschöpfungsgesetzes geeinigt. Detaillierte Anweisungsvorschriften waren ausgearbeitet, die Formblätter für den Notenumtausch an die Einreichungsstellen weitergeleitet worden. Die üblichen Presseaussendungen und Ministererklärungen lagen druckreif vor. Die Amerikaner hatten der OeNB AMS-Noten im Betrag von 1,4 Mrd. für den Bedarf in der sowjetischen Besatzungszone und in Wien übergeben. Am 7. Oktober 1945 sollte das Gesetz verkündet werden, der Umtausch von RM in AMS war in der Zeit vom 15. bis 24. Oktober 1945 vorgesehen.²³ Die Reichsmarkscheine würden dann mit Ausnahme der Notenabschnitte unter 10 RM ungültig werden. Nur noch die Genehmigung des Alliierten Rats zur Veröffentlichung des (akkordierten) Gesetzestextes stand noch aus.

Buchstäblich in letzter Minute legte die Sowjetunion ihr Veto ein. In der Sitzung des Exekutivkomitees der Alliierten Kommission am 7. Oktober 1945 erklärten ihre Vertreter, daß sie nur einem Umtausch von RM gegen Schilling, aber nicht gegen AMS zustimmen könne. Als Begründung wurde angeführt, daß die Anerkennung der Regierung Renner durch die westlichen Alliierten bevorstehe. Militärschillingnoten seien ein Instrument der Kriegführung und daher nicht mehr angebracht.²⁴ Mit der Konversion mußte zugewartet werden, bis genügend Schillingnoten verfügbar waren. Die Kapazität der Notenpresse wurde damit zu einer kritischen Größe.

Die österreichischen Experten hatten zu Beginn der Gespräche mit dem Alliierten Finanzkomitee den Bedarf an Banknoten auf 3 Mrd. S geschätzt.²⁵ Diese Zahl wurde später auf 3,3 Mrd. S und schließlich auf 3,7 Mrd. S erhöht, wobei nur der zivile Bedarf, nicht aber jener der Besatzungsmächte berücksichtigt wurde. Der Schätzwert kam auf eine pragmatische Weise zustande. Man ging wie in den ersten Währungsplänen des Finanzministers davon aus, daß pro Kopf 150 S ausgehändigt würden (das allein machte bereits annähernd 1 Mrd. S aus). Außerdem mußte für den Fall vorgesorgt werden, daß freie Einlagen abgehoben würden. Diese Einlagen wurden daher mit einer hohen Reservequote unterlegt. Nochmals eine Bargeldknappheit wollte man nicht riskieren. Wenn man mit weniger Banknoten auskam, um so besser. Die Frage, wie groß der Geldumlauf sein dürfe, um einigermaßen Preisstabilität zu gewährleisten, wurde (noch) nicht gestellt. Sie spielte erst in den späteren, zum Teil heftigen Diskussionen im Kabinettsrat eine Rolle.

4. Das Schillinggesetz - ein Diktat der Alliierten?

Eine Erörterung der Währungsfrage im Kabinettsrat im August 1945²⁶ wurde als geheim bezeichnet und deshalb nicht protokolliert. (Das Stenogramm hierzu wurde bisher im Staatsarchiv nicht aufgefunden.) Man darf jedoch annehmen, daß in dieser Sitzung die Pläne des Finanzkomitees besprochen und grünes Licht für den Umtausch von RM in AMS gegeben wurde.

Ab Ende September befaßte sich der Kabinettsrat in jeder Sitzung mit der Währungsfrage. Am 3. Oktober 1945 beschloß er das bereits erwähnte Banknoteneinlieferungsgesetz,²⁷ das wegen des Einspruchs der sowjetischen Besatzungsmacht nicht verwirklicht werden konnte. Im Laufe des November spitzte sich die Diskussion dramatisch zu. Dabei rückte ein Thema in den Vordergrund, das bisher ausgespart worden war: die Versorgung der Besatzungstruppen mit neuen Geldzeichen. Da Okkupationsschillinge nicht mehr Zahlungsmittel sein sollten, mußte entschieden werden, wieviele und auf welche Weise neue Banknoten den Besatzungsmächten als Erstausstattung (als Ersatz für die in ihrem Besitz befindlichen RM- und AMS-Noten) übergeben und wie die laufenden Kosten der Besatzung gedeckt werden.

Das Alliierte Finanzkomitee hatte über Besatzungskosten nicht zu befinden. Es blockte daher diesbezügliche Anfragen der österreichischen Teilnehmer ab. Ohne beiläufige Größenordnungen kam man jedoch nicht aus, denn der sogenannte zivile Bedarf war nicht unabhängig davon, wieviele Banknoten durch die Besatzungsmächte in Zirkulation gebracht wurden. Gesprächsweise wurde 1 Mrd. S als Bedarf der Besatzungsmächte ohne Angabe des Zeitraums genannt.

Die Provisorische Staatsregierung stand zunächst auf dem Standpunkt, Österreich habe als befreiter Staat überhaupt keine Besatzungskosten zu tragen, schon gar nicht für Armeen, die aus Gründen, die Österreich nicht zu verantworten hatte, weit überdimensioniert waren. Es handle sich nicht um Besatzungstruppen, sondern um Aufmarschtruppen, argumentierten die österreichischen Politiker. Wenn schon Besatzungskosten verlangt werden, dann müßten sie in einem eigenen Vertragswerk festgelegt werden. Über einen solchen Vertrag hätte der erst zu bildende Nationalrat zu befinden, und nicht eine bereits demissionierte Provisorische Staatsregierung.

Vor allem aber sei zu befürchten, daß eine hohe Erstaussstattung der Alliierten mit Schillingnoten den beabsichtigten Effekt der Währungsreform zunichte machen werde. Der österreichische Schilling, darüber waren sich die Mitglieder des Kabinetts Renner einig, wurde von der Bevölkerung als ein Garant für Stabilität betrachtet. Dieses Vertrauen dürfe nicht enttäuscht werden. Wenn, und auch das wurde erörtert, die Besatzungsmächte ihre Notenbestände nicht für laufende Zwecke ausgaben, wäre zwar die Inflationsgefahr gebannt, dann aber hätte der "Ausverkauf der österreichischen Wirtschaft" gedroht, denn mit den gehorteten Beträgen könnte zu einem beliebigen Zeitpunkt ein guter Teil der österreichischen Betriebe aufgekauft werden.

Der Beschluß der Alliierten Kommission vom 16. November 1945²⁸ übertraf die schlimmsten Befürchtungen. Danach hatten die österreichischen Währungsbehörden bis 13. Dezember 1945 Schillingnoten im Werte von 4 Mrd. S bereitzustellen. Davon waren 2,5 Mrd. S für zivile Zwecke vorgesehen (1 Mrd. S als Kopfquote und der Rest als Reserve für Lohnzahlungen). Nicht weniger als 1,5 Mrd. S sollten den Besatzungsmächten übergeben werden. Damit nicht genug: Sobald aus der laufenden Notenproduktion weitere 1,3 Mrd. S verfügbar würden (damit war bis Ende Februar 1946 zu rechnen), sollten zusätzlich 500 Mio. für militärische Zwecke abgezweigt werden. Weiters kündigten die Besatzungsmächte an, daß sie ziffernmäßig nicht präzisierte laufende Besatzungskosten einfordern würden, die über das Budget zu finanzieren seien.

Ein Schillinggesetz mit den von der Alliierten Kommission geforderten Bedingungen wurde zunächst vom Kabinettsrat strikt abgelehnt.²⁹ Die österreichische Haltung sollte in einem Gespräch mit dem Alliierten Rat dargelegt werden, wozu der Finanzminister ein schriftliches Memorandum ausarbeiten werde.³⁰ Tatsächlich kam nur ein Gespräch mit dem Finanzkomitee der Alliierten Kommission zustande. Die Experten des Finanzkomitees erklärten, daß ihre Vorschläge mit dem Alliierten Rat koordiniert seien. Man ließ durchblicken, daß ein Beharren auf dem österreichischen Standpunkt die Währungsreform auf unbestimmte Zeit verschieben würde, denn der Alliierte Rat in Wien habe keine Vollmacht, über Besatzungskosten zu verhandeln.

Daraufhin entschied sich das Kabinett Renner nach einer mehrtägigen Diskussion,³¹ zwar das Schillinggesetz zu beschließen, aber in einer Mantelnote die österreichischen Vorbehalte zu formulieren. Österreich könne den Alliierten bestenfalls einen Vorschuß zahlen, der künftige Verhandlungen nicht präjudizieren und der überdies nicht so hoch sein dürfe, daß die Währungsstabilität gefährdet werde. Für den Kompromiß setzte sich vor allem das rechte Lager ein, wogegen die Kommunisten³² bei ihrem strikten Nein blieben und die Sozialisten nur zögernd mitmachten.

Der Alliierte Rat stellte in seiner Sitzung am 30. November 1945³³ klar, wer in Österreich herrschte. Er gab der österreichischen Regierung die Weisung, das Schillinggesetz unverzüglich, ohne Bedingungen oder Vorbehalte, in Kraft zu setzen. Außerdem verlangte er, daß dem Gesetz ein Zusatz hinzugefügt werde: „Die österreichischen Schillingnoten sind durch das österreichische Volksvermögen gesichert.“ Diesen Zusatz mußte die Provisorische Staatsregierung als besonders demütigend empfinden, gleichgültig ob man darin nur eine unverbindliche Floskel sah oder ob sich daraus – wie manche befürchteten – konkrete Verpflichtungen für die Zukunft ableiten ließen. Man konnte ihn mit einigem Zynismus so interpretieren: Wieviel Schilling die Besatzungstruppen immer ausgeben, mehr als das österreichische Volksvermögen können sie damit nicht erwerben.

Nach viertägigem Widerstand kapitulierte die Provisorische Staatsregierung. Das Schillinggesetz³⁴ wurde wie vorgesehen am 1. Dezember 1945 beschlossen. Seine wichtigsten Bestimmungen lauteten (Details sind aus der einschlägigen Literatur zu entnehmen):

- Der Gesetzgeber bestimmte den Schilling ab 21. Dezember 1945 zum einzigen gesetzlichen Zahlungsmittel in Österreich, abgesehen von kleinen AMS- und Reichsmarknoten, die aus drucktechnischen Gründen erst später aus dem Verkehr gezogen wurden. Als Konversionskurs wurde ein Schilling gleich eine Reichsmark festgelegt.
- Die umlaufenden RM- und AMS-Noten mußten in der Zeit vom 13. bis 20. Dezember 1945 abgeliefert werden (mit einer zweitägigen Nachfrist für Einzelhändler). Natürlichen Personen wurde eine Kopfquote von 150 RM (AMS) in neue Schillingnoten umgetauscht, der Rest auf einem Konto gutgeschrieben. Juristische Personen erhielten für abgelieferte Banknoten nur eine Gutschrift (keine Kopfquote). Die von der Bekanntgabe des Schillinggesetzes (1. Dezember 1945) bis zum Ende der Konversionsfrist eingelegten Beträge wurden auf Konversionskonten gesammelt.
- Von sämtlichen Einlagen, die vor Einführung der Schillingwährung entstanden, also auch von den sogenannten Rennerkonten, wurden 60% gesperrt, 40% blieben frei oder waren beschränkt verfügbar. Für bestimmte soziale und wirtschaftliche Zwecke konnte über Antrag auch von gesperrten oder beschränkt verfügbaren Konten abgehoben werden. Nach der Kontenverordnung des Finanzministeriums hatten die Kreditunternehmen sechs verschiedene Konten zu führen: Alt- und Altsperrkonten³⁵ (aus der Zeit vor der Befreiung Österreichs), Konversions- und Konversionssperrkonten (aus der Zeit vom 1. bis 22. Dezember 1945) sowie Neu- und Neusperrkonten.

Das Schillinggesetz vertrug sich nicht mit jenen Bestimmungen des Notenbanküberleitungs-Gesetzes, die auf eine Abstempelung von Reichsmarknoten abgestellt waren. Die Provisorische Staatsregierung beschloß daher am 13. Dezember 1945 das Gesetz zu novellieren³⁶. Bei dieser Gelegenheit wurde das Notenbankrecht auch an anderen Stellen nachgebessert. Die Novelle ermächtigte die Notenbank den Banknotenumlauf um jene Beträge zu erhöhen, die sich aus satzungsgemäßen (und deckungsfähigen) Geschäften sowie aus der Zahlung der Besatzungskosten ergeben. Das Gesetz fand jedoch in seiner ursprünglichen Form nicht die Zustimmung des Alliierten Rats. Da sich die Besatzungsmächte auch untereinander nicht einig waren, konnte eine modifizierte Fassung erst am 10. August veröffentlicht werden und damit in Kraft treten. Die Notenbankpolitik war auf diese Weise genötigt, fast zwei Drittel eines Jahres ohne gesetzliche Basis zu operieren. Handeln im Einklang mit den Gesetzen, erwies sich unter diesen Umständen schlicht als unmöglich. Auch das gehörte zu den Realitäten der Besatzung.

5. Mutmaßliche Geldbestände im Jahr 1945

Wieviele Reichsmarknoten zu Kriegsende in Österreich zirkulierten oder Österreichern gehörten, war bis zur Notenabstempelung nicht bekannt. Man wußte nur, daß es zu viele waren, und man befürchtete, daß es noch mehr würden, denn aus ehemals vom Deutschen Reich besetzten Gebieten wurden Reichsmarknoten über die praktisch offenen Grenzen nach Österreich geschmuggelt. Die Schätzungen über den Umlauf an Reichsbanknoten in Österreich nach Kriegsende wichen stark voneinander ab. Dem währungspolitischen Paket des Finanzministers im Juni 1945 lag (auf das Bundesgebiet bezogen) ein Notenumlauf von 5,6 Mrd. RM zugrunde. Spätere Expertenschätzungen bezifferten den Umlauf auf 12 bis 15 Mrd. RM.

Der ohnehin viel zu große Bestand an Zahlungsmitteln wurde durch Besatzungsgeld zusätzlich aufgebläht. Die von den USA vorbereiteten Militärschillingnoten (AMS) wurden von allen vier Besatzungsmächten, auch und insbesondere von der Sowjetunion, als Zahlungsmittel in Österreich zum Kurs von 1 AMS gleich 1 RM verwendet.³⁷ Schließlich sei der Kuriosität halber erwähnt, daß die Deutsche Reichsbank ihre Bankstelle in Graz, aber auch jene in den anderen Bundesländern, gegen Ende des Zweiten Weltkriegs ermächtigt hatte, fototechnische Kopien von RM-Noten zu fertigen. Sie wollte auf diese Weise sicherstellen, daß ihre Filialen auch dann noch über genügend Reichsmarknoten verfügten, wenn die Transportwege unterbrochen wären. In Kärnten und in Tirol wurden zwecks Behebung des Bargeldmangels Reichskreditkassenscheine ausgegeben.³⁸

Die erste verlässliche Information über den Bestand an Zahlungsmitteln in Österreich bot die Währungskonversion im Dezember 1945. Dabei ergaben sich zwei Überraschungen:

Die erste betraf die Höhe des Geldumlaufs. Bis zum Ende der Umtauschzeit erhielt die Notenbank Reichsmarknoten im Werte von 7,39 Mrd. und Militärschillingnoten im Werte von 1,00 Mrd. (Erhebungsstand Ende März 1946). Der Bestand an Reichsmarknoten war geringer, als viele Experten vermutet hatten, übertraf aber die Schätzungen der Provisorische Staatsregierung anlässlich ihrer ersten Überlegungen zur Währungsreform.

Der zweite erstaunliche Umstand, der sich freilich auf Grund interner Informationen schon seit einiger Zeit abgezeichnet hatte, betraf den Zeitpunkt, zu dem die Notenbank Reichsmarkscheine erhielt. Dem Betrag nach befand sich etwa die Hälfte der Reichsmarknoten, die vom Schillinggesetz erfaßt wurden, bereits vor Bekanntgabe des Gesetzes in den Tresoren der Notenbank. Weitere 1,29 Mrd. RM wurden bis zum Ende der Konversionszeit auf Konten eingelegt, so daß für die eigentliche Umtauschaktion nur 2,25 Mrd. RM verblieben.

Tabelle 3: Vom Schillinggesetz erfaßte Banknoten¹⁾

	Mio.RM	Mio.AMS	Zusammen
bis 31.11.1945	3412	195	3607
1.-23.12.1945			
Erläge auf Sonderkonten	1290	482	1772
Noteneinlieferung	2250	390	2640
Summe (vorläufiges Ergebnis) ¹⁾	6952	1067	8019
Endergebnis ²⁾	7392	999	8491

^{*)} ohne RM-Noten und AMS-Noten bis zu 5 Einheiten.

¹⁾ 5. Sitzung des Generalrats der OeNB vom 28. Dezember 1945.

²⁾ Alliiertenberichte der OeNB, März 1946.

Die Kassen der Notenbank waren also schon mit Banknoten gefüllt, bevor das Schillinggesetz verlautbart wurde. Dieser Liquiditätsschub (in der Notenbank sprach man von lawinenartigen angeschwollenen Einlieferungen³⁹⁾) entstand auf eine einfache Weise: Sobald die Schalter offen waren, legten Haushalte und Unternehmungen im Osten wie auch im Westen des Landes namhafte Beträge bei den Kreditunternehmungen ein. Schon Ende Juli 1945 konnte der Finanzminister dem Kabinettsrat berichten, daß die Wiener Institute vom 5. bis 26. Juli 1945 per Saldo 631,6 Mio. RM neue Einlagen erhalten hatten.⁴⁰⁾ Das war, in Klammer vermerkt, mehr als der "Russen"-Kredit ausmachte. Nach repräsentativen Erhebungen in Wien und der US-Zone stiegen die Einlagen binnen weniger Monate um mehr als 40%. Vom Kontenstand vordem Schillinggesetz entfielen somit nur 70% auf "Altkonten", den Einlagen vor Kriegsende. Nicht alle neuen Einlagen, aber doch der überwiegende Teil, schlug sich in den Kassenreserven der Kreditinstitute nieder, denn der Kreditbedarf der Wirtschaft und damit auch die Giralgeldschöpfung waren, bevor die Produktion anlief, relativ gering.

Tabelle 4: Einlagenzuwachs zwischen Schalter- und Schillinggesetz

	US-Zone ¹⁾	Wien ²⁾
	Mio.RM	
Mitte 1945	3184	3273
November 1945	4576	4632
Zuwachs in %	43,7%	41,5%
Anteil der Altkonten am Bestand vom November 45	69,6%	70,7%

¹⁾ Military Government, Austria, Report of the U.S. Commissioner, No. 3, January 1946, S. 112. Stände Ende Juli und Ende November 1945.

²⁾ Generalratsprotokolle der OeNB, Stände Ende Juni und 11. November 1945.

Der Gesamtbestand an Einlagen bei den Kreditunternehmungen vor dem Schillinggesetz ist nicht genau bekannt. Die in Tabelle 4 ausgewiesenen Bestände sind nicht vollständig; u.a. fehlen jene der Postsparkasse. Aus späteren, annähernd vollständigen Einlagenstatistiken und den Bestimmungen des Schillinggesetzes lassen sich zumindest grobe Werte für das zweite Halbjahr 1945 rekonstruieren. Demnach hatten die Kreditunternehmungen zu Kriegsende etwa 10 Mrd. RM Einlagen, 4 Mrd. wuchsen bis Ende November 1945 zu, weitere 2,4 Mrd. wurden vom 1. Dezember bis zum Ende der Konversionszeit eingelegt. Ende 1945 betrug der (hochgeschätzte) Einlagenstand etwa 16,4 Mrd. S.

Tabelle 5: Geldbestände 1945 (teilweise Schätzung)

	Mrd. RM
<i>Einlagen bei Kreditunternehmungen</i>	
Stand Mitte 1945	10,0
Einlagen bis Nov. 1945	4,0
Konversionseinlagen	2,4
Stand Ende 1945	16,4 ¹⁾
<i>Reichsmarknoten der OeNB</i>	
Stand Mitte 1945 (nur Wien und Graz)	0,0
Zustrom bis Nov. 1945	3,4
Einlieferung in Konversionsperiode	3,6
Stand 23. Dezember 1945 (ohne AMS)	7,0

¹⁾ Erste vollständige Erfassung der Einlagen Ende Mai 1946.

6. Der 600 Mio. RM "Russen"-Kredit

Die von der sowjetischen Besatzungsmacht im Mai und Juni 1945 der Provisorischen Staatsregierung leihweise überlassenen Reichsmarknoten waren Beutegut. Ein Großteil stammte aus Beständen, die in Ostösterreich beschlagnahmt worden waren, 200 Mio. RM kamen dem Vernehmen nach aus Berlin. Die Stückliste derersten übernommenen 200 Mio. umfaßte nicht weniger als 6 Mio. Scheine zu 20 RM. Die Noten waren zum Teil noch in den Originalpackungen der Wiener Reichsbankhauptstelle gebündelt. Die erste Tranche der zweiten Lieferung von 400 Mio. RM enthielt 92 Mio. RM Notgeld aus der Reichsbankstelle Graz.⁴¹

Das Beutegeld wurde gegen eine einfache Quittung übergeben, ohne Angabe des Zwecks und der Rückzahlungsbedingungen. Der Finanzminister nahm an, daß es sich um eine Sachleihe (Naturalkredit) handle: Die Sowjets würden später wieder Reichsmarknoten zurücknehmen, und zwar auch in umgestempelter Form. Diese Auffassung stützte sich auf ziemlich unverbindliche Aussagen der in Währungsfragen kaum sehr versierten so-

wjetischen Militärs. Marschall Tolbuchin etwa erklärte auf eine diesbezügliche Anfrage des Finanzministers, über die Rückzahlungsbedingungen werde in Moskau entschieden, doch würden wahrscheinlich auch ungestempelte Reichsmarknoten angenommen werden.⁴²

Der Schluß liegt nahe, daß sich die Beteiligten nicht im klaren waren, was im gegenständlichen Fall ein Naturalkredit bedeutete. Ungestempelte Reichsmarknoten waren nach der Währungskonversion Altpapier, und zwar unabhängig davon, ob die (alten) Reichsmarknoten abgestempelt oder (neue) Schillingnoten ausgegeben wurden. Bestenfalls ließen sie sich noch im besetzten Deutschland verwenden, doch ergab eine spätere vorsorgliche Anfrage der sowjetischen Okkupationstruppen, daß man auch dort nicht an Reichsmarknoten interessiert war.

Die erste Tranche des "Russen-Kredits" von 200 Mio. wurde vereinbart, ohne eine Zeitpunkt für die Rückzahlung festzulegen. Der zweite Kredit von 400 Mio. sollte in zwei Monaten zurückgezahlt werden.⁴³ Als sich die beabsichtigte Währungsreform verzögerte, ersuchte die Provisorische Staatsregierung die sowjetischen Militärbehörden Anfang August und Anfang Oktober jeweils um Prolongation des Kredits, was großzügig gewährt wurde. Als Rückzahlungstermin galt nunmehr Ende 1945.⁴⁴ Die zweite Prolongation wurde zu einem Zeitpunkt beantragt, als die Staatsregierung bereits einen Gesetzentwurf über den Umtausch von Reichsmark in Okkupationsschilling verabschiedet hatte.

Am 18. Dezember 1945 (also gegen Ende der Konversionsperiode lt. Schillinggesetz) informierte der Staatskanzler das "sowjetische Element"⁴⁵ der Alliierten Kommission, daß ab 27. Dezember 1945 Reichsmarknoten im Werte von 600 Mio. RM, abzüglich von 43 Mio., die bei den Sparkassen beschlagnahmt worden waren, bei der OeNB zur Verfügung stehen würden.⁴⁶ Die Militärkommandantur erklärte sich jedoch nicht bereit, die Notenbündel zu übernehmen. Die Moskauer Zentralstellen hätten sich die Entscheidung vorbehalten, hieß es.⁴⁷

Am 11. Jänner 1946 verlangte Marschall Konjew⁴⁸, der sowjetische Hochkommissar, in einem Schreiben an den Bundeskanzler die fällige Rückzahlung der zweiten Tranche des "Russen"-Kredits von 400 Mio. RM in Schilling im Verhältnis 1:1. Die Sowjetunion stellte sich auf den Standpunkt, sie hätte der österreichischen Regierung einen Kredit in geltenden Zahlungsmitteln gewährt. So wie alle Gläubiger von auf RM lautenden Forderungen hätte auch sie Anspruch auf Rückzahlung in Schilling, den nunmehr geltenden Zahlungsmitteln. Diese Entscheidung traf die Regierung unvorbereitet. Noch im Dezember 1945, als Staatskanzler Renner anlässlich der Beratungen über das Schillinggesetz fragte, ob die Sowjetunion bereit sein würde, Reichsmarknoten als Rückzahlung anzunehmen, hatte sich der Finanzminister zuversichtlich gegeben.⁴⁹

Man kann berechtigterweise fragen, wieweit die Provisorische Staatsregierung auf die Banknotenbestände der sowjetischen Militärbehörden angewiesen war, warum sie die ausgeliehenen Banknoten nicht ehestens rückerstattete und warum sie darauf verzichtete, die Rückzahlungsbedin-

gungen präzise zu vereinbaren. Mit zulässiger Vergrößerung läßt sich sagen: Der "Russen"-Kredit von 600 Mio. RM erschien den Verantwortlichen als eine bequeme und billige Finanzierungsquelle. Sie bemühten sich daher nicht, ihn so rasch wie möglich zu ersetzen. Und sie stellten die geliehenen Banknoten erst dann zum Abholen bereit, als das überlastete Personal der Notenbank nach der Manipulation der AMS-Noten und der Ausgabe neu gedruckter Schillingnoten Zeit fand, sich mit dem "Aufräumen" der Bestände an Reichsmarknoten zu beschäftigen.

Die Auseinandersetzung um die Rückzahlung des 600 Mio.-Kredits der Sowjetunion von Mitte 1945 zog sich zwei Jahre lang hin, von Anfang 1946 bis zum Währungsschutzgesetz im Dezember 1947. Ende Februar 1946 schaltete sich die amerikanische Besatzungsmacht ein.⁵⁰ Sollte die österreichische Bundesregierung die Forderungen der Sowjetunion erfüllen, so würden die USA die Rückzahlung von 1976 Mio. AMS verlangen, die sie 1945 vorgestreckt hatten, hauptsächlich für den beabsichtigten, aber nicht vollzogenen Umtausch der RM in AMS. Denn in beiden Fällen handle es sich um den gleichen Sachverhalt: die Bereitstellung von Banknoten für einen Währungsumtausch (die Nostrifizierung des Geldumlaufs) und zur Überwindung von Liquiditätsengpässen.

2,4 Mrd. S an die Besatzungsmächte zu zahlen (400 Mio. S an die Sowjetunion und 2 Mrd. S an die USA), kurz nachdem 2,0 Mrd. S als Erstausrüstung gemäß dem Schillinggesetz bereitgestellt worden waren, hätte das Zahlungsvermögen der Bundesregierung bei weitem überfordert. (Bei kurzen Fälligkeiten wäre nicht einmal die Notenpresse nachgekommen.) Die österreichischen Verhandler konnten sich darauf berufen, daß etwaige Lösungen auch für die Amerikaner akzeptabel sein müßten; andernfalls würden diese auf ihren Forderungen auf Einlösung der AMS-Noten bestehen.

Vorschläge und Gegenvorschläge wechselten in der Folgezeit einander ab.⁵¹ Die Bundesregierung geriet in Zugzwang, als das Parlament Ende November 1947 das Währungsschutzgesetz verabschiedet hatte und die Sowjetunion dagegen Einspruch erhob. Um die Zustimmung der Sowjetunion zum Währungsschutzgesetz zu erhalten und wohl auch, um eine der Streitfragen aus der Welt zu schaffen, die das Verhältnis zur Besatzungsmacht belasteten, entschloß sich die Bundesregierung zu weitgehenden Konzessionen.

Im Abkommen⁵² vom 2. Dezember 1947 vereinbarte sie mit dem sowjetischen Element der Alliierten Kommission folgendes:

- Die Sowjetunion ist berechtigt, alte Banknoten bis zum Betrag von 133 Mio. S unter der Bedingung umzutauschen, daß ein Viertel des zum Umtausch eingereichten Betrags abgeschöpft und ein Viertel befristet gesperrt wird. Die Kopfquote von 12 Mio. S, die alle Besatzungsmächte erhalten, wird davon nicht berührt.
- Die Konten der Sowjetstellen bei der Notenbank und den Kreditinstituten werden gemäß Währungsschutzgesetz teils als Konten öffentlicher Stellen und teils als Konten von Kreditunternehmen behandelt.

- Die Bundesregierung überweist dem Sowjetkommando 390 Mio. S auf Girokonten der OeNB, wovon ein Teil zeitlich gesperrt wird.
- Der 600 Mio.-Kredit des Sowjetunion aus dem Jahr 1945 gilt als getilgt.

Die ersten beiden Punkte entsprachen etwa den Sonderregelungen, die mit den übrigen Besatzungsmächten im Zuge des Währungsschutzgesetzes getroffen wurden. Der Betrag von 390 Mio. S war offenbar als Ablöse für den "Russen"-Kredit des Jahres 1945 gedacht. Das Übereinkommen vom 2. Dezember 1947 blieb geheim. Die Ablösesumme von 390 Mio. S wurde zwar bereits von H. Kienzl⁵³ in seiner Dissertation unter Berufung auf amerikanische Berichte erwähnt, doch wurde dieser Betrag "von ministerieller Seite als zu hoch gegriffen erklärt."

7. Vom Schillinggesetz zum Währungsschutzgesetz

Das Schillinggesetz erschien den Wirtschaftspolitikern und ihren Experten nur als eine Zwischenlösung. Früher oder später hielten sie einen zweiten Schritt für notwendig, manche sprachen sogar von mehreren Schritten. Dafür waren vor allem zwei Gründe maßgebend:

- Die Besatzungskosten waren anfangs nur durch Geldschöpfung zu decken. Innere und äußere finanzielle Stabilität schienen deshalb erst dann erreichbar, wenn der Staatsvertrag abgeschlossen wäre, oder zumindest, wenn die Besatzungskosten auf ein nicht-inflatorisch finanzierbares Maß reduziert würden.
- Das Schillinggesetz hatte kein Geldvermögen abgeschöpft, sondern nur Teile davon blockiert. Die Abrechnung der Sperrkonten und damit im Zusammenhang die "Entschlackung" der Notenbankbilanz schienen nicht beliebig aufschiebbar, denn die Sperrungen hielten nicht dicht. Das galt sowohl für die Konten bei den Kreditunternehmungen als auch für die Girokonten der Kreditunternehmungen bei der Notenbank.

In beiden Fällen bemühten sich die Währungsbehörden gegenzusteuern. Um den inflationstreibenden Effekt der Besatzungskosten zu mildern, begab der Bund ab Herbst 1946 auf dem rudimentären Geldmarkt kurzfristige Schatzscheine: Ende September 625 Mio. S und im Dezember weitere 187 Mio. S. Damit waren die laufenden Besatzungskosten für 1946 in Höhe von 812 Mio. S gedeckt. Die Schatzscheine wurden bei Fälligkeit durch neue ersetzt, wobei der jeweilige Bestand den Finanzierungsbedürfnissen angepaßt wurde. Der antiinflationäre Effekt der Geldmarktoperationen war indessen vorwiegend optischer Natur. Schatzscheine wurden hauptsächlich von jenen Kreditunternehmungen gezeichnet, die überschüssige liquide Mittel hatten, die sie mangels ausreichender Kreditnachfrage vorübergehend nicht ertragreich verwerten konnten. Die Problematik der Schatzscheinfinanzierung wurde zunächst nicht voll sichtbar, weil 1947 aus verschiedenen Gründen nur 164 Mio. S Schatzscheine zusätzlich begeben werden mußten.⁵⁴ (Ein Teil der für 1947 vorgeschriebenen Besatzungskosten wurden erst 1948 ausbezahlt, die USA refundierten ab Mitte 1947 neben den zivilen auch die militärischen Besatzungskosten.)

Was die Sperrkonten anlangt, so trugen sich die Währungsbehörden schon ab Herbst 1946 mit dem Gedanken, von der Kontensperre zur Kontenabschöpfung überzugehen.⁵⁵ Im März 1947 legte der Finanzminister dem Ministerrat eine Sperrkonten-Verordnung vor, wonach etwa 7 bis 8 Mrd. S Einlagen gestrichen werden sollten. Sein Versuch, die Aufweichung des Schillinggesetzes auf diese Weise zu unterbinden, scheiterte jedoch. Die Regierung Figl 1 begnügte sich zunächst damit, die "Schlupflöcher" im Schillinggesetz kleiner zu machen.⁵⁶

Daß schon Ende 1946 über eine Reform des Schillinggesetzes beraten wurde, hatte seine Begründung in der "beunruhigenden" Entwicklung des Banknotenumlaufs. Ende 1945 (nach dem Schillinggesetz und bevor die Besatzungsmächte die zweite Tranche der Erstaustattung erhielten) hatte der Banknotenumlauf 3,3 Mrd. S betragen. Ende 1946 erreichte er 5,7 Mrd. S. Ende Oktober 1947, am Vorabend des Währungsschutzgesetzes, zirkulierten Schillingnoten im Betrag von 6,3 Mrd. S.

Aus welchen Quellen die Notenvermehrung gespeist wurde, läßt sich nur beiläufig quantifizieren, denn im Jahr 1946 spielten Um- und Nachbuchungen, die noch mit dem Schillinggesetz zusammenhingen, eine erhebliche Rolle. Das auffälligste Merkmal in der Zeit zwischen Schilling- und Währungsschutzgesetz war die zunehmende Mittelknappheit des Kreditapparates. Das Schillinggesetz hatte den Kreditunternehmungen komfortable Liquiditätspolster belassen. Diese Reserven wurden indessen fortschreitend aufgebraucht, teils weil die Kreditunternehmungen Einlagen verloren, teils weil sie überschüssige Mittel in Schatzscheinen anlegten. Der Einlagenschwund konzentrierte sich vor allem auf jene Institute, die Gelder des kleinen Mannes in den Städten verwalteten, wie die Sparkassen und die Volksbanken. Die gesamten Einlagen der Kreditunternehmungen sanken zwischen dem Schillinggesetz und dem Währungsschutzgesetz, genauer gesprochen zwischen Mai 1946 und Oktober 1947,⁵⁷ um 1,3 Mrd. S oder 8%, jene der Sparkassen aber um 17% und jene der Wiener Sparkassen sogar um 21%. Von Sparkonten wurden per Saldo 1,5 Mrd. S abgehoben, die Scheckeinlagen nahmen geringfügig (um etwa 200 Mio. S) zu, wobei (vom Finanzministerium genehmigte) Freigaben von Sperrkonten durch Neueinlagen überkompensiert wurden.

Die vom Mittelentzug besonders betroffenen Institute mußten um die Freigabe von Sperrkonten ansuchen, die sie bei anderen Kreditunternehmungen oder bei der Notenbank hielten. Infolge des vertikalen Aufbaus der Sparkassen und Volksbanken gerieten gleichzeitig mit den einzelnen Instituten auch ihre Spitzen, die Girozentrale der österreichischen Sparkassen und die Österreichische Zentralgenossenschaftskasse, in Liquiditätsschwierigkeiten. Die Spitzeninstitute mußten oft mehrmals pro Monat für ihre Mitgliedsinstitute und für sich selbst um die Freigabe gesperrter Konten ansuchen.⁵⁸

Tabelle 6: Die Finanzierungslücke der Kreditunternehmungen zwischen Schilling- und Währungsschutzgesetz (überschlägige Berechnung)

Veränderungen in Mio. S			
<i>Mittelverlust (Abnahme der Passiva)</i>	frei	gesperrt	insgesamt
Spareinlagen	-1313	-201	-1514
Scheckeinlagen	1895	-702	193
Einlagen insgesamt	- 418	-903	-1321 ¹⁾
<i>Mittelveranlagung (Zunahme der Aktiva)</i>			
Schatzscheine			- 976
Kredite			- 422 ²⁾
Anlagen insgesamt			-1398
<i>Kassendefizit</i>			-2719
gedeckt aus			
Giroguthaben	1795 ³⁾	924	2719

¹⁾ Abnahme zwischen Mai 1946 und Oktober 1947.

²⁾ lt. Kreditstatistik ab Mitte 1946.

³⁾ Per Differenz ermittelt.

Der Umfang des Liquiditätsentzugs läßt sich wie folgt abschätzen: Zwischen Schillinggesetz und Währungsschutzgesetz verloren die Kreditunternehmungen insgesamt (einschl. Postsparkasse) etwa 2,7 Mrd. S liquide Mittel. Davon entfiel je etwa die Hälfte auf den Entzug von Einlagen bzw. den Erwerb von Aktiva (Zeichnung von Bundesschatzscheinen und Gewährung von Krediten). Die Finanzierungslücke wurde zunächst größtenteils aus freien Reserven, im Laufe von 1947 jedoch zunehmend aus jenen gesperrten Giroguthaben gedeckt, die von den Währungsbehörden nach Überprüfung jedes Einzelfalles freigegeben wurden.

Die Ausweitung des Notenumlaufs nach dem Schillinggesetz erschien den Zeitgenossen vor allem deshalb als exzessiv, weil man die Vorkriegsverhältnisse als Maßstab wählte. 1937 hatte der Notenumlauf nicht ganz 1 Mrd. S betragen. Mit diesem Betrag könnte man, so hatte das Kabinett Renner argumentiert,⁵⁹ das Auslangen finden. Höchstens, wenn man eine langsamere Umlaufgeschwindigkeit in Rechnung stellte, sei der doppelte Betrag zu veranschlagen. Offenkundig hatte das Schillinggesetz "keinen Biß".

Dabei war freilich zu berücksichtigen, daß Schätzungen des Geldbedarfs (der Geldnachfrage) in turbulenten Zeiten besonders unsicher sind. Zwar mag langfristig, wie ökonomische Studien belegen,⁶⁰ eine stabile Beziehung zwischen Geldmenge und Volkseinkommen (sowie einigen anderen die Opportunitätskosten der Geldhaltung repräsentierenden Variablen) bestehen. Besondere Umstände können jedoch erhebliche und sich nur lang-

sam rückbildende Abweichungen vom langfristigen Gleichgewicht verursachen. Auch war der Geldbedarf in der fraglichen Zeit nicht zuletzt deshalb schwer abzuschätzen, weil sich Bargeld und Buchgeld unterschiedlich und im Falle der Spareinlagen sogar gegenläufig entwickelten.

Die Bargeldquote – der Anteil der Banknoten (und der Teilmünzen) an der Geldmenge im weiteren Sinn (einschl. Buchgeld) – war zwischen Schilling- und Währungsschutzgesetz ungewöhnlich hoch. Dazu trug vor allem die Geldhaltung der Besatzungsmächte und der Akteure auf dem schwarzen Markt bei. Die Besatzungsmächte⁶¹ erhielten bis Ende 1947 die von ihnen angeforderten Besatzungskosten in Banknoten ausgefolgt. Die westlichen Alliierten deponierten ihre zeitweilig nicht benötigten Bestände bei der Notenbank und ihren Zweigstellen. Ende 1946 verfügten sie über Notendepots in Höhe von 784 Mio. S. Die Bestände des sowjetischen Elements sind nicht bekannt. Man kann jedoch annehmen, daß alle Besatzungsmächte zusammen Ende 1946 von den bis dahin zur Verfügung gestellten Banknoten in Höhe von 2,8 Mrd. S noch zumindest 1 Mrd. S besaßen. Das erklärt zum Teil, wieso die Wirtschaft unmittelbar nach dem Schillinggesetz trotz des hohen Banknotenbestands über eine empfindliche Liquiditätsenge klagte. Im Laufe von 1947 schrumpften die Bestände der Besatzungsmächte an Schillingnoten auf ein gesamtwirtschaftlich nicht mehr sehr ins Gewicht fallende Größe, zum Teil weil die USA und Großbritannien zivile Besatzungskosten refundierten, zum Teil weil sie Barreserven nicht mehr in Form von Notendepots, sondern in Form von Girokonten hielten.

Das zweite Zentrum der Bargeldhorte war der schwarze Markt. Die amtlichen Rationen waren so niedrig, daß die städtischen Haushalte auf den schwarzen Markt gedrängt wurden. Sie konnten diese Käufe zumeist nicht voll aus dem laufenden Einkommen bestreiten, wie die Haushaltsstatistiken der Wiener Arbeiterkammer belegen. Die wohlhabenderen Schichten trennten sich von ihrem "Familiensilber", die einfacheren Leute von ihren Sparkguthaben, die sie oft erst im Krieg erworben hatten. Der durchschnittliche abgehobene Betrag von Sparkonten war sehr niedrig, viel niedriger jedenfalls als die Einzahlung pro Buchungsfall auf Sparkonten oder die Transaktionen auf Scheckkonten. Gleichzeitig nahmen die vom Dorotheum gegen Pfand erteilten Kredite seit Anfang 1946 ständig zu. In dieses Erklärungsschema paßt auch der Umstand, daß sich die Abhebungen auf Wien konzentrierten, wogegen in den Bundesländern zumindest zeitweise die Einzahlungen auf Konten überwogen.⁶²

Tabelle 7: Durchschnittlicher Buchungsbetrag im 1. Hj. 1947

	Einzahlung in S	Auszahlung in S
Sparkonten	922	266
Scheckkonten	1214	998

Alliiertenberichte der OeNB, Juli 1947.

Die von Sparkonten abgezogenen Beträge flossen nicht mehr zu den Kreditunternehmungen zurück, da die Anbieter auf dem schwarzen Markt das anonyme Bargeld bevorzugten. Für Konten galt gemäß § 163 der noch geltenden Reichsabgabenordnung der Legitimationszwang. Erst im August 1948 wurde mit BGBl.Nr.151/1948 das Bankgeheimnis in der Form wieder eingeführt, wie es vor 1938 bestanden hatte.⁶³ Zu diesem Zeitpunkt hatte aber der Schwarze Markt nur noch marginale Bedeutung.

Auch wenn man berücksichtigt, daß der Notenumlauf allein überzeichnet, so blieb doch unbestritten, daß die Geldversorgung zu reichlich war. Den Test hierfür lieferte letztlich die Entwicklung von Preisen und Löhnen. Schon im Laufe von 1946 erwies sich, daß die Stoppreise und -löhne der Kriegswirtschaft nicht zu halten waren. Die Wirtschaftspolitik beschränkte sich darauf, die Preis- und Lohndynamik zu kanalisieren,⁶⁴ in der Erwartung, daß in einem zweiten Währungsschnitt das nachgeholt werden könnte, was im Schillinggesetz nicht zuletzt wegen der Ansprüche der Besatzungsmächte versäumt worden war. Das erste Preis-Lohn-Abkommen vom Sommer 1947 zielte ausdrücklich darauf ab, Preise und Löhne auf höherem Niveau so unter- und aufeinander abzustimmen, daß die Anpassungsschwierigkeiten im Zuge des bevorstehenden Währungsschnitts minimiert würden.

8. Der verwässerte "Währungsschutz"

Am 19. November 1947, zwei Jahre nach dem Schillinggesetz, beschloß der Nationalrat das Währungsschutzgesetz (WSchG).⁶⁵ Die wichtigsten Bestimmungen waren:

- Banknoten und Münzen wurden durch neue Geldzeichen ersetzt. Natürliche Personen erhielten pro Kopf 150 S im Verhältnis 1:1 umgetauscht; der darüber hinausgehende Betrag wurde auf ein Drittel gekürzt.
- Die Zersplitterung in Konten mit unterschiedlicher Verfügungsberechtigung wurde beendet. Die bisher gesperrten Konten von Wirtschaftsunternehmungen und Privaten (60% der Konten bis zum Schillinggesetz) wurden endgültig gestrichen und die bisher beschränkt verfügbaren Teile der Alt- und Konversionskonten in 2%-Bundeschuldverschreibungen umgewandelt; der Schuldendienst sollte aus dem Ertrag einer (noch zu beschließenden) Vermögens- und Vermögenszuwachsabgabe bestritten werden. Von den Konten der öffentlichen Hand (ausgenommen die Sozialversicherung) wurden 25% gestrichen und 25% für ein Jahr gebunden.
- Ähnlich wie in den Währungsgesetzen vorher gab es Ausnahmen für besonders berücksichtigungswerte Fälle (sozial Bedürftige, Ernteerlöse der Landwirtschaft).

Daß zwei Jahre nach dem Schillinggesetz nochmals Banknoten eingezogen und die bisherigen Sperrkonten gestrichen wurden, war begrifflicher Weise nicht sehr populär. Die Vereinigung Österreichischer Industrieller wandte sich bereits Mitte 1947 gegen einen neuen Währungsschnitt, wobei ihr Victor Kienböck, der Vollzieher des Stabilisierungswerks nach dem Er-

sten Weltkrieg und seit 1945 Berater der Notenbank, zur Seite stand.⁶⁶ Knapp vor dem Beschluß des WSchG meldete sie sich mit einer "Erklärung in letzter Stunde".⁶⁷ Eine von einer österreichischen Tageszeitung initiierte Unterschriftenaktion fand regen Zuspruch.

Um so wichtiger erschien es, die Spanne zwischen Bekanntgabe und Vollziehung des WSchG möglichst kurz zu halten, damit sich die Besitzer von Geldvermögen nicht den Folgen des Gesetzes entziehen konnten. Gerade das aber wurde durch den Einspruch der Sowjetunion verhindert. So kam es zu der bereits geschilderten Vereinbarung mit dem sowjetischen Element. Kostbare Zeit war indessen bereits verstrichen. Das am 19. November beschlossene (und in seinen Grundzügen bereits ab 12. November bekannte) WSchG konnte erst am 9. Dezember 1947 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht werden und damit in Kraft treten. In dieser Zeit trachtete jedermann, seine Banknoten loszuwerden. Ihr Umlauf sank von 6,2 Mrd. S am 7. November 1947 auf 2,86 Mrd. S am 9. Dezember 1947 oder um 54%. Um den gleichen Betrag stiegen die freien Giro Guthaben der Notenbank.

Die wichtigsten Komponenten, die den Notenumlauf schrumpfen ließen, sind zumindest grob quantifizierbar. Je 600 Mio. S stammten aus der Rückzahlung von Krediten und aus aktuellen oder früheren⁶⁸ Beständen der Alliierten⁶⁹, 700 Mio. S machten die Steuerzahlungen aus⁷⁰, 860 Mio. S wurden auf Bankkonten eingelegt.

Tabelle 8: Zunahme der Giroverbindlichkeiten der OeNB (Abnahme des Notenumlaufs) vor dem WSchG

	Mio. S
Rückzahlung von Krediten	600 ¹⁾⁴⁾
Zahlung von Steuern	700 ¹⁾
Barbestände der Kreditunternehmungen	360 ²⁾
Alliiertengelder	600 ¹⁾
Einlagenzuwachs in der Vorkonversionszeit	860 ³⁾
Zwischensumme	0
Rest	220
Insgesamt	3340
davon	
Kreditunternehmungen	1830 ²⁾
öffentliche Hand	1510

¹⁾ Generalrat Nr. 27 vom 19. Februar 1948.

²⁾ Ministerrat Figl 1, Nr. 92 vom 16.12.1947.

³⁾ 150% des abgeschöpften Betrags von 570 Mio. S lt. Mitteilungen der OeNB, Jg. 48, Nr.2.

⁴⁾ Lt. Alliiertenbericht der OeNB, Jänner 1948, sank das Kreditvolumen der direkt meldenden Kreditunternehmungen um 523 Mio. S.

Die kurzfristigen Ausweichstrategien der Besitzer von Banknoten beeinträchtigten das Ergebnis der Notenabschöpfung. Statt 3,45 Mrd. S Banknoten wurden nur 1,22 Mrd. S abgeschöpft. Die Währungsbehörden bemühten sich um Schadensbegrenzung. Schon das WSchG bestimmte, daß der Einlagenzuwachs bei den Kreditunternehmungen zwischen 12. November und 9. Dezember 1947 ebenso wie der Banknotenumlauf um zwei Drittel gekürzt würden (Abschöpfungsergebnis einschl. Nachtrag 570 Mio. S). Weiters verfügte das Finanzministerium per Erlaß, daß die Steuerzahlungen vor dem WSchG zunächst auf Interimskonten gebucht und erst nach Überprüfung auf die Steuerschuld angerechnet würden. Nicht zuletzt wurde entgegen den ursprünglichen Absichten ein Teil der freien Guthaben der Kreditunternehmungen bei der Notenbank abgeschöpft.

Die Verwässerung des Gesetzes betraf nur den Notenumlauf. Die Kontenabschöpfung wurde vom verspäteten Inkrafttreten nicht berührt. Das WSchG entzog den Konteninhabern 10,70 Mrd. S (einschl. Nachtrag 11 Mrd. S) gesperrte und beschränkt verfügbare Einlagen. Davon wurden 2 Mrd. S durch Bundesschuldverschreibungen ersetzt, deren Tilgung und Verzinsung durch eine Abgabe vom Vermögen und vom Vermögenszuwachs gedeckt werden sollte. 8,7 Mrd. S (9,0 Mrd. S) Einlagen wurden ersatzlos gestrichen.

Die den Konteninhabern entzogenen Bucheinlagen im Wert von fast 11 Mrd. S wurden zunächst auf ein (unverzinsliches) Konto des Bundes übertragen. Über dieses Sonderkonto disponierte das Finanzministerium in drei Anordnungen, wovon die ersten beiden die Notenbank und die dritte die Kreditunternehmungen entlasteten. Nach der ersten mußten die Kreditunternehmungen im Dezember 1947 1 Mrd. S von ihren freien Guthaben bei der Notenbank abführen, die zweite vom Februar 1948 erfaßte 80% ihrer gebundenen Giroguthaben (2,7 Mrd. S). Da überdies 1,22 Mrd. S Banknoten abgeschöpft wurden, wurde die Notenbankbilanz schon Anfang 1948 merklich verkürzt. Den dritten Schritt, die Abbuchung der wertlosen Kriegsaktiva der Kreditunternehmungen, setzte das Finanzministerium erst im Herbst 1951, als absehbar war, welchen Teil ihrer Verluste die Kreditunternehmungen selbst tragen konnten. (Die endgültige Rekonstruktion der Bilanzen der Kreditunternehmungen und damit ihre Veröffentlichung fand erst 1955 statt.)

Tabelle 9: Disposition des BMfF über gemäß WSchG abgeschöpfte Einlagen bei den Kreditunternehmungen

Anordnung	Abfuhr in Form von ... Aktiven der Kreditunternehmungen	Mrd.S
I. Dezember 47	Freie Notenbank-Guthaben	1,0
II. Februar 48	Gesperrte Notenbank-Guthaben	2,7
III. Oktober 51	Wertlos gewordene Aktiva	6,5
Abfuhr gesperrter Einlagen des Publikums insgesamt		10,2 ¹⁾

AdR: BMfF, Kreditsektion "Materialien 1947".

Trotz der Verwässerung des WSchG ließ sich das quantitative Ergebnis sehen. Verglichen mit der Vorkonversionszeit wurden die wichtigen Geldmengenkomponenten um 30-40% gesenkt, der Bestand an Spareinlagen sogar um fast 90%. Bedenklich waren freilich die unerwünschten Verteilungseffekte der Flucht aus dem Bargeld. Die wichtigsten Ausweichmöglichkeiten, die Rückzahlung von Krediten und die Bezahlung von Steuerschulden, standen hauptsächlich den Selbständigen offen. Auch wurde das Ziel, die Nachkriegsinflation zu brechen, nicht erreicht. Der Hauptgrund lag wohl darin, daß die Währungsbehörden nach dem WSchG eine "akkomodierende" Geldpolitik betrieben und die aus den Preis-Lohn-Abkommen der Sozialpartner resultierende Kosteninflation finanzierten. Aber das ist ein Thema, das in einer eigenen Abhandlung behandelt werden muß.

Tabelle 10: Geldmengenaggregate vor und nach dem WSchG

	Mio.S Ende Okt.47	Mio. S EndeJän.48	Änderung %
<i>A) Notenbank</i>			
Banknoten	6219	3687	-40,7
Giroverbindlichkeiten	6225	4077	-34,5
<i>B) Kreditunternehmungen</i>			
Spareinlagen	8680 ¹⁾	892	-89,7
Scheckeinlagen	6422 ¹⁾	4503	-29,9
Summe Einlagen	12444 ¹⁾	5395	-31,3

Daten aus den "Mitteilungen" der OeNB.

¹⁾ Einschließlich gesperrter Beträge.

Anmerkungen

¹⁾ Schreiben des Bundesministers für Finanzen an den Bundeskanzler vom 28. August 1946. *Archiv der Republik (AdR): Staatsamt für Finanzen (BMfF)*, Zi. 68410_15/46.

²⁾ Akte der Oesterreichischen Nationalbank (AdNB), Aktenzahl (Nr.) 1/1945.

³⁾ Kabinettsrat Renner Nr. 4 vom 8. Mai 1945. *Ministerratsprotokolle der Provisorischen Regierung Karl Renner 1945*, Bd.1, Hrsg. Enderle-Burcel, Jerabek, Kammerhofer (1995) 19f. Das sorgfältig redigierte Buch ist weit handlicher zu benutzen als das Archiv der Republik mit seinen in diesem Zeitabschnitt oft schon zerschissenen Originaldokumenten.

⁴⁾ Der Schilling von 1945 war nicht identisch mit dem vor 1938. Der alte Schilling wurde 1938 im Verhältnis 3:2 in Reichsmark umgetauscht, der neue knüpfte im Verhältnis 1:1 an die Reichsmark an.

⁵⁾ Beirat der OeNB Nr. 2. Der Beirat amtierte bis zur Bestellung des Generalrats und übte teilweise dessen Funktionen aus.

⁶⁾ Kabinettsrat Renner Nr. 10 vom 20. Mai 1945. Enderle-Burcel, Jerabek, Kammerhofer (1995) 163ff.

⁷⁾ Es ist eine semantische und eine juristische Frage, ob die so abgestempelten Noten noch Reichsmark oder schon Schilling waren. Das Notenbanküberleitungsgesetz hielt sie für Reichsmark, denen eine Forderung gegen das Deutsche Reich gegenübergestellt werden sollte.

- ⁸ Kabinettsrat Renner Nr. 11 vom 4. Juni 1945. Enderle-Burcel, Jerabek, Kammerhofer (1995) 186.
- ⁹ AdR: BMff, Zl. 1561_Kredit/45.
- ¹⁰ Siehe hierzu etwa die Darstellung im Bericht des Rechnungshofes über das Budget des Bundes im Jahr 1945.
- ¹¹ Insgesamt entwickelte sich der Bundeshaushalt 1945 günstiger, als erwartet wurde. In der Geldrechnung wurde sogar ein Überschuß von 124,6 Mio. S erzielt. Die Vermutung des sowjetischen Elements, daß der "Russen"-Kredit zur Budgetfinanzierung verwendet wurde, konnte daher zurückgewiesen werden. Ebenso erschien der ursprüngliche Plan einer Vermögensabgabe für fiskalische Zwecke nicht mehr vordringlich. Er wurde schließlich fallen gelassen.
- ¹² Antwort des Finanzministeriums auf eine Anfrage des sowjetischen Elements über die Verwendung des 600 Mio. Kredits. AdR: Ministerrat Figl 1, Nr. 54 vom 25. Jänner 1947.
- ¹³ Beirat der OeNB Nr. 1 vom 14. Mai 1945.
- ¹⁴ Beirat der OeNB Nr. 6 vom 19. Juni 1945.
- ¹⁵ Gesetz über die Errichtung einer Kommission zur Lenkung des öffentlichen und privaten Kredites (Kreditlenkungsgesetz), StGBI. Nr. 43/1945.
- ¹⁶ Gesetz über die einstweilige Neuordnung der Österreichischen Nationalbank (Notenbank-Überleitungsgesetz), StGBI. Nr. 45/1945.
- ¹⁷ Gesetz über die Wiederaufnahme der Zahlungen der Kreditunternehmungen (Schaltergesetz), StGBI. Nr. 44/1945.
- ¹⁸ Beirat der OeNB Nr. 8 vom 3. Juli 1945. Nach späteren Informationen erhielten die Kreditunternehmungen insgesamt 102 Mio. S Liquiditätshilfe.
- ¹⁹ Die Verhandlungen im Finanzkomitee sind ausführlich dokumentiert in: AdNB, Nr. 58/1945.
- ²⁰ AdNB, Nr. 685/1946 V.
- ²¹ Bereits in der 2. Direktoriumssitzung der OeNB am 7. August 1945 wurde der Einsatz von AMS empfohlen. AdR: BMff, Zl. 4079_Kredit/45.
- ²² Memorandum über die Umstellung der österreichischen Währung vom 20. August 1945. AdNB, Nr. 58/1945.
- ²³ 6. Besprechung mit dem Alliierten Finanzkomitee am 24. September 1945. AdNB, Nr. 58/1945.
- ²⁴ Besprechung mit dem Alliierten Finanzkomitee am 8. Oktober 1945. AdNB, Nr. 58/1945.
- ²⁵ Memorandum über die Umstellung der österreichischen Währung vom 20. August 1945. AdNB, Nr. 58/1945.
- ²⁶ AdR: Kabinettsrat Renner Nr. 25 vom 18. August 1945.
- ²⁷ AdR: Kabinettsrat Renner Nr. 33 vom 3. Oktober 1945.
- ²⁸ AdR: Kabinettsrat Renner Nr. 39 vom 23. November 1945.
- ²⁹ AdR: Kabinettsrat Renner Nr. 39 vom 23. November 1945.
- ³⁰ Das Memorandum liegt nicht den Protokollen des Kabinettsrats bei. Es wurde in den Präsidialakten des Finanzministeriums aufgefunden. AdR: BMff, Zl. 649_Präs/45 vom 4. Dezember 1945.
- ³¹ Diese Diskussion und die daraus folgenden Entscheidungen über das Schillinggesetz wurden in einer Sitzung des Kabinettsrats abgeführt, die immer wieder zwecks Konsultationen unterbrochen wurde und sich letztlich über vier Tage erstreckte. AdR: Kabinettsrat Renner Nr. 40 vom 29. November bis 1. Dezember 1945.
- ³² Dabei bedienten sie sich auch in den internen Gesprächen einer pathetischen Sprache, die sonst nur in öffentlichen Reden üblich ist. Staatssekretär Fischer z.B. sagte: "Da habt ihr (die Alliierten, A.d.V.) Österreich, macht damit was ihr wollt! Das kann keine österreichische Regierung beschließen. Dann würden wir zu Verrätern unserer Heimat, dann würden wir herabsinken auf die Mentalität eines Kolonialvolkes, das noch nicht imstande ist, für seine Unabhängigkeit einzutreten." AdR: Kabinettsrat Renner Nr. 39 vom 23. November 1945.
- ³³ AdR: Kabinettsrat Renner Nr. 40 vom 30. November 1945.
- ³⁴ Gesetz vom 30. November 1945 über Maßnahmen auf dem Gebiete der Währung (Schillinggesetz), StGBI. Nr. 231/1945.

- ³⁵ In den westlichen Bundesländern waren die Schalter nach Kriegsende formlos und ohne nennenswerte Abhebungsbeschränkungen geöffnet worden. Da das Schaltergesetz auch nicht nachträglich (anlässlich der Anerkennung der Provisorischen Staatsregierung) übernommen wurde, konnte nicht ohne weiteres festgestellt werden, wie hoch die Einlagen vor der Befreiung Österreichs waren. Der Kontostand per Ende November 1945 wurde daher schematisch im Verhältnis 70:30 auf Alt- und Neukonten geteilt.
- ³⁶ Bundesgesetz vom 13. Juni 1946, wonach die Bestimmungen des Notenbanküberleitungsgesetzes und die Notenbanksatzungen abgeändert werden (Notenbanküberleitungsgesetz-Novelle), BGBl. Nr.122/1946.
- ³⁷ Von den anlässlich der Konversion zum Umtausch von Österreichern eingereichten AMS stammten $\frac{3}{4}$ aus der Ostzone (einschl. Wien). Generalrat der OeNB Nr. 5 vom 28. Dezember 1945.
- ³⁸ AdNB, Nr. 163/1947.
- ³⁹ Generalrat der OeNB Nr. 1 vom 21. August 1945.
- ⁴⁰ AdR: Kabinettsrat Renner Nr. 22 vom 31. Juli 1945.
- ⁴¹ Mit den Beutebanknoten beschäftigen sich zahlreiche Dokumente mit zum Teil etwas abweichenden Angaben. Die im Text wiedergegebenen Zahlen wurden vom Finanzministerium in der einschlägigen Korrespondenz mit den sowjetischen Stellen verwendet.
- ⁴² Kabinettsrat Renner Nr. 6 vom 13. Mai 1945. Enderle, Jerabek, Kammerhofer, 1995, S.74.
- ⁴³ AdR: BMfF, Zl. 1561_Kredit/45 vom 1. Juli 1945.
- ⁴⁴ AdR: BMfF, Zl. 2538_15/45 vom 6. August 1945 und BMfF, Zl. 7107_15/45 vom 6. Oktober 1945.
- ⁴⁵ Die Bezeichnung "Element" für eine der Besatzungsmächte wurde in zeitgenössischen Berichten häufig gebraucht.
- ⁴⁶ Das Schreiben selbst ging verloren. Erhalten geblieben ist der vom Finanzminister dem Staatskanzler übermittelte Entwurf vom 17. Dezember 1945, AdR: BMfF, Zl. 12508_Kredit/45.
- ⁴⁷ Darstellung des Finanzministers über die Kreditaufnahme. AdR: BMfF, Zl. 2954_15/46.
- ⁴⁸ Schreiben von Marschall Konjew an den Bundeskanzler vom 11. Jänner 1946. AdR: BMfF, Zl. 2954_15/46 vom 11. Jänner 1946.
- ⁴⁹ AdR: Kabinettsrat Renner Nr. 38 vom 15. November 1945.
- ⁵⁰ Schreiben von General Clark vom 26. Februar 1946. AdR: BMfF, Zl. 23963_15/46.
- ⁵¹ Eine ausführliche Dokumentation findet sich in AdR: BMfF, Gr.Zl. 2954_15/46.
- ⁵² Übereinkommen vom 2. Dezember 1947 zwischen dem Hochkommissar der UdSSR für Österreich und der österreichischen Bundesregierung. AdR: Ministerrat Figl 1 Nr. 90A vom 4. Dezember 1947.
- ⁵³ Kienzl, Heinz (1949): Die Währungsmaßnahmen der Zweiten Republik Österreich 1945-1948, Diss. Hochschule für Welthandel, Wien.
- ⁵⁴ AdNB, Nr. 66/1947.
- ⁵⁵ Das Direktorium der OeNB beriet bereits am 5. und 15. November 1946 über ein Gesetz betreffend die Abschöpfung der Sperrkonten. Außerdem druckte die Notenbank vorsorglich genügend neue Banknoten, um für den Fall einer neuerlichen Konversion gerüstet zu sein.
- ⁵⁶ AdR: Ministerrat Figl 1 Nr. 62 vom 25. März 1946.
- ⁵⁷ Der Mai 1946 wurde als Ausgangspunkt gewählt, weil erst ab diesem Zeitpunkt die Einlagenstatistik einigermaßen verlässlich war, der Oktober 1947 als Endpunkt, weil bereits im November das Währungsschutzgesetz die monetären Daten beeinflusste.
- ⁵⁸ Die Freigabeansuchen und ihre Behandlung durch die Währungsbehörden sind ausführlich dokumentiert in: AdNB, Nr. 61/1947.
- ⁵⁹ AdR: Kabinettsrat Renner Nr. 39 und Nr.40 vom 23. und vom 28. November 1945.
- ⁶⁰ Geldnachfragefunktionen sind neben Konsumfunktionen ein beliebtes Objekt ökonomischer Schätzungen, hauptsächlich in Form von Fehlerkorrekturmodellen mit Kointegrationsbeziehungen.

⁶¹ AdNB, Nr.117/1947.

⁶² Alliiertenberichte der OeNB, Mai 1947.

⁶³ Alliierten Berichte der OeNB, August 1948.

⁶⁴ Siehe hierzu etwa AdR: Wirtschaftliches Ministerkomitee 31. Sitzung vom 29. April 1947.

⁶⁵ Bundesgesetz vom 19. November 1947 über die Verringerung des Geldumlaufs und der Geldeinlagen bei Kreditunternehmen (Währungsschutzgesetz-W.Sch.G.), BGBl.Nr. 250/47.

⁶⁶ Schon Kindleberger, Charles, P. (The German Economy, 1945-1947, 1989, S. 80) notierte in seinen Briefen aus Wien vom Sommer 1946 sichtlich amüsiert, daß Kienböck, dem man die "Deflationspolitik" in den 30er Jahren angekreidet habe, nunmehr ein "professed inflationist" geworden sei.

⁶⁷ "Die Industrie", 47.Jg., Nr. 44 vom 8. November 1947.

⁶⁸ Die USA und Großbritannien hatten im Laufe von 1947 zivile Besatzungskosten mit Banknoten aus ihren Depots bei der OeNB bezahlt. Diese Beträge wurden aus optischen Gründen zunächst als Notendepots des Finanzministeriums geführt und erst im Vorfeld des WSchG auf Girokonten der Staatshauptkasse übertragen.

⁶⁹ Jede Besatzungsmacht erhielt 12 Mio. S Banknoten im Verhältnis 1:1 umgetauscht. Außerdem gab es Sondervereinbarungen mit den einzelnen Besatzungsmächten. Sie liefen in der Hauptsache darauf hinaus, daß die Geldbestände (Konten und Notendepots) der westlichen Alliierten so behandelt wurden wie die der öffentlichen Haushalte. AdNB, Nr. 117/1947.

⁷⁰ Laut Rechnungsabschluß 1947 des Bundes wurden Steuereingänge in Höhe von 689,9 Mio. S auf Interimskonten der Steuerpflichtigen gutgeschrieben.

Geldvermögen in privaten Haushalten in Wien¹⁾

Josef Schmee

1. Einleitung

Schwierige Probleme der statistischen Erfassung konfrontieren den Sozialwissenschaftler, der die Vermögensverteilung empirisch ermitteln will: So sind dann auch die wenigen existierenden Erhebungen und Untersuchungen der Vermögensverteilung hinsichtlich ihrer Differenziertheit und Aktualität noch weniger zufriedenstellend als die empirischen Daten für die Einkommensverteilung. Dieser Zustand existierte jedoch schon bereits vor der Abschaffung der Vermögenssteuer, d.h. wir leben diesbezüglich eher in einem Datenvakuum denn in einer Datenwüste. Es wäre daher dem Autor der Untersuchung hoch anzurechnen, wenn es im gelänge, über seinen neuen Arbeitgeber weitere Erhebungen anstellen zu können.

Der Sektor der privaten Haushalte stellt die wichtigste originäre Quelle des Angebotes an Finanzierungsmitteln in einer Volkswirtschaft dar. Diese Position macht die Analyse seiner Veranlagungsstrukturen zu einem zentralen Faktor für die Mechanismen der Finanzmärkte und die von diesen bestimmten gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge. Makroökonomisch betrachtet sind die privaten Haushalte ein Überschussektor, dem in Summe mehr Einkommen zufließt als er für laufende Güterkäufe ausgibt. In fast allen entwickelten Industrieländern befindet sich der überwiegende Teil der gesamtwirtschaftlichen Geldvermögensbestände beim Haushaltssektor. Da dieser Vermögensbestand gleichzeitig die Finanzierungsbasis für die Realkapitalbildung einer Volkswirtschaft darstellt, sind die mit dem Veranlagungsverhalten von privaten Haushalten verbundenen Präferenzen und Portfoliostrukturen mitentscheidend für einen effizienten Mitteltransfer in den Unternehmenssektor.

2. Sozioökonomische Strukturen des Geldvermögens

Die Nutzungsintensität des verfügbaren Instrumentariums an Anlageformen zur Bildung von Finanzvermögen ist sehr hoch. 98,9% der Wiener Haushalte verfügen über mindestens ein Instrument, das sich zur Veranlagung finanzieller Mittel eignet. Dabei kommt dem Girokonto eine spezifische

Rolle zu. Wegen der Multifunktionalität (bargeldloser Zahlungsverkehr und Veranlagungs- und Verschuldungsinstrument) wird das Girokonto als Vorstufe zu anderen Veranlagungsformen angesehen. Das wird durch die beim Girokonto mit 94,3% höhere Verbreitung als bei anderen Anlageformen unterstrichen. Für immerhin fast 7% der Wiener Haushalte ist das Girokonto aber das einzig verfügbare Instrument der Veranlagung. Hier handelt es sich vorwiegend um ältere Personen. In mehr als 60% dieser Haushalte ist der Haushaltsvorstand älter als fünfzig Jahre. Weniger als 30% dieser Haushaltsgruppe sind berufstätig, vorwiegend mit weniger qualifiziertem Berufsbild. 38% erzielen ein Einkommen unter 9.000 Schilling, 65% von unter 15.000 Schilling. Die Anlegerhaushalte ohne Girokonto verteilen sich nach dem Alter etwas gleichmäßiger als der Haushaltsdurchschnitt auf die höchsten und die jüngsten Altersstufen. Auch sind sie überwiegend weniger qualifiziert und die niedrigeren Einkommensstufen überproportional vertreten. In mehr als 60% handelt es sich um Ein-Personen-Haushalte. In ihrer Veranlagungsstruktur finden sich keine Wertpapiere, Bausparen und Lebensversicherungsverträge sind ebenfalls nur unterdurchschnittlich vertreten. Als Anlageinstrument dominieren bei diesen Haushalten das Eckzinssparbuch und das Postsparbuch. Immerhin beträgt die durchschnittliche Veranlagungshöhe aber 53.000 Schilling.

Die Unterschiede im Ausmaß des Haushaltsbesitzes an Geldvermögensformen nach sozioökonomischen Merkmalen erscheint vor allem vom Alter, vom Haushaltseinkommen und von der Haushaltsgröße geprägt. Der Anteil der Nicht-Nutzung von Instrumenten der Geldvermögensbildung nimmt mit dem Alter des Haushaltsvorstandes zu und mit steigendem Haushaltseinkommen und wachsender Haushaltsgröße ab.² Nach dem Berufsmilieu des Haushaltsvorstandes weisen Angestellte deutlich höhere Wahrscheinlichkeiten für die Nutzung von Anlageformen auf als weniger qualifizierte Arbeitskräfte. Unter den Selbständigen zeigen die Landwirte und die freien Berufe niedrige Werte. Kein signifikanter Unterschied besteht zwischen Frauen und Männern als Haushaltsvorstand. Überdurchschnittlich ist die Nutzung jedoch bei Haushalten mit verheiratetem oder verwitwetem Haushaltsvorstand. Signifikant höher ist sie auch bei Berufstätigkeit des Ehepartners und bei Wohnungseigentum.

Die Untersuchung erfaßt ein hochgerechnetes Geldvermögen der Wiener Haushalte von 124,5 Mrd. Schilling. Davon entfallen immerhin 6,2 Mrd. Schilling auf Guthaben auf Girokonten, 118,3 Mrd. Schilling betragen damit die Finanzanlagen im engeren Sinn (Tabelle 1). Der größte Anteil an diesem Geldvermögensbestand entfällt auf Haushalte der Altersgruppe zwischen 40 und 59 Jahren. Diese halten 44,5% des gesamten Geldvermögens, während ihr Anteil an den Wiener Haushalten nur bei etwa einem Drittel liegt. 61,8% des Geldvermögens befinden sich im Besitz von Haushalten mit berufstätigem Haushaltsvorstand, immerhin 34% beträgt aber bereits der Anteil der Pensionistenhaushalte.

Nach dem Beruf sind mehr als 70% des Geldvermögens in Angestelltenhaushalten konzentriert, Arbeiterhaushalte kommen nur auf einen Anteil von

14,6%. Die fast 8% Haushalte von Selbständigen, Freiberuflern und Landwirten weisen einen Anteil von 12,5% am Geldvermögensbestand auf. 42,1% des Geldvermögens befinden sich in 2-Personen-Haushalten, mit 19,4% folgen aber die 1-Personen-Haushalte bereits an zweiter Stelle. Über 70% des Geldvermögensbestandes besitzen Haushalte mit männlichem Haushaltsvorstand,

Haushalte mit verheiratetem Haushaltsvorstand und Haushalte mit nicht berufstätigem Ehepartner. Nach der Wohnungssituation entfallen 58,6% des Finanzvermögens auf Haushalte in Hauptmietwohnungen und 38,9% auf Wohnungseigentümer.

Am deutlichsten sichtbar können die Unterschiede in der sozioökonomischen Struktur des Geldvermögensbestandes aber anhand der Abweichungen vom Durchschnitt des Geldvermögens je Haushalt (etwas mehr als 164.000 Schilling) gemacht werden. Nach dem Alter des Haushaltsvorstandes steigt dieser Wert von rund 72.000 Schilling in der jüngsten Altersgruppe bis auf 220.000 Schilling in der Gruppe der Haushalte mit einem Haushaltsvorstand zwischen 40 und 49 Jahren. Ab 50 Jahren sinkt dann der durchschnittliche Geldvermögensbestand. Ursache hierfür ist das Ausscheiden von Haushaltsmitgliedern und der mit Eintritt von Haushaltsmitgliedern in die Pension verbundene Einkommensverlust. Trotzdem bleibt der Geldvermögensbestand in der Altersgruppe der 60jährigen mit 190.000 Schilling noch überdurchschnittlich hoch.

Wiener Haushalte mit Selbständigen und höheren Angestellten kommen im Vergleich zu Arbeiterhaushalten auf rund den dreifachen Wert an Geldvermögen, angelernte Arbeiter und Hilfsarbeiter verfügen über weniger als die Hälfte des Geldvermögens eines ausgebildeten Arbeiters.

Ein eindeutiger Zusammenhang besteht zwischen der Höhe des Haushaltseinkommens und dem Bestand an Finanzvermögen im Haushalt, wobei die Höhe des Geldvermögens mit dem Einkommen überproportional zunimmt. Bei einem Nettoeinkommen unter 11.000 Schilling beträgt das Geldvermögen rund 44.000 Schilling, bei 45.000 Schilling Haushaltseinkommen hingegen bereits mehr als 800.000 Schilling. Die Relation zwischen dem Geldvermögensbestand und dem Haushaltseinkommen steigt im Verlauf der hier unterschiedenen Einkommensstufen von 4 auf 18. Ab einem monatlichen Einkommen von 19.000 Schilling verfügt der Wiener Haushalt über eine überdurchschnittliche Ausstattung mit Finanzvermögen.

In der Zusammensetzung der Höhe des Geldvermögens nach dem Alter des Haushaltsvorstandes zeigt sich für die vier unterschiedenen Hauptveranlagungsinstrumente ein deutlich unterschiedliches Muster (Tabelle 2). Die Spareinlagen sind eine Domäne der Haushalte mit älterem Haushaltsvorstand, das Bausparen spielt bei den jüngeren Haushalten die größte Rolle. Wertpapiere erreichen erwartungsgemäß bei den ältesten Haushalten die höchsten Portfolioanteile. Das Wertpapiervermögen macht überraschenderweise aber auch in der Kategorie der Haushalte mit einem Haushaltsvorstand im Alter bis 29 Jahre einen überdurchschnittlichen Anteil aus. Auch nach dem Nettoeinkommen des Haushaltes und nach der Haushalts-

Tabelle 1: Geldvermögensbestand der privaten Haushalte

	Geldvermögen insgesamt	Guthaben auf Girokonten	Geldvermögen ohne Girokonten	Anteile in %	1.000S je Haushalt
	Mio. S				
Insgesamt	124.498	6.170	118.328	100,0	164,1
<i>Alter des Haushaltsvorstandes</i>					
Bis 29 Jahre	9.420	783	8.638	7,3	72,3
30 bis 39 Jahre	14.627	784	13.843	11,7	149,3
40 bis 49 Jahre	29.648	1.546	28.101	23,7	220,0
50 bis 59 Jahre	25.450	793	24.657	20,8	210,0
60 bis 69 Jahre	21.165	1.046	20.119	17,0	189,6
70 Jahre und älter	24.187	1.217	22.970	19,4	145,8
<i>Berufstätigkeit des Haushaltsvorstandes</i>					
Berufstätig	76.624	3.521	73.103	61,8	197,2
Pension	42.842	2.376	40.466	34,2	140,8
Sonstiges	5.033	273	4.760	4,0	75,8
<i>Berufsmilieu des Haushaltsvorstandes¹⁾</i>					
Selbständig, Landwirt, freiberuflich	15.213	434	14.779	12,5	260,9
Höherer Angestellter	36.468	1.750	34.718	29,3	290,6
Kleiner, mittlerer Angestellter	53.612	3.084	50.528	42,7	152,8
Arbeiter	14.358	583	13.775	11,6	113,3
Angelernter Arbeiter, Hilfsarbeiter	3.741	152	3.589	3,0	54,4
<i>Nettoeinkommen des Haushalts</i>					
Bis 10.999 S	8.980	879	8.101	6,8	43,9
11.000 S bis 18.999 S	31.140	1.513	29.627	25,0	121,4
19.000 S bis 29.999 S	33.863	1.841	32.023	27,1	174,7
30.000 S bis 44.999 S	32.184	1.194	30.991	26,2	354,0
45.000 S und mehr	18.331	744	17.587	14,9	813,1

Tabelle 1: (Fortsetzung)

	Geldvermögen insgesamt	Guthaben auf Girokonten	Geldvermögen ohne Girokonten	Anteile in %	1.000 S je Haushalt
	Mio. S				
Insgesamt	124.498	6.170	118.328	100,0	164,1
<i>Personen im Haushalt</i>					
1 Person	25.342	2.432	22.910	19,4	81,2
2 Personen	51.599	1.728	49.871	42,1	206,9
3 Personen	22.779	672	22.108	18,7	196,9
4 Personen	18.211	1.024	17.188	14,5	269,1
5 und mehr Personen	6.566	314	6.252	5,3	289,0
<i>Geschlecht des Haushaltsvorstandes</i>					
Männlich	88.999	4.149	84.850	71,7	193,4
Weiblich	35.499	2.021	33.478	28,3	118,6
<i>Familienstand des Haushaltsvorstandes</i>					
Verheiratet	90.118	3.319	86.799	73,4	236,1
Ledig	14.238	977	13.260	11,2	94,0
Geschieden	9.548	752	8.796	7,4	101,7
Verwitwet	10.595	1.122	9.473	8,0	75,4
<i>Ehepartner im Haushalt</i>					
Ja	90.416	3.319	87.098	73,6	235,5
Nein	34.082	2.851	31.231	26,4	88,9
<i>Berufstätigkeit des Ehepartners</i>					
Berufstätig	43.496	1.812	41.684	47,9	261,1
Pension	19.349	579	18.770	21,6	191,8
Sonstiges	25.572	928	26.644	30,6	237,3

Quelle: Mooslechner (1997) 16

1) Derzeitige oder ehemalige Art der Berufstätigkeit des Haushaltsvorstandes

Tabelle 2: Zusammensetzung des Geldvermögens nach Anlageformen

	Spar- einlagen	Bauspar- verträge	Lebens- versich.	Wert- papiere	Geldver- mögen ohne Giro- konten
Anteile an der Höhe des Geldvermögens in %					
Insgesamt	49,9	10,5	23,6	16,1	100,0
<i>Alter des Haushaltsvorst.</i>					
Bis 29 Jahre	46,0	16,3	17,8	19,8	100,0
30 bis 39 Jahre	42,4	18,8	24,9	13,9	100,0
40 bis 49 Jahre	40,0	12,3	32,9	14,8	100,0
50 bis 59 Jahre	49,3	9,7	27,2	13,8	100,0
60 bis 69 Jahre	56,7	7,9	22,9	12,6	100,0
70 Jahre und älter	62,8	4,0	10,3	22,8	100,0
<i>Berufstätigkeit des Haushaltsvorstandes</i>					
Berufstätig	42,2	12,5	26,3	19,0	100,0
Pension	64,5	6,4	17,8	11,4	100,0
Sonstiges	44,6	14,3	30,6	10,5	100,0
<i>Berufsmilieu des Haushaltsvorstandes¹⁾</i>					
Selbständig, Landwirt, freiberuflich	32,4	7,4	25,7	34,5	100,0
Höherer Angestellter	47,5	8,8	22,9	20,7	100,0
Kleiner, mittlerer Angestellter	55,8	12,0	20,4	11,8	100,0
Arbeiter	54,5	12,4	29,5	3,6	100,0
Angelernter Arbeiter, Hilfsarbeiter	44,1	6,9	49,0	0,0	100,0
<i>Nettoeinkommen</i>					
bis 10.999 S	59,9	11,1	20,7	8,3	100,0
11.000 S bis 18.999 S	57,9	11,1	22,8	8,2	100,0
19.000 S bis 29.999 S	50,3	11,5	27,0	11,1	100,0
30.000 S bis 44.999 S	49,8	10,8	22,4	17,0	100,0
45.000 S und mehr	31,4	6,4	22,0	40,1	100,0
<i>Personen im Haushalt</i>					
1 Person	65,1	7,1	11,5	16,3	100,0
2 Personen	53,0	7,4	21,6	18,1	100,0
3 Personen	44,9	14,6	28,5	12,1	100,0
4 Personen	35,2	17,9	35,7	11,2	100,0
5 und mehr Personen	28,4	11,9	33,1	26,6	100,0
<i>Geschlecht des Haushaltsvorstandes</i>					
Männlich	49,0	10,9	24,6	15,5	100,0
Weiblich	52,2	9,4	20,9	17,5	100,0

Quelle: Mooslechner (1997) 25

¹⁾ Derzeitige oder ehemalige Art der Berufstätigkeit des Haushaltsvorstandes

größe ist das Muster der Veranlagungsstrukturen eindeutig. Der Anteil der Spareinlagen sinkt mit zunehmendem Einkommen signifikant: Entfallen in der niedrigsten Einkommensstufe noch nahezu 60% der Geldvermögenshaltung auf Spareinlagen, so beträgt ihr Anteil bei den Haushalten mit einem Haushaltseinkommen über 45.000 Schilling nur mehr 31,4%. Demgegenüber wächst der Anteil des Wertpapiervermögens von etwas über 8% bei einem Haushaltseinkommen bis 19.000 Schilling bis auf mehr als 40% in der höchsten Einkommensstufe. Nur bei diesen Bestverdienern sind die Spareinlagen nicht die quantitative wichtigste Anlageform im Portefeuille. Sie rangieren dort mit einem Anteil von 31,4% nach den Wertpapieren erst an zweiter Stelle. Viel weniger stark streuen die Portefeuilleanteile des Bausparens und der Lebensversicherung. Bei den Lebensversicherungen liegen die Anteile am gesamten Geldvermögen über alle Einkommensstufen zwischen 20% und 27%, beim Bausparen fällt der Anteil nur in der obersten Einkommensschicht deutlich ab. Mit steigender Personenzahl im Haushalt nimmt der Anteil der Spareinlagen am Geldvermögen kontinuierlich von 65,1% auf 28,4% ab. Demgegenüber steigt die Bedeutung der Bauspareinlagen und der Veranlagung in Lebensversicherungen, wobei die Höchstwerte jeweils in den 4-Personen-Haushalten erreicht werden. Das Wertpapiervermögen macht bei einer Haushaltsgröße ab fünf Personen 26,6% der Gesamtveranlagung aus, die Zwei-Personen-Haushalte (Doppelverdiener) kommen mit einem Wertpapieranteil von 18,1% diesem Wert am nächsten.

Von den Spareinlagen entfällt mit rund einem Drittel der höchste Anteil auf das Eckzinssparbuch. Gebundene Sparbücher kommen auf 27,9%, an dritter Stelle rangiert das Kapitalsparbuch mit einem Veranlagungsanteil von 18,2% (Tabelle 3). Innerhalb des Wertpapiervermögens liegt der Anteil von Anleihen und Pfandbriefe mit 50,6% knapp über der Hälfte aller Wertpapierveranlagungen.

Die am Geldvermögen je Haushalt gemessene Intensität der Veranlagung in den verschiedenen Anlageformen kann als eine der aussagekräftigsten Kennzahlen für den Entwicklungsstand der Portefoliodiversifikation von Haushalten gelten. Sie ist von den vier unterschiedenen Anlageinstrumenten bei den Wertpapieren deutlich am höchsten.³ In Haushalten mit Wertpapierbesitz sind durchschnittlich 188.000 Schilling je Haushalt in Wertpapieren veranlagt. Demgegenüber beträgt der durchschnittliche Spareinlagenbestand im Haushalt 95.000 Schilling und 93.000 Schilling bei Lebensversicherungen. Für das Bausparen ergibt sich eine durchschnittliche Veranlagungsintensität von nicht ganz 44.000 Schilling. Das Prämiensparen ist mit 36.000 Schilling nach dem Postsparbuch am niedrigsten dotiert. Allein in festverzinslichen Wertpapieren sind im Vergleich dazu je Haushalt mehr als 200.000 Schilling veranlagt. Der Bestand an Aktienvermögen bleibt mit 69.000 Schilling je Anlegerhaushalt gegenüber den beiden anderen Wertpapierformen signifikant zurück. Der hohe Anteil jüngerer Anleger mit niedrigem Einkommen und Geldvermögen wirkt sich hier dämpfend aus.

Tabelle 3: Struktur der Spareinlagen

	Spar- bücher mit Eckzins- satz	Spar- bücher mit Bindung	Post- spar- bücher	Kapital- spar- bücher	Prämien- spar- bücher
Anteile an der Höhe der Spareinlagen in %					
Insgesamt	33,5	27,9	6,3	18,2	14,2
<i>Alter des Haushaltsvorst.</i>					
Bis 29 Jahre	39,8	17,8	8,5	10,6	23,3
30 bis 39 Jahre	29,3	33,5	3,5	19,6	14,1
40 bis 49 Jahre	34,1	27,5	4,3	13,2	21,0
50 bis 59 Jahre	30,4	37,9	5,7	10,7	15,3
60 bis 69 Jahre	29,8	32,4	4,4	22,4	11,0
70 Jahre und älter	38,4	16,8	10,2	26,7	8,0
<i>Berufstätigkeit des Haushaltsvorstandes</i>					
Berufstätig	30,6	32,9	4,7	13,5	18,3
Pension	35,4	23,3	7,9	24,6	8,8
Sonstiges	51,3	11,2	8,6	7,4	21,4
<i>Berufsmilieu des Haushaltsvorstandes ¹⁾</i>					
Selbständig, Landwirt, freiberuflich	30,9	18,4	4,9	29,3	16,5
Höherer Angestellter	27,3	35,0	7,5	13,5	16,7
Kleiner, mittlerer Angestellter	33,8	25,8	6,1	21,3	13,0
Arbeiter	38,7	32,5	4,8	14,3	9,7
Angelernter Arbeiter, Hilfsarbeiter	65,6	1,4	6,7	2,0	24,3
<i>Nettoeinkommen</i>					
bis 10.999 S	52,3	21,4	9,1	7,9	9,3
11.000 S bis 18.999 S	33,1	21,5	7,2	27,9	10,3
19.000 S bis 29.999 S	41,9	20,2	5,7	17,2	15,0
30.000 S bis 44.999 S	24,4	36,7	6,2	15,4	17,3
45.000 S und mehr	19,0	51,5	2,3	8,0	19,2
<i>Personen im Haushalt</i>					
1 Person	35,7	24,5	5,5	25,6	8,7
2 Personen	33,6	27,0	6,9	17,5	15,0
3 Personen	33,0	32,7	5,2	12,8	16,3
4 Personen	32,9	26,4	7,8	14,0	18,8
5 und mehr Personen	17,2	48,4	3,1	11,1	20,2
<i>Geschlecht des Haushaltsvorstandes</i>					
Männlich	31,7	31,6	6,4	17,0	13,4
Weiblich	37,8	19,2	5,8	21,1	16,1

Quelle: Mooslechner (1997) 25

¹⁾ Derzeitige oder ehemalige Art der Berufstätigkeit des Haushaltsvorstandes

3. Verschuldungspositionen privater Haushalte

Steigende Verschuldungspositionen sind ein charakteristisches Element im Wachstumsprozeß von Volkswirtschaften. Die Ausweitung der Forderungen-Verbindlichkeiten-Beziehungen zwischen den Sektoren wird vor allem von der zunehmenden Arbeitsteilung zwischen Haushalten und Unternehmen getragen: Die Verbindung von Spar- und Investitionsentscheidung, wie sie etwa für Selbständige und eigentümergeführte Kleinbetriebe typisch ist, verliert mit wachsendem Anteil unselbständig Beschäftigter und kapitalgesellschaftlicher Unternehmensformen gegenüber den Finanzierungstransaktionen über Finanzmärkte und Finanzsituationen an Bedeutung. Anders als die Unternehmensverschuldung, die auf der Erwartung zukünftiger Erträge beruht, nimmt die Verschuldung des Haushaltssektors zukünftiges Einkommen vorweg. Für den Haushalt ist der Zugang zur Kreditverschuldung immer dann wichtig, wenn sein laufendes Einkommen und sein Vermögen nicht ausreicht, größere Ausgaben aus eigenen Mitteln zu finanzieren. Derartige Ausgaben, vielfach mit "investivem" Charakter, fallen häufig in die Anfangsphase des Erwerbslebenszyklus, in der das Einkommen niedrig ist.

Makroökonomische Konsequenzen der Kreditfinanzierung bestehen in der Nachfragewirkung und dem Vermögensbildungsaspekt von Ausgaben wie Wohnbau und dauerhafte Konsumgüter. Die Möglichkeit, das Lebenszyklusprofil der Ausgaben von dem des Einkommens abzukoppeln, nimmt Vorbelastungen des erwarteten zukünftigen Einkommens durch Zinsen und Tilgungen im Tausch gegen verschuldungsfinanzierte Nachfragemöglichkeiten in der Gegenwart in Kauf.

3. 1 Kreditverschuldung auf jüngere Haushaltsschichten konzentriert

Gegenüber der makroökonomisch orientierten Gesamtbetrachtung des Phänomens Haushaltsverschuldung ermöglicht die Untersuchung einen detaillierten Einblick in die mikroökonomischen Strukturen der Verschuldung privater Haushalte. Insgesamt ergibt sich eine hochgerechnete Kreditverschuldung der Wiener Haushalte von 48 Mrd. Schilling. Darin enthalten sind 1,8 Mrd. Schilling Überziehungen auf Girokonten, sodaß 46,2 Mrd. Schilling als Kreditverschuldung im engeren Sinn verbleiben (Tabelle 4). Genau ein Drittel der Haushalte gab das Bestehen mindestens einer Kreditbeziehung an. Der durchschnittliche aushaftende Kreditbetrag liegt bei 64.000 Schilling.

Überdurchschnittlich stark werden Kredite von den jüngeren Haushalten – bis zu einem Alter des Haushaltsvorstandes von 49 Jahren – beansprucht. In der Altersgruppe der 30- bis 39jährigen gibt es in rund 62% der Haushalte einen Kredit. Der Anteil der Nutzung von Krediten als Finanzierungsinstrument steigt mit der Höhe des Haushaltseinkommens und mit zunehmender Personenzahl. Gleichzeitig ist der Bestand an Kre-

diten aber bei den weniger qualifizierten Berufen überdurchschnittlich. Dieser scheinbare Gegensatz erklärt sich aus den Unterschieden in der durchschnittlichen Kredithöhe. Sie liegt in den höheren Einkommensklassen, bei den Mehr-Personen-Haushalten sowie vor allem bei den höheren Angestellten signifikant über der Höhe anderer Haushaltsgruppen. Diese Unterschiede werden zu einem wesentlichen Teil von der unterschiedlichen Wohnungssituation bestimmt, die sich in den Daten der Kreditverschuldung in einer deutlich höheren Verschuldungsintensität bei Haushalten mit Wohnungseigentum ausdrückt. Von den Haushalten mit Kreditverschuldung gibt der überwiegende Teil nur eine Kreditbeziehung an. Nur für 6,3% aller Haushalte wird der Bestand zweier Kreditverträge erfaßt, in 3,4% der von drei und mehr Krediten.

3. 2 Die Nettogeldvermögensposition der privaten Haushalte

Eine der interessantesten Aspekte der Untersuchung besteht in der – erstmals in dieser Form möglichen – Gegenüberstellung von Anlage- und Verschuldungssituation von Haushaltstypen zu einer Nettofinanzposition der Haushalte nach sozioökonomischen Kriterien. Aus den hochgerechneten Angaben der Haushalte ergibt sich ein Überschuß des erfaßten Geldvermögens über die Verschuldung von 76,5 Mrd. Schilling (Tabelle 5). Davon stammen immerhin 4,4 Mrd. Schilling aus Nettoguthaben auf Girokonten, so daß 72,1 Mrd. Schilling als Nettogeldvermögen des Haushaltssektors im engeren Sinn verbleiben.

Nach den wichtigsten sozioökonomischen Haushaltsmerkmalen befinden sich nur die Haushalte mit einem Haushaltsvorstand zwischen 30 und 39 Jahren sowie die Haushalte von wenig qualifizierten Arbeitern in einer leicht negativen Nettoposition. In beiden Fällen erscheint das durchaus plausible, wenngleich aus unterschiedlichen Ursachen. Die Altersgruppe der Haushalte mit einem Haushaltsvorstand zwischen 30 und 39 Jahren ist die Altersgruppe mit der höchsten Kreditnutzung und gleichzeitig dem höchsten durchschnittlichen Verschuldungsstand je Haushalt. Die Einkommenssituation dieser Haushalte ist noch eher ungünstig und als Folge davon auch der Bestand an Geldvermögen im Haushalt gering. Eigentliche Ursache für die ungünstige Nettovermögensposition ist jedoch die schwerpunktmäßig in dieser Altersgruppe erfolgende Existenz- bzw. Familiengründung. In Haushalten weniger qualifizierter Arbeiter liegt sowohl der Verschuldungsumfang wie der Bestand an Geldvermögen unter dem Durchschnittswert aller Haushalte. Aufgrund des niedrigen Durchschnittseinkommens dieser Haushaltskategorie ist das Potential zur Geldvermögensbildung sehr schwach ausgeprägt.

Tabelle 4: Kreditverschuldung der privaten Haushalte

	Kredite insgesamt	Überziehungen auf Girokonten	Kredite ohne Girokosten	Anteile in %	1.000 S je Haushalt	Anteile des Haushaltsbesitzes in %
	Mio. S					
Insgesamt	48.039	1.793	46.246	100,0	64,1	33,3
<i>Alter des Haushaltsvorstandes</i>						
Bis 29 Jahre	7.758	508	7.250	15,7	60,7	38,8
30 bis 39 Jahre	15.082	127	14.956	32,3	161,3	62,2
40 bis 49 Jahre	11.470	598	10.872	23,5	85,1	46,8
50 bis 59 Jahre	6.972	426	6.546	14,2	55,7	28,1
60 bis 69 Jahre	5.669	76	5.593	12,1	52,7	31,1
70 Jahre und älter	1.088	58	1.030	2,2	6,5	6,5
<i>Berufstätigkeit des Haushaltsvorstandes</i>						
Berufstätig	39.142	1.579	37.563	81,2	101,3	46,7
Pension	7.642	169	7.473	16,2	26,0	18,6
Sonstiges	1.256	45	1.210	2,6	19,3	21,3
<i>Berufsmilieu des Haushaltsvorstandes ¹⁾</i>						
Selbständig, Landwirt, freiberuflich	4.094	182	3.912	8,5	69,1	18,2
Höherer Angestellter	13.324	475	12.849	27,8	107,5	30,2
Kleiner, mittlerer Angestellter	20.736	683	20.053	43,4	60,7	36,4
Arbeiter	5.534	302	5.232	11,3	43,1	34,7
Angelernter Arbeiter, Hilfsarbeiter	4.124	127	3.997	8,6	60,6	43,8
<i>Nettoeinkommen</i>						
bis 10.999 S	2.260	210	2.050	4,4	11,1	14,0
11.000 S bis 18.999 S	10.528	425	10.102	21,8	41,4	36,3
19.000 S bis 29.999 S	15.312	387	14.925	32,3	81,4	39,3
30.000 S bis 44.999 S	13.517	555	12.962	28,0	148,0	47,1
45.000 S und mehr	6.423	215	6.208	13,4	287,0	52,4
<i>Personen im Haushalt</i>						
1 Person	8.399	433	7.966	17,2	28,2	21,2
2 Personen	12.763	535	12.228	26,4	50,7	31,6
3 Personen	12.466	478	11.988	25,9	106,8	54,1
4 Personen	10.896	80	10.816	23,4	169,4	46,8
5 und mehr Personen	3.515	268	3.248	7,0	150,1	61,9
<i>Geschlecht des Haushaltsvorstandes</i>						
Männlich	37.491	1.342	36.149	78,2	82,4	37,6
Weiblich	10.548	451	10.097	21,8	35,8	26,6

Quelle: Mooslechner (1997) 37

¹⁾ Derzeitige oder ehemalige Art der Berufstätigkeit des Haushaltsvorstandes

Die Haushaltsposition des Nettogeldvermögens in Abhängigkeit vom Alter des Haushaltsvorstandes beginnt mit einem niedrigen Plus und wird in der Altersgruppe zwischen 30 und 39 Jahren negativ. Ab einem Alter des Haushaltsvorstandes von 40 Jahren ist der Nettobestand an Geldvermögen dann überdurchschnittlich hoch, mit 154.000 Schilling je Haushalt erreicht er in der Altersgruppe von 50 bis 59 Jahre seinen Höhepunkt. Hohe Nettogeldvermögensbestände finden sich darüber hinaus bei den Haushalten von Selbständigen und höheren Angestellten, bei Haushalten in den beiden höchsten Einkommensschichten, mit zwei oder mehr als vier Personen sowie in Haushalten mit männlichem und verheiratetem Haushaltsvorstand.

3. 3 Vermögenskonzentration und Beziehungen zwischen den Portfoliobestandteilen

Erste analytische Illustrationen zur finanziellen Situation der Wiener Haushalte und ihrer Portfeuillezusammensetzung lassen sich aus dem Zusammenhang zwischen den Haushaltsmerkmalen Besitz an Anlageformen, Mehrfachveranlagungen und Höhe des Geldvermögens sowie aus Kennzahlen zur Konzentration des Geldvermögens auf Haushaltsebene gewinnen. Erwartungsgemäß am stärksten ausgeprägt ist beim Geldvermögen die Korrelation zwischen dem Besitz an Anlageformen und der Mehrfachveranlagung. Positiv aber deutlich geringer ausgeprägt sind die Zusammenhänge zwischen Besitz, Zahl und Höhe des Geldvermögens. Ein größerer Grad an Portfoliodiversifikation ist im Durchschnitt aller Haushalte jedenfalls auch mit höherem Geldvermögensbestand verbunden bzw. ein höherer Geldvermögensbestand im Haushalt erhöht die Wahrscheinlichkeit einer Mehrfachnutzung von Anlageformen.

Am interessantesten sind aber zweifellos die Zusammenhänge zwischen den Geldvermögens- und den Kreditvariablen auf Haushaltsebene: Je mehr Anlageformen in einem Haushalt vertreten sind und je höher der Geldvermögensbestand im Haushalt ist, umso höher ist auch die aushaftende Kreditverschuldung des Haushaltes. Verschuldungsfinanzierung privater Haushalte erweist sich damit weniger als – substitutive – Ausfalls- bzw. Ersatzfinanzierung für geringes Einkommen, ungünstige Vermögenssituation oder überzogene Ausgabengestaltung, sondern in der bestimmenden Mehrzahl der Fälle als komplementäre Finanzierungsform bei durchaus günstiger Einkommens- und Vermögenslage.

Beim Besitz an verschiedenen Anlageformen werden die Zusammenhänge vor allem von den Korrelationen zwischen den verschiedenen Arten von Wertpapieren geprägt. Der Besitz einer Form von Wertpapierveranlagung im Haushalt ist die beste Voraussetzung zum Einstieg des Haushaltes in alle anderen Wertpapierformen. Demgegenüber erweist sich das Girokonto, das Postspargbuch und das Eckzinssparbuch als völlig von den Wertpapierveranlagungen separiert. Die stärksten Verbindungen zwischen den beiden Bereichen Veranlagung bei Banken und Veranlagung in

Tabelle 5: Netto-Geldvermögensposition der privaten Haushalte

	Netto-Geldvermögen insgesamt	Netto-Guthaben auf Girokonten	Netto-Geldvermögen ohne Girokonten	1.000 S je Haushalt
	Mio. S			
Insgesamt	76.459	4.376	72.082	100,0
<i>Alter des Haushaltsvorst.</i>				
Bis 29 Jahre	1.662	275	1.387	11,6
30 bis 39 Jahre	-455	657	-1.112	-12,0
40 bis 49 Jahre	18.177	948	17.230	134,9
50 bis 59 Jahre	18.478	367	18.112	154,2
60 bis 69 Jahre	15.496	970	14.526	136,9
70 Jahre und älter	23.100	1.160	21.940	139,2
<i>Berufstätigkeit des Haushaltsvorstandes</i>				
Berufstätig	37.482	1.942	35.540	95,8
Pension	35.200	2.207	32.993	114,8
Sonstiges	3.777	228	3.549	56,5
<i>Berufsmilieu des Haushaltsvorstandes ¹⁾</i>				
Selbständig, Landwirt, freiberuflich	11.119	251	10.868	191,8
Höherer Angestellter	23.144	1.275	21.869	183,0
Kleiner, mittlerer Angestellter	32.876	2.401	30.475	92,2
Arbeiter	8.824	281	8.543	70,3
Angelernter Arbeiter, Hilfsarbeiter	-383	26	-409	-6,2
<i>Nettoeinkommen</i>				
bis 10.999 S	6.720	668	6.051	32,8
11.000 S bis 18.999 S	20.612	1.088	19.525	80,0
19.000 S bis 29.999 S	18.551	1.453	17.098	93,3
30.000 S bis 44.999 S	18.668	639	18.029	205,9
45.000 S und mehr	11.908	528	11.379	526,1
<i>Personen im Haushalt</i>				
1 Person	16.944	1.999	14.944	53,0
2 Personen	38.836	1.194	37.642	156,2
3 Personen	10.313	194	10.120	90,1
4 Personen	7.315	943	6.372	99,8
5 und mehr Personen	3.051	46	3.005	138,9
<i>Geschlecht des Haushaltsvorstandes</i>				
Männlich	51.508	2.807	48.701	111,0
Weiblich	24.951	1.570	23.381	82,8

Quelle: Mooslechner (1997) 39

¹⁾ Derzeitige oder ehemalige Art der Berufstätigkeit des Haushaltsvorstandes

Wertpapierform bilden das Bausparen, die Lebensversicherungsverträge und das Sparbuch mit Bindung.

Die auf ausgewählte sozioökonomische Kriterien bezogene Konzentration des Geldvermögens der privaten Haushalte zeigt je nach betrachteter Variabler beachtenswerte Unterschiede. Gleichmäßig über den Haushaltssektor verteilt erscheint der allgemeine Besitz an Geldvermögen, gleich in welcher Form dieses Geldvermögen besteht. Dabei sorgt der hohe Verbreitungsgrad des Girokontos noch für deutliche Unterschiede zwischen den Berechnungen ohne Girokonten oder unter Einschluß der Girokonten. Viel stärker konzentriert sind bereits die Mehrfachveranlagungen der Haushalte, am stärksten ungleich verteilt ist die Höhe des Geldvermögensbestandes der Haushalte. Dieses Muster gilt speziell für die Vermögenskonzentration nach wichtigen sozioökonomischen Schichtungskriterien wie Einkommen oder Berufsmilieu. Bei höherem Einkommen und in den qualifizierteren Berufsbildern steigt sowohl der an der Zahl der Veranlagungen gemessene Grad an Portfoliodiversifikation als auch die Höhe des Geldvermögens im Haushalt überproportional. Die 3% der Wiener Haushalte mit dem höchsten Einkommen verfügen immerhin über 14,7% des Geldvermögens, die obersten 12% der Haushalte mit 35,4% über einen Anteil von mehr als einem Dritte.⁴

Von den Hauptkategorien an Anlageformen ist erwartungsgemäß der Wertpapierbesitz nach dem Einkommen deutlich am ungleichsten verteilt. Selbst der Besitz von Wertpapieren weist noch einen leicht höheren Gini-Koeffizienten auf als die Veranlagungshöhe beim Bausparen und bei den Spareinlagen.⁵ Am gleichmäßigsten ist der Besitz an Girokonten und an Sparsbüchern verteilt. Bei den Wertpapierveranlagungen sind die Unterschiede zwischen den Anlageformen sehr klein, die Ungleichverteilung innerhalb aller Anlageformen ist aber deutlich die größte. Sie ist auch bei Genußscheinen und geförderten Aktien ausgeprägt. Ein Ergebnis, das nicht unbedingt für verteilungspolitische Förderungseffizienz spricht, aber angesichts der steuerlichen Förderungsgestaltung verständlich wird.

Josef Schmee

Anmerkungen

¹⁾Die Untersuchung basiert auf den Ergebnissen einer vom Institut für Empirische Sozialforschung Anfang 1990 bei Wiener Privathaushalten durchgeführten Primärerhebung. Im Unterschied zur sonst in Österreich üblichen Vorgangsweise wurden – repräsentativ für Wien – nicht nur der Besitz an Finanzanlagen und Krediten nach verschiedenen sozioökonomischen Variablen, sondern auch die Zahl an Veranlagungen (Mehrfachbesitz) und die Höhe des Geldvermögens nach einzelnen Anlagekategorien sowie die Höhe der Verschuldung von Privathaushalten erfaßt. Für die Hauptbefragung wurde eine geschichtete und offene Stichprobenstruktur von rund 1.000 Wiener Haushalten vorgegeben. Tatsächlich verfügbar waren schließlich Angaben für 1.024 Haushalte. Der eigentlichen inhaltlichen Bearbeitung der Daten ging dann eine umfangreiche Analyse des primärstatistischen Materials voraus. Aufgrund von offensichtlichen Erhebungsproblemen und Unplausibilitäten mußte die analytisch tatsächlich verwendbare Fallzahl der Erhebung (Haushalte) von ursprünglich 1.024 auf 700 reduziert werden. Für diese

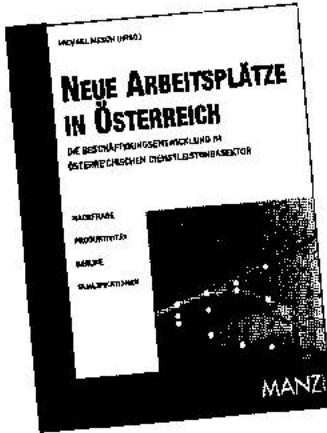
verbleibende Stichprobe kann davon ausgegangen werden, daß sie eine vergleichsweise "gute" und weitgehend in sich konsistente Abbildung von Vermögenspositionen ermöglicht. Trotz einer Neugewichtung der Stichprobe zur Anpassung an die wichtigsten empirisch faßbaren Merkmale der Wiener Haushaltsstruktur bleibt darauf hinzuweisen, daß die Repräsentativität durch die eher kleine Stichprobe in den gering besetzten Teilkategorien und Erhebungsmerkmalen eingeschränkt ist. Die Studie wurde von Peter Mooslechner vom WIFO erstellt; der vorliegende Artikel ist eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse aus dieser Studie.

- 2) Zur Vermeidung von Interpretationsfehlern ist grundsätzlich darauf hinzuweisen, daß die meisten sozioökonomischen Kriterien auf den Haushaltsvorstand abstellen. Die Angaben zur bei den sonstigen Haushalten enthaltenen Kategorien Schüler/Student beziehen sich beispielsweise nicht auf die Gruppe alle Schüler und Studenten, sondern nur auf Schüler und Studenten als Haushaltsvorstand, also mit einem eigenen Haushalt.
- 3) Gemessen wird die durchschnittliche Vermögenshöhe je Anlageform bezogen auf die Zahl derjenigen Haushalte, die eine Veranlagung in dieser Anlageform getätigt haben.
- 4) Bei der Interpretation dieser Relationen ist zu berücksichtigen, daß durch die Untererfassung hoher Einkommen und hoher Geldvermögen die Ungleichheit der Vermögenskonzentration nur abgeschwächt zum Ausdruck kommt.
- 5) Siehe hierzu die Übersichten 17 und 18 der Untersuchung.

Literatur

Mooslechner, P., Die Geldvermögensposition privater Haushalte in Österreich. Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) im Auftrag der Bank Austria (Wien 1997).

Arbeitsplatz-Potential Dienstleistungssektor



Michael Mesch (Hrsg.)
im Auftrag der Kammer für
Arbeiter und Angestellte für Wien.
**Neue Arbeitsplätze in Österreich –
Die Beschäftigungsentwicklung im
österreichischen Dienstleistungssektor**
1998. 342 Seiten. Brosch.,
ATS 420.- DM 57.70 sFr 52.-
ISBN 3-214-06496-7

Das bietet Ihnen das Buch:

- Entwicklungen gegliedert nach Dienstleistungsbereichen und -branchen
- Analysen der Beschäftigungsverschiebungen, mit zahlreichen Tabellen und Abbildungen
- Theorien über das Wachstum des Dienstleistungssektors

Aus dem Inhalt:

- Tendenzen der Beschäftigung im Dienstleistungssektor Österreichs
- Wo entstehen neue Arbeitsplätze? Chancen und Risiken in den einzelnen Branchen
- Analyse der Ursachen der unterschiedlichen Beschäftigungsentwicklungen
- Moderne Informations- und Kommunikationstechnik als Basis neuer Märkte
- Wie verändern sich die Berufs- und Qualifikationsstrukturen des Dienstleistungssektors?

MANZ WIRTSCHAFT

MANZ Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Kohlmarkt 16, 1014 Wien,

Bestellservice: (01) 531 61555, Fax: (01) 531 61 455.

eMail an bestellen@MANZ.co.at und im Internet unter www.MANZ.at

Die Transformationsprozesse Polens und Tschechiens im Vergleich

Jakob Juchler

1. Einleitung

Vor zehn Jahren begann die „Wende“ in den osteuropäischen Staaten. Polen und Tschechien gehören zu den relativ erfolgreichen Beispielen post-sozialistischer Transformationsprozesse, denen es gelungen ist, die anfänglichen politischen und wirtschaftlichen Krisen zu überwinden, grundlegende demokratische Institutionen zu etablieren sowie Veränderungen in Richtung marktwirtschaftlicher Strukturen voranzutreiben. Beide Staaten gehören denn auch nicht zufällig zu den ersten osteuropäischen EU-Beitrittskandidaten. Allerdings werden sie immer noch von einer Reihe schwieriger Probleme belastet, wie dem Aufbau konkurrenzfähiger Unternehmen und funktionierender zivilgesellschaftlicher Instanzen oder der Bewältigung „wilder“ Kapitalismusstrukturen mit ihren Korruptionserscheinungen und großen sozialen Unterschieden.

Was einen Vergleich dieser beiden Länder besonders interessant macht, sind ihre weitgehend asymmetrisch verlaufenen Entwicklungsmuster. Tschechien hatte zuerst politisch wie wirtschaftlich eine stabilere Entwicklung als Polen zu verzeichnen, wobei selbst die Trennungsprobleme der alten Tschechoslowakei keine größere Zäsur bewirkten. In den letzten Jahren hat sich aber eine gegenläufige Tendenz durchgesetzt. Während Tschechien in Turbulenzen geraten ist, konnte Polen wirtschaftliche Erfolge buchen und sich trotz einer starken Polarisierung politisch stabilisieren. Allerdings sind in jüngster Zeit auch in Polen vermehrt Spannungen aufgetreten. Der vorliegende Artikel versucht die wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Entwicklungslinien nachzuzeichnen und relevante Gründe für die Unterschiede darzustellen. Dabei steht die konkrete Dynamik des Transformationsprozesses im Vordergrund, wobei auch historische Hintergründe beigezogen werden. Abschließend werden die Aussichten für die Zukunft umrissen.

2. Die Ausgangslage

Obwohl grundlegende Gemeinsamkeiten des realsozialistischen Systems beide Länder entscheidend prägten, unterschied sich die wirtschaftliche und politische Situation bereits vor der Wende beträchtlich.¹ Polen kämpfte mit sichtbaren wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten, die bereits in der gescheiterten „Modernisierungspolitik“ der Gierek-Ära in den siebziger Jahre ihren Anfang genommen und in der innovativen, aber instabilen Solidarnosc-Phase von 1980/81 einen ersten Höhepunkt erreicht hatten. Die Tschechoslowakei hingegen erschien nach außen hin stabil, nachdem die „Normalisierungspolitik“ im Gefolge der Liquidierung des Prager Frühlings von 1968 einen – zwar nur prekären „Burgfrieden“ zwischen – Bevölkerungsmehrheit und Regime etablieren konnte.

In Polen stellte die Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 die entscheidende Zäsur dar, welche die Entwicklung der achtziger Jahre bestimmte. Im Gegensatz zur Entwicklung in Prag nach 1969 blieben reformorientierte Führungskräfte an der Macht. Diese versuchten, eine Art Doppelstrategie zu verfolgen: harte Repression gegen oppositionelle Aktivisten einerseits, Fortführung eines gewissen Reformkurses andererseits – besonders im wirtschaftlichen Bereich. Eine harte Stabilisierungspolitik mit Reallohnabbau wurde von Dezentralisierungsreformen begleitet. Damit konnte zwar die offene Krise aufgefangen werden, aber grundlegende Schwächen blieben erhalten, wie mangelnde Produktivitätsverbesserungen, ausgetrocknete Gütermärkte und eine weiter wachsende Verschuldung. 1987 betrug das Wachstum des Nationaleinkommens nur mehr knapp 2 Prozent, die offizielle Inflationsrate 25 Prozent, 1988 sogar 61 Prozent, und die Bruttoverschuldung 1989 39 Milliarden \$. Zu diesen Schwierigkeiten kamen strukturelle Probleme. Obwohl die sozialistische Phase bedeutsame Veränderungen in Richtung eines Industriestaates gebracht hatte, war Polen Ende der achtziger Jahre immer noch relativ rückständig. Besonders die Sektorstruktur war 1986 mit 29 Prozent im Primärsektor Beschäftigten – hauptsächlich private Kleinbauern – traditionell orientiert.²

Politisch wurde in Polen ebenfalls eine Stabilisierung erreicht. Streiks und Demonstrationen gingen relativ schnell zurück. Aber die Untergrundstrukturen konnten nicht zerschlagen werden. Und die Kirche als unabhängige „antikommunistische“ Institution hatte an Einfluß und Ansehen gewonnen. Entscheidend war aber die fehlende Akzeptanz des Regimes, die für einen erfolgreichen Reformkurs notwendig gewesen wäre. Etwa ein Fünftel bis ein Viertel der Bevölkerung war relativ klar für das Regime, rund ein Fünftel bis ein Drittel aber ebenso entschieden dagegen, knapp die Hälfte legte sich nicht genau fest oder interessierte sich überhaupt nicht für Politik.³ Seit 1987, nach der Einleitung der Perestrojka in der UdSSR, setzte die Warschauer Führung vermehrt auf Wirtschaftsreformen mit Liberalisierungsmaßnahmen, z.B. bei der Zulassung von Privatbetrieben. Diese Strategie stieß aber auf Widerstand. Zunehmende Streiks und eine schlechter werdende Stimmung verschärften das Dilemma der Führung,

die für ihre Reformen gerade die Unterstützung derjenigen Schichten (vor allem der Intelligenz und der Facharbeiter) benötigte, die ihr ablehnend gegenüberstanden.

In der CSSR sah die Situation anders aus als in Polen. Die Wirtschaftslage schien einigermaßen stabil. Von 1984 bis 1988 bewegten sich die offiziellen Wachstumsraten zwar nur um die 2 bis 3 Prozent. Die Inflationsraten waren aber gering – nach offiziellen Angaben waren die Preise 1989 gegenüber 1980 nur um insgesamt 14 Prozent gestiegen. Und obwohl die Versorgungslage angespannt war, konnte sie im Vergleich zu den meisten osteuropäischen Staaten als gut eingestuft werden. Die Bruttoverschuldung gestaltete sich mit 7,9 Milliarden \$ erträglich. Auch die Sektorstruktur war Mitte der achtziger Jahre moderner als diejenige Polens. Nur 13 Prozent der Beschäftigten arbeiteten im Primärsektor. Mit 47 Prozent im Sekundärsektor war aber eine Überindustrialisierung vorhanden. Das Entwicklungsniveau war generell deutlich höher als in Polen.⁴ Die tschechoslowakische Wirtschaft wies aber grundsätzlich die gleichen Probleme auf wie alle andern osteuropäischen „realsozialistischen“ Ökonomien: schwache Produktivität, Rohstoff- und Energieverschwendung (inklusive enormer regionaler Umweltbelastungen), einseitige schwerindustriell orientierte und veraltete Wirtschaftsstrukturen sowie geringe und abnehmende Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten. Spezifisch war der besonders geringe Anteil der privaten Produktion, die entsprechend dem dogmatischen Kurs der Partei sogar zurückgestuft worden war. Mitte der achtziger Jahre waren dort nur rund 0,3 Prozent aller Beschäftigten tätig, in Polen hingegen fast 30 Prozent, vor allem Kleinbauern.

Die spezifisch tschechische „Normalisierung“ nach 1968 beinhaltete aber auch eine bescheidene, relativ kontinuierliche Konsumausweitung mit der Tolerierung einer unpolitischen „Privatsphäre“. Es herrschte weitgehend politisches Desinteresse vor, und die Verfolgung privater Ziele, das Leben in der „zweiten Gesellschaft“, dominierte. Die Gesellschaftsstruktur war durch die typische sozialistische Machtdifferenzierung geprägt, wobei materiell relativ egalitäre Verteilungsmuster dominierten. Politisch schien die Lage nach außen hin relativ stabil. Die alte Machtelite blieb fast unverändert am Ruder, und Oppositionskreise, die sich erstmals mit der Chartabewegung Ende der siebziger Jahre öffentlich manifestierten, blieben schwach.⁵ Allerdings gab es zunehmende Spannungen, die mit den Entwicklungen in der UdSSR seit dem Beginn der Perestroika zusammenhingen. Damit begannen nämlich die Grundpfeiler des Regimes, die bedingungslose Unterstützung durch Moskau sowie die von der Bevölkerung angenommene Chancenlosigkeit von Reformen zu wanken.

Entsprechend der unterschiedlichen Ausgangsbedingungen gestalteten sich auch die Wendeprozesse verschiedenartig. Polen gehörte neben Ungarn zu den Ländern, die eine weitgehend evolutionäre Übergangsphase vollzogen. Unter großem sozialem und wirtschaftlichem Druck stehend, suchte das Regimelager schon seit dem Herbst 1988 eine Verständigung mit der Solidarnosc-Opposition. Im „Runden-Tisch-Abkommen“ vom April

1989 einigte man sich auf deren Wiederzulassung sowie auf Reformen in Richtung Demokratie und ein „gemischtes“ Wirtschaftssystem. Die Solidarnosc-Bewegung wurde erneut zum Hoffnungsträger, gewann die halbfreien Wahlen vom Juni 1989 und etablierte sich bereits im Herbst als führende politische Kraft, indem sie in einer breiten Koalitionsregierung mit den alten Blockparteien den Ministerpräsidenten und die meisten Minister stellen konnte. Besonders drängend waren die Wirtschaftsprobleme, insbesondere die Ungleichgewichte auf den Gütermärkten mit enormen Preissteigerungen und Versorgungsengpässen, die im Sommer 1989 außer Kontrolle zu geraten drohten. Diese Verhältnisse förderten die Bereitschaft der politischen Elite – inklusive der Mehrheit der „kommunistischen“ Führung –, eine Reformstrategie zu akzeptieren, die nicht nur radikale Stabilisierungsmaßnahmen, sondern auch eine Orientierung auf eine westliche Wirtschaftsordnung enthielt. So kristallisierte sich eine Reformstrategie heraus, die durch ein spezifisches Verhältnis zwischen politischem und wirtschaftlichem Umbau gekennzeichnet war: Einerseits wurde eine graduelle politische Veränderung vorgesehen mit einem kontinuierlichen Übergang zu einer parlamentarischen Demokratie, andererseits ein radikaler wirtschaftlicher Wandel anvisiert.

In der Tschechoslowakei hingegen war es durch den fehlenden Reformwillen des orthodoxen, scheinbar fest im Sattel sitzenden kommunistischen Regime zu einem abrupten Übergang gekommen – ähnlich wie in der DDR. Nach der „samtenen“ Revolution Mitte November bis Mitte Dezember 1989, die mit Massendemonstrationen und Verhandlungen den Rücktritt der alten Garde erzwungen hatte und mit der Bildung einer Übergangsregierung der „nationalen Verständigung“ geendet hatte, war eine im Vergleich zu Polen umgekehrte Prioritätenliste entstanden. Vordringlich war der politische Umbau mit freien Wahlen, die schließlich auf Anfang Juni 1990 angesetzt wurden. Die Umstellung der Wirtschaft ging man hingegen zögerlich an; es fehlte auch der unmittelbare Reformdruck, da sich die wirtschaftliche Situation längst nicht so dramatisch präsentierte. Erst nach den Wahlen setzte sich dann ein „radikaler“ Reformkurs durch.

3. Zur wirtschaftlichen Entwicklung

3.1 Die erste Phase: Reform, Kriseneinbruch und Erholung (bis 1996)

Polen und Tschechien stellen zweifellos die osteuropäischen Länder dar, welche die wirtschaftliche Umstellung am konsequentesten einleiteten. Sie sind dabei einer sogenannten „Schocktherapie“ gefolgt, wie sie auch von internationalen Organisationen wie dem Weltwährungsfonds empfohlen wurden. Wie angedeutet spielte Polen dabei eine Pionierrolle, indem es den nach dem Finanzminister benannten Balcerowicz-Plan bereits Anfang 1990 in Kraft setzte. Tschechien, damals noch (dominanter) Teil der Tschechoslowakei, folgte mit dem von Vaclav Klaus geprägten Reformplan ein

Jahr später. Eine ähnliche Schockstrategie wie in Polen wurde erst im Herbst 1990 ausgearbeitet und Anfang 1991 in Kraft gesetzt. Die Reformprogramme der beiden Ländern umfaßten die gleichen grundlegenden Maßnahmen: eine fast vollständige Preisliberalisierung sowie Erhöhungen der staatlich kontrollierten Preise mit einem generellen Subventionsabbau; Liberalisierung des Außenhandels und weitgehende interne Konvertierbarkeit der Währungen mit einem stark abgewerteten fixen Wechselkurs; hohe Zinsen durch den stark erhöhten Diskontsatz der Nationalbank und eine prohibitive Lohnwachstumssteuer; Einleitung der Privatisierung der Wirtschaft.⁶

Die unterschiedlichen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen beeinflussten die Realisierung und Konkretisierung der wirtschaftspolitischen Programme. In Polen führten die instabileren politischen Verhältnisse und der größere soziale Druck von unten zu stärkeren Modifikationen und Schwankungen in der Reformpolitik. Allerdings kam es dabei nie zu einem grundlegenden Kurswechsel, auch nicht nach dem Machtwechsel zu einer postkommunistisch dominierten Regierung im Herbst 1993. In der Tschechoslowakei war die Entwicklung konstanter, auch wenn anfänglich die Spannungen zwischen den Teilrepubliken Tschechien und Slowakei etliche Friktionen verursachten, die erst nach der Anfang 1993 vollzogenen Trennung nachließen. Neben verschiedenen Akzentsetzungen in der konkreten Wirtschaftspolitik, auf die weiter unten eingegangen wird, unterschieden sich Polen und die Tschechoslowakei vor allem bei der Privatisierung, wenn man von der ähnlich verlaufenen „kleinen“ Privatisierung, dem Verkauf von kleinen Geschäften und Betrieben, absieht. Polen bevorzugte die klassischen Methoden des Verkaufs – Direktverkauf, Auktionen, Emissionen von Aktien und vor allem den Verkauf bzw. die Pacht von Unternehmen an Management und Beschäftigte. Die Tschechoslowakei hingegen präferierte die schneller wirksam werdende und politisch profitable Massenprivatisierung bzw. Couponprivatisierung. Die BürgerInnen konnten gegen ein geringes Entgelt Coupons beziehen, um sie dann gegen Aktien oder Anteile von Investmentfonds einzutauschen. Die erste Phase lief bereits im Herbst 1991 an und wurde im Winter 1993 abgeschlossen, die zweite dauerte vom Herbst 1993 bis in den Frühling 1995. Obwohl auch in Polen schon im Sommer 1991 vom Parlament eine allerdings bescheidenere Massenprivatisierung beschlossen worden war, wurde diese immer wieder verzögert und modifiziert, so daß sie erst im Herbst 1995 konkret umgesetzt wurde und nur ein relativ kleines Ausmaß aufwies.⁷ Da der polnische Privatisierungsprozeß auch sonst etwas an Dynamik verlor, machte Tschechien den Startnachteil schon bald wett (vgl. Tabelle 1a im Anhang). Allerdings sagt der rein statistische Anteil am Sozialprodukt nur wenig aus über die effektive Bedeutung des Privatsektors (vgl. nächster Abschnitt).

Bei der makroökonomischen Entwicklung resultierten ebenfalls Gemeinsamkeiten, aber auch wichtige Unterschiede. Beide Länder haben nach dem „Big Bang“ eine tiefgehende Anpassungskrise erfahren, die sogar stärker als erwartet ausfiel. Sie mußten beide erst einmal einen Wachstums-

einbruch von rund 20 Prozent und große Reallohnverluste von etwa einem Viertel hinnehmen (vgl. Tabelle 1a). Daß die Tschechoslowakei eine deutlich geringere Inflation und ein praktisch ausgeglichenes Budgetergebnis verzeichnen konnte, läßt sich mit der besseren Ausgangslage und mit dem geringeren sozialen Druck erklären. Polen schaffte es aber, eine frühere und entschiedener Wende in der Wachstumsentwicklung zu vollziehen. Als erstes Land in Osteuropa hatte es bereits 1992 wieder ein positives Wachstum verzeichnen können, während die Tschechoslowakei noch ein Minus von 6,4 Prozent aufwies. Allerdings mußte Polen – scheinbar paradoxerweise – eine deutlich höhere Arbeitslosenrate in Kauf nehmen. Diese betrug Ende 1992 14 Prozent, in der Tschechoslowakei hingegen nur 5 Prozent. Die Entwicklung in der tschechischen Teilrepublik war sogar noch günstiger verlaufen. Die Arbeitslosenrate stellte mit 3 Prozent Ende 1992 und 3,5 Prozent 1993 eine Ausnahmeerscheinung dar.

Daß Polen eine schnellere Wachstumserholung erzielte als Tschechien bzw. die Tschechoslowakei, ist angesichts der erwähnten ungünstigeren Ausgangsbedingungen erstaunlich. Der Blick auf die Statistik (vgl. Tabelle 1a) zeigt, daß dies nicht nur an der späteren Einführung des tschechischen Reformprogrammes lag. Drei Jahre nach dem „*Big Bang*“, im Jahre 1992, hatte Polen schon eine positive Wachstumsrate von 2,6 Prozent aufzuweisen, Tschechien aber, im Jahre 1993, noch eine Rate von -0,9 Prozent. Auch in den folgenden zwei Jahren schnitt Polen jeweils etwas besser ab mit Wachstumsraten, die 1 bis 2 Prozent über denjenigen Tschechiens lagen. Die schwächere Leistung Tschechiens könnte auch auf die durch die Trennung entstandenen Probleme zurückgeführt werden. Dieser Faktor spielte sicher eine Rolle, vor allem unmittelbar nach der Unabhängigkeit.⁸ Bedeutsamer aber dürfte das gesamte wirtschaftspolitische Umfeld gewesen sein.

Entgegen der neoliberalen Rhetorik, wie sie in Tschechien – vor allem von Vaclav Klaus – gepflegt wurde, verfolgte die Regierung faktisch nur teilweise eine harte Reformpolitik. Am härtesten war der Kurs im monetär-fiskalischen Bereich. Beispielsweise hielt man nicht nur an einem ausgeglichenen Budget, sondern auch weitgehend an einem stabilen Wechselkurs fest, und dies trotz eines deutlichen Aufwertungseffekts infolge der höheren Inflationsrate, was das Wachstum durch schwierigere Exportbedingungen behinderte. In Polen herrschte im monetär-fiskalischen Bereich – nicht zuletzt unter dem Zwang der widrigeren Umstände – eine flexiblere Politik vor, wie beispielsweise die Aufgabe des festen Wechselkurses seit Mai 1991 oder die defizitärere Budgetpolitik illustrieren, was indirekt zur Wachstumserholung beitrug. Umgekehrt legten die Polen in andern Bereichen eine härtere Gangart vor, sowohl was die staatliche Politik wie die konkreten Maßnahmen der Betriebe anbelangte. Dies betraf vor allem die Arbeitsmarkt- und Lohnpolitik sowie generell die Restrukturierung der Unternehmen. Die Tschechoslowakei hingegen verfolgte hier eine deutlich moderatere Politik, die auch unter Einbezug der Sozialpartner formuliert wurde. Schon zu Reformbeginn schuf man entsprechende tripartitische Verhandlungsstrukturen; in Polen hingegen wurden solche erst 1994 mit viel Mühe

ins Leben gerufen.⁹ Die Restrukturierung war in vielen Betrieben, nicht zuletzt wegen der Massenprivatisierung, aufgeschoben worden, während in Polen meist nur gut organisierte Branchen und Großbetriebe wie der Bergbau die Umgestaltung hinausschieben konnten. So ist es kein Zufall, daß die Arbeitsproduktivität in der polnischen Industrie seit 1992 stärker gestiegen ist als in der tschechischen, was zusammen mit den deutlich geringeren Lohnsteigerungen auch die relative Wettbewerbsposition verbesserte.¹⁰ Während Polen durch den eingeschlagenen Kurs Wachstumsvorteile herausholte, waren dafür die „sozialen Kosten“ in Tschechien geringer. Die angesprochene tiefe Arbeitslosenquote in Tschechien, die auch 1994-96 zwischen 3 und 4 Prozent schwankte, ist beispielsweise weitgehend darauf zurückzuführen, daß die Unternehmen weniger unter Druck standen und der Staat, vor allem zu Beginn, eine relativ aktive Beschäftigungspolitik betrieb. Zudem stieg in Tschechien wegen der besseren Ausgangslage und der geringeren Arbeitslosigkeit die Armutsrate viel weniger an als in Polen, obwohl in beiden Ländern die Einkommensungleichheit stark zugenommen hatte, vor allem durch die teilweise explosiv angewachsenen Einkommen der neuen Unternehmer, Manager und Freiberufler.¹¹

Nicht überraschend ist auch, daß sich Polen und Tschechien bezüglich des Streikverhaltens beträchtlich unterschieden. Während in Polen nach offiziellen Angaben von 1991-1995 insgesamt bei über 1,5 Millionen Streikteilnehmern gut 3,5 Millionen Arbeitstage verloren gingen, waren es in Tschechien nur gerade 28.000 Arbeitstage. Dies hängt damit zusammen, daß es aufgrund der besseren Bedingungen weniger Konflikthanlässe gegeben hat, mehr aber noch mit dem gängigen Stil der Konfliktaustragung. In Polen wurde schnell zum Mittel des „wilden“ Streiks gegriffen, vor allem in einzelnen Betrieben, z.T. auch in ganzen Branchen. In Tschechien hingegen versuchte man mit Verhandlungen und allenfalls noch mit Streikdrohungen die Konflikte zu lösen. Auch wenn in Polen die Streiks nach 1992 und vor allem nach 1994 deutlich zurückgingen, nicht zuletzt aufgrund abnehmender Streikeffektivität und einer Verlagerung auf politische Protestformen, blieb die Streikhäufigkeit deutlich größer als in Tschechien. 1995 z.B. war die Zahl der Streiktage pro Beschäftigte in Polen immerhin noch fast 10mal größer als in Tschechien.¹²

Neben den bereits angesprochenen Unterschieden in den konkreten Ausgangsbedingungen kann eine Erklärung für die verschiedenen Entwicklungstendenzen in den grundlegenden, geschichtlich gewachsenen Verhaltensdispositionen der beiden Nationen gesucht werden. Die Polen haben eine lange Tradition solidarischer und militanter Aktionen, gleichzeitig sind sie aber auch auf individualistische und partikularistische Verhaltensweisen orientiert.¹³ Sie können sich gut anpassen, sind sogar eigentliche Improvisationskünstler, haben aber Mühe, übergreifende gemeinsame Handlungsstrategien und Verhandlungslösungen zu entwickeln, abgesehen von Ausnahmesituationen wie 1980 oder 1989. In Tschechien hingegen herrscht eher die Tendenz vor, Kompromiß und Konsens zu suchen. Mittels institutioneller (Verhandlungs-)Prozesse wird ein Interessenaus-

gleich angestrebt, der politische und soziale Stabilität ermöglichen soll. Parallelen zu Österreich sind unverkennbar, was aufgrund der gemeinsamen Vergangenheit nicht erstaunt. Letztlich steht der Ausgleich im Vordergrund, nicht der offene Konkurrenzkampf und das „Durchmischeln“, wie es in Polen häufiger der Fall ist. Obwohl in beiden Ländern – wie überall in Osteuropa – korporatistische und klientelistische Strukturen einen wichtigen Platz einnahmen, waren sie in Tschechien denn auch stärker ausgeprägt. Durch die Macht-Stabilität (vgl. Abschnitt 4.1) setzte sich zudem die Tendenz zu einem „Parteienstaat“ besonders ausgeprägt durch, indem die herrschenden Kreise die einflußreichen und lukrativen Posten selbst besetzten oder gegen entsprechende Gegenleistungen verteilten. Diese Tendenzen bilden auch einen Erklärungshintergrund für die Entwicklungen in jüngster Zeit, insbesondere für das Abgleiten Tschechiens in eine eigentliche Krisensituation.

3.2 Die aktuelle Entwicklung (ab 1996)

Eine besondere Rolle bei der Gestaltung der wirtschaftlichen Strukturen spielten die erwähnten Massenprivatisierungen. Die überforderten Couponbesitzer überließen zu fast drei Viertel ihre Aktien Investmentfonds. Durch die enge Verknüpfung der großen Investmentfonds mit den staatlich dominierten Großbanken entstanden undurchsichtige und oft ineffiziente Strukturen. Es fehlte zudem an grundlegenden Regulierungen. So gab es beispielsweise kein effektives Börsengesetz, im Gegensatz etwa zu Polen und Ungarn. Die Regierung forcierte ihre monetaristisch ausgerichtete Wirtschaftspolitik, ohne sich groß um die Auswirkungen des „Filzkapitalismus“ zu kümmern. Gleichzeitig verloren die sozialpolitischen Gremien, wie die drittelparitätische Kommission, in denen Regierung, Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften Lösungen zu wichtigen Fragen erarbeiten sollten, an Einfluß.¹⁴

Wie bereits im vorangegangenen Abschnitt ersichtlich geworden ist, schien aber die tschechische Variante des postsozialistischen Umbaus gut zu funktionieren – trotz Schwachpunkten wie der relativ langsameren Wachstumsentwicklung. 1995 stieg sogar das Wachstum auf die Höchst-rate von über 6 Prozent. Sozial relevante Größen wie die Arbeitslosigkeit entwickelten sich günstig, da Restrukturierungen hinausgezögert wurden, und die wirtschaftlichen Zentren florierten, allen voran das boomende, zunehmend verwestlichte Prag. Im Dezember 1995 betrug die Arbeitslosenrate nur gerade 2,9 Prozent, eines der weltweit besten Ergebnisse. Im Schlepptau der geringen Arbeitslosigkeit legten auch die Reallöhne mit jährlichen Wachstumsraten von 8 Prozent deutlich zu (vgl. Tabelle 1a). Obwohl die Zufriedenheit mit der Marktwirtschaft seit 1990 ständig abgenommen hatte – nicht aus grundsätzlicher Ablehnung, sondern aus Enttäuschung über die konkrete Umsetzung – und 1995 bereits deutlich geringer war als in Polen, wurde die allgemeine Entwicklungsrichtung von einer klaren Mehrheit positiv eingeschätzt (vgl. Tabelle 2). Politische und soziale Stabilität sowie

der wirtschaftliche Aufschwung lockten immer mehr ausländisches Kapital an, das teilweise aber nur kurzfristig zu Spekulationszwecken angelegt wurde und die Währungsstabilität bedrohte. Weitere Risse im tschechischen Wirtschaftswunder waren erkennbar. Seit dem Sommer 1994 war die Handelsbilanz von einem positiven in einen zunehmend negativen Saldo gekippt. Die relativ geringen Produktivitätsfortschritte und die reale Aufwertung der Währung verschlechterten die Konkurrenzfähigkeit der tschechischen Wirtschaft. Zwar machte der Staat mit seiner Sparpolitik, die vor allem auf Kosten des populären Sozialsystems ging, fast keine neuen Schulden. Aber die Zahlungsausstände der Unternehmen stiegen, und die Banken verzeichneten einen hohen Anteil fauler Kredite, der 1995 schon rund ein Drittel ausmachte. Dies war umso bedeutsamer, als in Tschechien die Kredite einen hohen volkswirtschaftlichen Stellenwert besaßen.¹⁵ Die bedrängten Banken schonten ihrerseits häufig ihre schlechten Schuldner, vor allem wenn sie über den Besitz von Aktien an den Firmen beteiligt waren. Die aufgeschobene Sanierung des Bankensektors wirkte sich bereits 1996 aus. Mehrere Banken wurden zahlungsunfähig, darunter im August mit der Kreditna Banka eine größere Bank, was auch einen psychologischen Schock auslöste. Die stagnierenden Exporte und die weiter wachsenden Importe hatten gleichzeitig zu einem explosiv angewachsenen Handelsdefizit von über 6 Milliarden \$ geführt. Das Zahlungsbilanzdefizit nahm mit fast 8 Prozent des BIP gefährliche Ausmaße an. Zudem waren die (Netto-)Direktinvestitionen von 2,5 auf 1,4 Milliarden \$ zurückgegangen, und das ausländische Kapital begann sich abzusetzen, so daß auch die Devisenreserven abnahmen.

1997 spitzte sich die Situation zu. Im ersten Quartal stieg das Handelsdefizit weiter an, und auch die Industrieproduktion ging erstmals seit Jahren zurück. Die Regierung schnürte im April ein erstes Austeritäts-Maßnahmenpaket. Im Juni doppelte sie nach, nachdem die Währung unter starken Abwertungsdruck geraten war und auch das bisher hartnäckig verteidigte System fixer Wechselkurse aufgegeben werden mußte. Neben Importerschwerungen sollte die Nachfrage gedämpft werden, vor allem durch eine Fortführung der bereits seit August 1996 restriktiveren Geldpolitik sowie mittels staatlicher Ausgabenkürzungen.¹⁶ Damit gelang es zwar, die externen Ungleichgewichte abzubauen und die Währung zu stabilisieren, aber nur zum Preis einer deutlichen Rezessionstendenz. Die Arbeitslosigkeit stieg von 3,5 Prozent Anfang des Jahres auf 5,2 Prozent Ende des Jahres. Der private Konsum, der 1996 noch den entscheidende Wachstumsmotor dargestellt hatte, ging stark zurück, und die Zuwachsrate des BIP verringerte sich 1997 auf nur noch 1 Prozent. Budgetkürzungen, Lohnregulierungen und Steuererhöhungen verstärkten zudem die soziale Unzufriedenheit, die bereits vorher durch den schleichenden Sozialabbau und immer neue Affären, besonders im Privatisierungsbereich, angeheizt worden war. Bezeichnenderweise waren denn auch erstmals im Herbst die Befragten mehrheitlich mit der Marktwirtschaft und der allgemeinen Entwicklungsrichtung unzufrieden, ganz im Gegensatz zu Polen (vgl. Tabelle 2).¹⁷ Im No-

vember organisierten die Gewerkschaften eine Demonstration in Prag, die von weit über 100.000 Teilnehmern besucht wurde – die größte Manifestation seit der „sanften“ Revolution. Die Krisenphänomene trugen denn auch wesentlich zum Sturz der Regierung bei (vgl. Abschnitt 4.2).

Die Übergangsregierung führte die eingeschlagene Sanierungspolitik fort, wobei sie Reformen vor allem im Banken- und Finanzsektor entschiedener vorantrieb, was etwas mehr Transparenz, weniger Verflechtungen und strengere Regulierungen zur Folge hatte. Die neue sozialdemokratische Minderheitsregierung, die im August 1998 ihr Amt antrat, setzte in ihrem wirtschaftspolitischen Programm klassisch sozialdemokratische Akzente, insbesondere eine Stärkung der Nachfrage, u.a. auch durch Lohnerhöhungen im öffentlichen Sektor, sowie staatliche Revitalisierungsmaßnahmen, um die stärker werdende Rezession aufzufangen. Der beschränkte Spielraum der Minderheitsregierung, interne Meinungsverschiedenheiten, die mit einer Verzögerung sich nun voll auswirkenden vorangegangenen Austeritätsmaßnahmen sowie die – allerdings eher geringen – Auswirkungen der internationalen Finanzkrisen verhinderten aber Erfolge. Die Rezession betraf 1998 fast alle wesentlichen Bereiche, vor allem den privaten Konsum, der sogar um 7% zurückging; nur der Export konnte ein deutliches Wachstum verzeichnen, was zur weiteren Rückbildung des Zahlungsbilanzdefizits auf nur noch 2 Prozent des BIP führte. Die Arbeitslosigkeit stieg weiter an, vor allem in der zweiten Hälfte des Jahres, und erreichte im Dezember bereits 7,5 Prozent, im März 1999 8,4 Prozent. Für 1998 resultierte insgesamt ein Rückgang des BIP von 2,7 Prozent, im ersten Quartal 1999 sogar von 4,5%. Für 1999 wird maximal mit einem Nullwachstum und einer Arbeitslosenrate von gegen 10 Prozent gerechnet. Ein Hauptproblem ist nach wie vor die schlechte finanzielle Situation der meisten Unternehmen, die trotz der nun etwas großzügigeren Geldpolitik unter Liquiditätsproblemen und Kreditrestriktionen der härter auftretenden Banken leiden, die ihrerseits unter großem Druck stehen und vor der angekündigten weiteren Privatisierung mindestens teilweise saniert werden müssen. Obwohl nach langem Hin und Her im Frühling 1999 die Regierung die grundlegende Richtung der Revitalisierungsmaßnahmen festgelegt hat – Entschuldungshilfen aufgrund marktwirtschaftlicher Prinzipien und schnellere Privatisierung –, sind die konkrete Umsetzung und die Erfolgchancen weiterhin unklar.¹⁸

Im Vergleich zu Tschechien verlief Polens Entwicklung wesentlich vorteilhafter. Das auffallendste Merkmal ist zweifellos die anhaltend hohe Wachstumsdynamik. Auch 1996 und 1997 lag die Rate zwischen 6 und 7 Prozent. Erst 1998 kam es zu einer Abschwächung auf knapp unter 5 Prozent (vgl. Tabelle 1a). Polen ist es also bisher gelungen, eine neuerliche Rezession zu vermeiden. Und im Gegensatz zur ersten Erholungsphase ist auch die Arbeitslosigkeit gesunken. Die Rate, die auf ihrem Höhepunkt im September 1994 fast 17 Prozent betrug, ging zuerst nur zögerlich zurück. Seit dem Frühling 1996 reduzierte sie sich aber deutlich und erreichte im September 1998 mit 9,7 Prozent wieder den Stand vom Juni 1991.¹⁹ Daß sich Polens Konjunktur gegenüber Tschechien vorteilhafter entwickelte,

dürfte vor allem mit den im vorangegangenen Abschnitt angesprochenen generellen Unterschieden zu tun haben, insbesondere der größeren individuellen und institutionellen Flexibilität und Anpassungsfähigkeit sowie spezifischen Faktoren wie dem größeren Binnenmarkt bzw. der geringeren Außenhandelsabhängigkeit und dem kleineren, weniger krisenanfälligen Finanzsektor. Obwohl sich Polen bezüglich vieler wichtiger Parameter, wie den institutionellen Fortschritten in der Reformpolitik oder der Korruptionsanfälligkeit, kaum von Tschechien unterschied und es auch Problemsektoren wie Bergbau und Landwirtschaft mitschleppte, gelang es, Reserven zu mobilisieren, wobei vor allem der eigentliche Privatsektor, insbesondere die neu entstandenen kleinen und mittleren Firmen, eine dynamische Entwicklung vollzog.²⁰

So konnten auch ähnlich widersprüchliche Tendenzen wie in Tschechien besser aufgefangen werden, wie sich bereits 1996 zeigte. Neben den Investitionen, die um 20 Prozent zunahm, war der private Konsum mit einer Zuwachsrate von über 8 Prozent erstmals der zentrale Wachstumsmotor, wozu die ebenfalls deutlich gestiegenen Reallöhne wesentlich beitrugen. Das Exportwachstum hingegen brach mit einer Wachstumsrate von nur noch rund 9 Prozent (1995 30 Prozent) stark ein. Bedingt durch den Konsumboom, die reale Aufwertung der Währung und die starke Importlastigkeit der ausländisch dominierten Firmen nahmen die Importe aber weiter zu. Dadurch resultierte mehr als eine Verdoppelung des Handelsdefizits auf 12,7 Milliarden \$.²¹ Der breit angelegte und durch Kleinhandel geprägte Grenzhandel – eine klassische "Pufferzone", die mit der erwähnten Adaptationsfähigkeit zu tun hat – vermochte zwar die Lücke nicht ganz aufzufangen, trug aber mit seinem Plus von rund 7 Milliarden \$ wesentlich dazu bei, daß das Zahlungsbilanzdefizit im Gegensatz zu Tschechien gering blieb. Die Devisenreserven nahmen sogar durch die beträchtlichen Kapitalzuflüsse etwas zu. Neben den um das Anderthalbfache angewachsenen Direktinvestitionen waren allerdings auch kurzfristige Spekulationsgelder ins Land geflossen, die den Kurs des Zloty in die Höhe trieben. Damit hatte sich, wie in Tschechien, das Dilemma zwischen Inflationsbekämpfung und Exportförderung verschärft. Zwar gelang es, die Inflationsrate erstmals knapp unter die 20-Prozent-Marke zu drücken, aber die angestrebte Zielgröße war wie in den Vorjahren verfehlt worden (vgl. Tabelle 1a).

1997 war durch ähnliche Entwicklungstendenzen gekennzeichnet wie das Vorjahr. Die Investitionen und die Reallöhne nahmen sogar noch etwas mehr zu; die Konsumexpansion schwächte sich nur leicht ab. Vor allem verstärkten sich die Ungleichgewichte im Außenhandel. Das Handelsdefizit wuchs auf 16,6 Milliarden \$ und das Zahlungsbilanzdefizit auf über 3 Prozent des BIP. Die weiterhin steigenden Kapitalzuflüsse ließen aber die Devisenreserven immer noch zunehmen. Insbesondere die (Netto-)Direktinvestitionen steigerten sich, und zwar von 2,7 Milliarden 1996 auf 3 Milliarden \$ 1997. Obwohl die polnischen Kapitalmärkte und die Währung ebenfalls von den internationalen Turbulenzen betroffen wurden, hielten sich deren Auswirkungen in Grenzen und konnten durch die Interventionen der Na-

tionalbank einigermaßen unter Kontrolle gehalten werden; die erfolgte reale Abwertung des Zloty übertraf zwar die angepeilten Werte, hatte aber einen dämpfenden Einfluß auf die Importdynamik. Die Geld- und die Fiskalpolitik blieben relativ konstant, obwohl seit August durch die Zinssatzerhöhungen der Nationalbank ein restriktiverer Kurs eingeschlagen wurde, vor allem um die überbordenden Privatkredite einzudämmen.²² Erstmals konnte trotz der guten Konjunkturlage mit 15 Prozent das anvisierte Inflationsziel erreicht werden. Die im Herbst ihr Amt antretende neue Mitte-Rechts-Regierung (vgl. Abschnitt 4.2) setzte unter ihrem Finanzminister Balcerowicz, der bereits 1989-91 dieses Amt ausgeübt hatte, neue Akzente, ohne allerdings einen wirklichen Kurswechsel zu vollziehen. Trotz interner Differenzen wurde das Schwergewicht auf eine Beschleunigung institutioneller Reformen gelegt, insbesondere im Privatisierungsbereich. Ferner strebte man eine etwas restriktivere Geld- und Fiskalpolitik an, um die interne Nachfrage zu dämpfen und die externen Ungleichgewichte abzuschwächen.²³

Interne und vor allem internationale Faktoren führten dazu, daß es 1998 zu spürbaren Änderungen in den wirtschaftlichen Entwicklungen kam. Wie erwähnt, schwächte sich das Wachstum des BIP ab. Vor allem die Zunahme der Industrieproduktion ging kontinuierlich zurück und verzeichnete im letzten Quartal erstmals seit langer Zeit eine leicht negative Rate. Die bisherigen Wachstumsmotoren, die Investitionen und vor allem der private Konsum, schwächten sich ebenfalls ab, auf 15 bzw. 4 Prozent. Gleichzeitig ging das Exportwachstum weiter zurück; im Gefolge der Asien- und Rußland-Krise ergaben sich mit den Entwicklungsländern und den osteuropäischen Staaten sogar deutlich negative Raten. Obwohl sich das Importwachstum auch etwas zurückbildete, nahm das Handelsdefizit nochmals deutlich zu und machte bereits zwei Drittel des Exportwertes aus. Die Industrieproduktion nahm im ersten Quartal 1999 weiter ab. Die schwächere Konjunktur bewirkte einen Anstieg der Arbeitslosenrate auf 12,1 Prozent im März 1999 sowie eine Verschlechterung der Finanzsituation der Unternehmen. Diese hatte sich schon seit 1995 stufenweise verschlechtert, wobei 1998 bereits wieder 35 Prozent aller Unternehmen rote Zahlen schrieben. Im ersten Quartal 1999 kippte die gesamte (Netto-)Profitrate sogar ins Minus, und die Anzahl der defizitären Unternehmen stieg auf 50 Prozent.²⁴ Somit stellt sich die Frage, ob Polen nicht bald in eine ähnlich kritische Situation geraten könnte wie Tschechien. Dies scheint allerdings eher unwahrscheinlich, da die Krisenfaktoren weniger ausgeprägt sind (vgl. auch Abschnitt 5). Die Entwicklung im zweiten Quartal 1999 zeigte auch bereits eine leichte konjunkturelle Erholung an, wobei allerdings die Arbeitslosenrate Ende Juli immer noch 11,8% betrug und Budgetdefizit wie Zahlungsbilanzdefizit deutlich schlechter als erwartet ausfielen.

4. Zur politischen Entwicklung

4.1 Die erste Phase: Konstituierung der relevanten politischen Kräfte (bis 1996)

Wie bereits in der Einleitung angedeutet worden ist, unterschieden sich Polen und die Tschechoslowakei auch in ihrer politischen Entwicklung deutlich. Zwar verfolgten beide Länder die gleiche grundlegende Zielsetzung, ihre politischen Systeme zu pluralistischen parlamentarischen Demokratien westlichen Zuschnitts umzugestalten. Und das Erbe des realsozialistischen Systems bedingte ähnliche Übergangsprobleme wie die Schaffung „zivilgesellschaftlicher Strukturen“ mit effizienten Parteien und Interessenorganisationen, die „Entbürokratisierung“ und Bildung klarer Kompetenzstrukturen. Aber die Unterschiede in der politischen Tradition, der unmittelbaren Ausgangslage und der konkreten Verlaufsdynamik führten auch hier zu verschiedenen Entwicklungsmustern. So unterschieden sich Polen und Tschechien schon bald einmal vor allem bezüglich Fragmentierungsgrad und politischer Stabilität. In Polen amtierten von 1990 bis 1996 beispielsweise nicht weniger als sieben Regierungschefs, in Tschechien hingegen nur zwei, die jeweils nach termingemäß stattfindenden Wahlen an die Macht gekommen waren.

Auf einen wichtigen Unterschied, den „evolutiven“ Reformbeginn in Polen und den „abrupten“ Übergang in der Tschechoslowakei, ist bereits hingewiesen worden. Die damit verbundene schnellere Umgestaltung der politischen Strukturen in Tschechien förderte ihrerseits die Bildung eines einigermaßen übersichtlichen politischen Spektrums. Allerdings waren anfänglich weitgehend ähnliche Entwicklungen des Parteiengefüges wie in Polen zu beobachten. Neben den beiden Hauptakteuren, den stark in die Defensive gedrängten Kommunisten und den aus dem Kampf gegen das alte Regime entstandenen, politisch dominanten „Forumsparteien“, wurde in beiden Ländern eine ganze Reihe von Parteien aktiv, die entweder an die Vorkriegstradition anknüpften wie die Sozialdemokraten oder neue Formationen darstellten wie die Grünen. Die Fragmentierungstendenz verstärkte sich in der Folge weiter. Bis im Juni 1991 ließen sich in Polen bereits 127 „Parteien“ registrieren, in der Tschechoslowakei waren es im April 1992 auch schon 120, in Tschechien allein 74. Entscheidend dabei war, daß die Forumsparteien, das tschechische Bürgerforum sowie die polnische Solidarnosc-Bewegung, als sehr heterogene Gruppierungen schon bald in verschiedene Flügel und Parteien zerfielen, da sich persönliche Rivalitäten sowie unterschiedliche Interessen und politische Orientierungen entsprechend auswirkten. Aufgrund der länderspezifischen Bedingungen waren allerdings sowohl Zeitpunkt wie konkrete Aufspaltung verschieden.

Die ältere und politisch diffusere Solidarnosc-Bewegung teilte sich bereits im Sommer 1990 in zwei lose „Hauptlager“ auf: in das eher national-traditionalistisch ausgerichtete „Gewerkschaftslager“ und das eher modern-liberale „Regierungslager“. Der Solidarnosc-Vorsitzende Walesa und der Pre-

mierminister Mazowiecki fungierten dabei als die Hauptprotagonisten, die sich auch bei den vorgezogenen Präsidentschaftswahlen vom Herbst 1990 heftig bekämpften. Dem Sieger Walesa gelang es aber nicht, eine schlagkräftige Parteiengruppierung aufzubauen.²⁵ Bis zu den ersten freien Parlamentswahlen vom Herbst 1991 splitterte sich die Solidarnosc-Bewegung weiter auf. Auch nachher kam es noch zu Abspaltungen und Regruppierungen von Parteien, die alle einen „Solidarnosc-Stammbaum“ beanspruchten, wobei im rechten Spektrum viele konkurrierende Gruppierungen entstanden.

In Tschechien spaltete sich das erst 1989 entstandene Bürgerforum später als die Solidarnosc, da der Kampf um die ersten freien Wahlen vom Juni 1990 die Bewegung zusammenhielt. Obwohl erste Ansätze zu einem differenzierten Parteienspektrum vorhanden waren, prägte die Vergangenheit, der Grundsatzkonflikt – „altes Regime“ gegen neue, moralisch bessere „Volksbewegung“ – die Auseinandersetzung. Der Kampf gegen die Kommunistische Partei, die stärker traditionell ausgerichtet war als die postkommunistische Partei Polens, stand klar im Vordergrund.²⁶ In dieser Auseinandersetzung gewannen die Forumbewegungen deutlich an Popularität. Sie siegten schließlich mit 51 Prozent der Stimmen in Tschechien und 33 Prozent in der Slowakei. Nach dem Sieg kam es aber zu Konflikten und Flügelkämpfen, die in Tschechien im Frühling 1991 in der Bildung von drei verschiedenen Parteien kulminierten: der weitgehend rechtsliberal orientierten, organisatorisch stärksten Partei, der ODS (Demokratische Bürgerpartei) von Vaclav Klaus, der eher sozialliberal ausgerichteten OH (Bürgerbewegung) und der eher rechtsliberalen ODA (Bürgerlich-demokratische Allianz). Im Gegensatz zu Polen blieb diese Spaltung weitgehend erhalten.²⁷ Und trotz aller Turbulenzen blieben die Forumsparteien politisch dominant und bildeten bis zu den regulären Neuwahlen vom Frühling 1992 weiterhin eine funktionsfähige Regierungskoalition.

In Polen hingegen gelang es den diversen Solidarnosc-Parteien nicht, einigermaßen stabile Regierungsmehrheiten zusammenzustellen, wozu die Zersplitterung im Parlament beitrug. So resultierte eine instabile politische Szene mit schnell wechselnden Regierungen. Schon nach der Wahl Walesas im Dezember 1990 zum Präsidenten war eine neue Regierung unter dem relativ unbekanntem Jan Bielecki, einem Gefolgsmann Walesas, gebildet worden, die sich in ihrem Kurs nur wenig von ihrer Vorgängerin unterschied. Die Parlamentswahlen vom Herbst 1991 brachten dann als Folge des Proporzwahlrechtes ohne Prozenzhürde und des Fehlens starker Parteien eine enorme Fragmentierung mit sich.²⁸ Die stärkste Partei, die UD (Demokratische Union), erreichte nur 12,3 Prozent, gefolgt von der postkommunistischen SLD (Bündnis der demokratischen Linken) und der teilweise noch „postkommunistisch“ beeinflussten Bauernpartei PSL. Insgesamt waren rechtstraditionalistische bzw. rechtspopulistische Kräfte am stärksten vertreten. Zuerst amtierte denn auch eine vorwiegend „national-traditionalistisch“ ausgerichtete Koalition unter Jan Olszewski, der auch die Bauernpartei PSL angehörte. Die angekündigte Wende zu einer entschlos-

senen Rezessionsbekämpfung blieb aber unverbindliches Programm, und die schwach abgestützte Regierung scheiterte schon nach einem halben Jahr. Die nächste, mehr „sozialliberal“ orientierte Regierung unter Hannah Suchocka, die der stärksten „Solidarnosc“-Gruppierung UD angehörte, verfügte zwar über eine etwas breitere Basis. Sie stürzte aber auch nach nicht einmal einem Jahr aufgrund eines Mißtrauensvotums, das ausgerechnet von Parlamentariern der Gewerkschaft Solidarnosc initiiert worden war, die vom vorsichtigen sozialpolitischen Kurs enttäuscht waren.²⁹

Die deutlichen Unterschiede zwischen der Tschechoslowakei und Polen, vor allem bezüglich Fragmentierungsgrad und Stabilität, lassen sich weitgehend mit den bereits erwähnten grundlegenden Verhaltensdispositionen erklären. Der polnische Hang zu Individualismus und Konfliktbereitschaft sowie der tschechische Sinn für Ordnung und Konsensfindung prägten zweifellos auch die politische Auseinandersetzung. Daneben spielten andere Faktoren wie die geringeren sozialen Spannungen in Tschechien eine wichtige Rolle, die ihrerseits mit den generellen Verhaltensdispositionen und den günstigeren Ausgangsbedingungen zusammenhingen.

Allerdings erwies sich der tschechisch-slowakische Gegensatz stärker als erwartet und prägte die regulären Wahlen vom Frühling 1992. Nach einem erbittert und teilweise recht demagogisch geführten Wahlkampf hatten sich die jeweils stärksten Gruppierungen, diejenige von Meciar in der Slowakei und diejenige von Klaus in Tschechien, mit jeweils gut einem Drittel der Stimmen durchgesetzt. Die beiden führenden, programmatisch völlig verschiedenen Parteien konnten zusammen mit ihren kleineren Verbündeten ihre jeweiligen nationalen Republikparlamente dominieren sowie die föderalen Parlamente blockieren. Die Partei von Klaus, die ODS, errang mit ihren Koalitionsparteien, der rechtsliberalen ODA und der eher sozialliberal orientierten Christlich-Demokratischen Partei KDU-CSL, sogar 105 der 150 Mandate. Damit war der Weg zur Spaltung programmiert. Nach mühsamen Verhandlungen konnte Ende Oktober ein Übereinkommen getroffen und die staatliche Trennung für Anfang 1993 beschlossen werden.³⁰

Während in Tschechien die herrschenden politischen Kräfte politisch gestärkt aus den Trennungswirren hervorgingen und in der Folge eine lange Dominanz ausspielen konnten, kam es in Polen bereits 1993 zu einem Machtwechsel. Die anfänglich isolierten, nun erneut erstarkten Postkommunisten der SLD gewannen mit 20 Prozent aller Stimmen überraschend die vorzeitigen Neuwahlen vom September 1993, die nach dem Sturz der Regierung durch Präsident Walesa angesetzt worden waren. Die SLD errang zusammen mit ihrem Koalitionspartner, der ebenfalls eher „linksorientierten“ Bauernpartei PSL, sogar eine deutliche absolute Mehrheit aller Sejmsitze. Auch das gute Abschneiden der linken UP, einer Partei mit Solidarnosc-Hintergrund, unterstrich die Trendwende. Diese Verschiebungen hatten aber wenig mit einem ideologischen Linkstrend zu tun, sondern vielmehr mit der Attraktivität von „Linksparteien“ für die enttäuschten Wähler der „Mitte“. Daß die postkommunistischen Parteien in Polen erfolgreich waren, hing neben der Betonung sozialer Aspekte vor allem damit zusam-

men, daß sie sich als moderate „seriöse“ Kraft präsentieren konnten, während die heillos zerstrittenen Rechtsgruppierungen sich gegenseitig das Wasser abgruben und meist an der neu eingeführten Prozenzhürde scheiterten.³¹ Allerdings vermochte auch die postkommunistische Regierungskoalition unter dem PSL-Politiker Pawlak nicht, stabilere Verhältnisse zu schaffen. Interne Auseinandersetzungen, diverse Affären sowie Konflikte mit Präsident Walesa führten immer wieder zu politischen Krisen. Die Regierung verlor auch viel von ihrem anfänglichen Vertrauensvorschuß, nicht zuletzt, weil sie ihre sozialen Versprechungen nur in geringem Maße einlöste. So kam es bereits im Februar 1995 zu einer Regierungsumbildung, wobei der SLD-Politiker Oleksy zum neuen Premierminister ernannt wurde. Danach wurde das politische Geschehen durch die Präsidentschaftswahlen vom Herbst 1995 beherrscht, wobei sich die Polarisierung zwischen dem „postkommunistischen“ Lager und dem weiterhin zerstrittenen „rechtem“ Lager verschärfte. Die Rechte propagierte dabei ideologisch einen traditionalistisch-katholischen Kurs, sozialpolitisch hingegen eher „linke“ Postulate, während die Postkommunisten sich als Hüter eines laizistisch-pluralistischen Staates profilierten, sozialpolitisch aber als Regierungspartei defensiv agierten. Der postkommunistische Kandidat Kwasniewski siegte schließlich knapp über seinen Rivalen Walesa, wobei vor allem die Person und der kontroverse, sprunghafte Stil des alten, seit einiger Zeit wenig populären Präsidenten den Ausschlag gaben. Trotz der erstmaligen Besetzung aller wichtiger Staatspositionen durch das linke Lager beruhigte sich die politische Lage nicht. Bereits im Winter 1996 kam es zu einer erneuten Regierungsumbildung, nachdem der Premierminister der Spionage verdächtigt worden war und vom jüngeren SLD-Politiker Cimoszewicz abgelöst wurde.³²

In Tschechien hingegen blieb unter der Dominanz der ODS und ihres Premierministers Klaus die politische Situation relativ stabil. Allerdings schwelten in der Koalition schon lange Konflikte. Dabei ging es nicht nur um den in ganz Osteuropa ausgeprägten Kampf um Posten und Pfründen, sondern auch um Unterschiede in wichtigen politischen Fragen, wie der Dezentralisierungsreform, sozialpolitischen und religionspolitischen Angelegenheiten. Nach mehreren Affären und harten internen Auseinandersetzungen spitzte sich im Frühling 1995 die Situation zu. Die Regierung und die sie stützenden Parteien erlitten auch erstmals einen deutlichen Popularitätsverlust, und die Sozialdemokraten konnten in der Folge in den Meinungsumfragen fast zu der dominanten ODS von Premierminister Klaus aufschließen.³³

4.2 Die aktuelle Entwicklung (ab 1996)

In Tschechien erfolgte aber bei den Wahlen im Frühling 1996 keine ähnliche Wende nach „links“ wie bei den Wahlen in Polen 1993. Zu unterschiedlich waren die politischen Einstellungen und das Parteiengefüge, obwohl in Tschechien ebenfalls eine zunehmende Polarisierung zwischen einem eher „rechtsorientierten“ und einem eher „linksorientierten“ Lager zu erken-

nen war. Da die zu traditionell eingestellten und durch ihre Vergangenheit diskreditierten Postkommunisten Tschechiens im Gegensatz zu Polen keine entscheidende Rolle spielen konnten, übernahmen sozusagen die Sozialdemokraten deren Rolle, ohne allerdings den gleichen Wahlerfolg verzeichnen zu können. Denn das „Mitte-Rechts“-Lager war lange nicht so gespalten wie in Polen und verfügte über eine relativ stabile Anhängerschaft. Die ODS erzielte mit knapp 30 Prozent der Stimmen praktisch das gleiche Resultat wie 1992, die Koalitionspartner legten sogar noch etwas zu, so daß die Koalitionsparteien auf insgesamt 44 Prozent kamen; die Sozialdemokraten erzielten 26 Prozent, die Kommunisten 10. Die rechtsbürgerliche Koalition verlor trotzdem knapp die absolute Mehrheit der Sitze, da die geringere Zahl „verlorener“ Stimmen der kleinen Parteien, die die Prozenthürde nicht schafften, ihre Mandatszahl reduzierte. Sie blieb aber mangels Alternativen an der Regierung, da mit den Kommunisten und den Nationalisten zwei extreme Parteien im Parlament saßen, die als nicht koalitionsfähig galten. Die beiden Hauptrivalen, die rechtsbürgerliche ODS und die sozialdemokratische CSSD, waren so mangels geeigneter Koalitionspartner – es waren jetzt nur noch sechs, statt wie vorher acht Parteien im Parlament vertreten – darauf angewiesen, miteinander einen Modus vivendi zu finden. In typisch tschechischer Manier wurde eine Kompromißlösung zwischen den führenden Kräften gezimmert, die eine gewisse Machtteilung implizierte. So wurde z.B. Milos Zeman, der Vorsitzende der Sozialdemokraten, zum Parlamentsvorsitzenden gewählt. Trotz ständiger Reibereien lief denn auch die politische Maschinerie weiter. Durch die Unterstützung von zwei ehemaligen sozialdemokratischen Parlamentariern errang die Regierung 1997 sogar wieder eine hauchdünne Mehrheit. Ihre Handlungsfähigkeit blieb aber eingeschränkt, denn auch in der Koalition selbst nahmen die Konflikte zu. Dabei ging es nicht nur um den härter geführten Kampf um Posten und Pfründen, der immer wieder mit Affären und Skandalen „angereichert“ wurde. Auch die inhaltlichen Unterschiede hatten sich im Frühling 1997 nach den akut werdenden Wirtschaftsproblemen verschärft. Vor allem die Christdemokraten gingen auf Distanz. Klaus und seine ODS verloren an Boden. Im November 1997 wollten nur noch 20 Prozent die ODS wählen, 29 Prozent die seit dem Frühling wieder Aufwind spürenden Sozialdemokraten.³⁴ Eine geplatzte alte Wahlkampfspendenaffäre und ein publik gewordenes Geheimkonto der ODS in der Schweiz brachten das Faß zum Überlaufen. Klaus musste den Hut nehmen. In einer Umfrage begrüßten fast drei Viertel den Rücktritt. Der abtretenden Regierung wurde nur noch von 14 Prozent das Vertrauen ausgesprochen. Im August 1996, nach den letzten Wahlen, waren es noch 53 Prozent gewesen. In Tschechien war damit zum ersten Mal durch eine akute Krise ein vorzeitiger Regierungswechsel vollzogen worden, waren sozusagen „polnische“ Verhältnisse eingetreten.

In Polen hingegen zeichneten sich im Rahmen der Polarisierung – scheinbar paradoxerweise – stabilere politische Verhältnisse ab. Dabei spielte die Herausbildung eines stabileren Parteiengefüges eine herausragende Rolle. Vor allem im rechten Lager fand erstmals nach mehreren vergeblichen

Versuchen eine Konsolidierung statt. Maßgebend war die im Sommer 1996 erfolgte Gründung der AWS, der Wahlaktion der Solidarnosc, einem Bündnis der Gewerkschaft Solidarnosc und diverser Rechtsparteien; vorher war schon die rechtspopulistische ROP entstanden. Aufgrund des unterschiedlichen historischen Hintergrundes war die polnische Rechte im Gegensatz zu Tschechien generell mehr rechtsnational-traditionalistisch als rechtsbürgerlich orientiert. Die intern sehr heterogene AWS konnte sich immer besser konsolidieren und bildete bereits seit Ende 1996 den Gegenpol zur dominierenden postkommunistischen SLD. In den Umfragen kamen beide Gruppierungen auf einen Stimmenanteil von je rund einem Viertel, was sich in der Folge kaum mehr änderte. Die Sympathisanten der beiden Gruppierungen unterschieden sich dabei vor allem nach allgemeinen ideologischen Kriterien. Rund zwei Drittel der SLD-Wähler bezeichneten sich selbst als „links“, ebenfalls rund zwei Drittel der AWS-Wähler als „rechts“, während sozioökonomische Kriterien nur eine geringe Rolle spielten. Damit war in Polen aufgrund seiner spezifischen Geschichte die alte Teilung zwischen der „komuna“ und der „Solidarnosc“ auch acht Jahre nach der Wende immer noch politisch sehr wirksam.³⁵

Bei den Parlamentswahlen vom September 1997 gelang es dann der AWS zuzulegen und mit 32 Prozent gegenüber 27 Prozent der SLD die Wahlen zu gewinnen. Dies hing allerdings mehr mit der Schwäche ihrer Rivalen im „rechten“ Lager als mit der eigenen Stärke zusammen. Im Endeffekt gingen dieses Mal mit 5 Prozent nur wenige rechte Stimmen „verloren“ – d.h. Stimmen, die an Parteien gingen, die wegen der Prozenzhürde nicht ins Parlament gelangten; 1993 waren es fast 25 Prozent gewesen. Diese „Selbstdisziplinierung“ der Rechten war denn auch der Hauptgrund für ihren Wahlsieg. Zudem hatte sich die Verbesserung ihres gesamten Stimmenanteils um rund 10 Prozent – auf nun 43 Prozent – ausgewirkt. Neben einer relativ aufwendigen und geschickten Wahlkampagne der AWS hatte auch der Trend zu einer stärkeren Rechtsidentifikation den Erfolg ermöglicht. Hatten sich vor vier Jahren, im September 1993, erst 25 Prozent als politisch „rechts“ bezeichnet, so waren es vier Jahre später 34 Prozent, die höchste Zahl seit der Wende.³⁶

Obwohl die AWS mehr Präsenz als die defensiv agierende SLD zeigte, verlief der Wahlkampf eher flau. Die Wahlbeteiligung lag mit 48 Prozent nicht nur deutlich unter den 65 Prozent der letzten Präsidentschaftswahlen, sondern war auch um 4 Prozent geringer als bei den Wahlen von 1993. Neben der AWS waren es die Liberalen von der UW, der „Freiheitsunion“, die nach einer aufwendig geführten Wahlkampagne mit 14 Prozent eine weitere Überraschung schafften. Damit errangen sie die komfortable Position des „Königsmachers“. Denn alle andern Parteien erlitten deutliche Niederlagen, allen voran der bisherige Regierungspartner der Postkommunisten, die durch interne Querelen und Affären geschwächte Bauernpartei PSL, die nur knapp über die Fünfprozenzhürde kam. Die bisher viertgrößte Partei im Sejm, die linksdemokratische UP, die „Arbeiterunion“, schied sogar aus dem Parlament aus. Und die rechtsnationale ROP spielte als fünfte im Sejm

vertretene Partei mit nur sechs Sitzen praktisch keine Rolle mehr.³⁷ Damit war die neue Regierungs-Koalition vorgezeichnet, eine Mitte-Rechtskoalition aus AWS und UW, die allerdings aufgrund programmatischer Unterschiede und persönlicher Animositäten ein beträchtliches Konfliktpotential beinhaltete. Obwohl bereits die Bildung einer Regierung und die Formulierung eines Regierungsprogramms auf große Schwierigkeiten stieß, gelang es schließlich, eine Regierung unter dem wenig bekannten, aber als integer geltenden AWS-Politiker Jerzy Buzek zu bilden, der als Vizepremier auch der Vorsitzende der UW, Leszek Balcerowicz, angehörte.

Damit war es in Polen wiederum wie schon 1993 zu einem regulären Machtwechsel gekommen, was durchaus als ein Indiz politischer (System-)Stabilität gewertet werden kann. In Tschechien hingegen herrschte zur selben Zeit – nach dem Rücktritt von Klaus und den verworrenen Machtverhältnissen – eine politische Krise vor. Josef Tosovsky, dem von Präsident Havel mit der Regierungsbildung beauftragten parteilosen Notenbankpräsidenten, gelang es schließlich mit der innerparteilichen Opposition der ODS, den beiden vorherigen Koalitionspartnern sowie unabhängigen Parteilosen eine Übergangsregierung zu bilden. Mit dem Versprechen vorzeitiger Neuwahlen im Juni 1998 sicherte er sich auch die Unterstützung der Sozialdemokraten. Diese erzielten dann nach einem emotional und erbittert geführten Wahlkampf erstmals mit 32 Prozent am meisten Stimmen. Das Hauptargument, daß endlich ehrliche Leute an die Macht kommen sollten, überzeugte mehr Wähler als erwartet. Obwohl die Partei organisatorisch immer noch schwach war – sie hatte nur rund 15.000 Mitglieder –, gelang es ihr, sich mit einem vor allem in die Provinzen getragenen Wahlkampf als Partei des „Wechsels“ zu etablieren. Denn das Potential an Unzufriedenen war in Tschechien noch nie so groß gewesen. Obwohl die Politikverdrossenheit enorm war, gingen knapp drei Viertel an die Urnen, fast gleichviel wie vor zwei Jahren. Die eigentliche Überraschung schaffte die ODS von Vaclav Klaus. Nach der am Anfang des Jahres erfolgten Parteispaltung war die Partei völlig am Boden gelegen. Nur noch rund jeder Zehnte gab damals an, ODS wählen zu wollen. Mit einer Mischung von „Selbstkritik“ und Verunglimpfung der linken Gegner gelang es Klaus und seiner ODS jedoch, sich erneut als bürgerliche Alternative zu profilieren. Die ODS schaffte denn auch mit 28 Prozent ein Ergebnis, das die Prognosen um fast 10 Prozentpunkte übertraf und nur wenig unter dem Ergebnis der letzten Wahlen lag. Die liberale Freiheitsunion, die sich von der ODS abgespalten hatte, kam hingegen nur auf 9 Prozent. Gleich viel erzielten die etwas sozialer eingestellten Christlich-Demokraten, die bisher immer in der Regierung mitgewirkt hatten. Sonst schafften nur noch die Kommunisten mit 11 Prozent den Einzug ins Parlament.³⁸

Trotzdem nun nur noch fünf statt sechs Parteien vertreten waren, erwies sich die Bildung einer neuen Regierung als schwierig. Zwar besaßen die drei Rechtsparteien eine wenn auch knappe Parlamentsmehrheit, aber durch ihre völlige Zerstrittenheit gelang es nicht, eine Koalition zu bilden. Auch ein Zusammengehen der zwei kleineren Rechtsparteien mit den So-

zialdemokraten kam aufgrund inhaltlicher Differenzen kaum in Frage. Schließlich resultierte wieder eine ähnliche Situation wie bei der letzten von Klaus geführten Regierung – ein Art „stille“ große Koalition, nur diesmal mit umgekehrten Vorzeichen. Die Minderheitsregierung stellten nun die stärkeren Sozialdemokraten, während die ODS einige wichtige Machtpositionen besetzen konnte. Allerdings war diese ungewöhnliche Konstruktion, welche erneut den Pragmatismus – um nicht zu sagen Opportunismus – der tschechischen Politiker dokumentierte, noch instabiler. Der gemeinsame Nenner war klein, und es kam denn auch immer wieder zu kleineren und größeren Krisen. Eine klare Regierungspolitik, wie sie eigentlich die kritische wirtschaftliche Lage erfordert hätte, war so nicht möglich. Kein Wunder, daß die neue Regierung schon von Anfang an nur mäßiges Vertrauen genoß. Im September sprachen ihr 44 Prozent das Vertrauen aus, fast 10 Prozentpunkte weniger, als die letzte Regierung von Klaus nach ihrem Amtsantritt erreicht hatte. Im April 1999 waren es nur noch 31 Prozent. Auch das Vertrauen in die Abgeordnetenkammer war mit 23 Prozent gering. Nur Präsident Havel konnte sich mit 52 Prozent absetzen. 74 Prozent waren auch mit der politischen Situation unzufrieden. Im Juni, ein Jahr nach den Wahlen, waren die Wahlpräferenzen der regierenden Sozialdemokraten auf 20 Prozentpunkte gefallen; die Unzufriedenheit mit der mangelnden Realisierung der Wahlversprechen und den fehlenden Erfolgen in der Wirtschaftspolitik hatten damit ihren Niederschlag gefunden.³⁹

Im Vergleich zu Tschechien zeigte sich die politische Szene Polens mit ihrer Mitte-Rechts-Regierung Rechtsregierung aus AWS und UW um einiges stabiler. Allerdings tauchten auch in der Zusammenarbeit der beiden Koalitionspartner häufig Konfliktpunkte auf. Sie reichten von Auseinandersetzungen um die Besetzung von Regierungs- und Verwaltungsapparatsposten über Meinungsverschiedenheiten in grundlegenden Bereichen wie der Ausrichtung der Wirtschaftspolitik bis hin zu Unterschieden in konkreten Fragen wie der Sexualerziehung in der Schule oder Steuererleichterungen für Familien.⁴⁰ Trotz der Querelen stand aber die Koalition nie ernsthaft zur Debatte. Wie bei der vorangegangenen Zusammenarbeit zwischen PSL und SLD führten Machtwillen und das Fehlen von Alternativen dazu, die Konflikte nie allzu sehr eskalieren zu lassen. Es gelang der Koalition sogar, in ihrem ersten Regierungsjahr wichtige Reformvorhaben durchzusetzen, vor allem eine Dezentralisierungsreform, die Reform des Gesundheitswesens und der Sozialversicherungen sowie eine Bildungsreform, die mehrheitlich Anfang 1999 in Kraft traten. Die Reformprojekte stießen aber nicht nur auf den Widerstand der Opposition, sondern oft auch auf diejenigen betroffener Berufsgruppen. Obwohl einige Reformen in die Wege geleitet wurden, die besonders dem ideologisch-politischen Profil der AWS entsprachen – u.a. wurden die gesetzlichen Abtreibungsregelungen wieder verschärft und erstmals der Zugang der Bürger zu den Akten des ehemaligen kommunistischen Sicherheitsdienstes beschlossen –, zeigten sich die radikaleren rechtsnationalistisch und katholisch-fundamentalischen Kräfte in der AWS enttäuscht. Die Spannungen führten bereits im Sommer 1998

zum Ausschluß einiger Abgeordneter, dem weitere Abspaltungen folgten.⁴¹ Auf der linken Oppositionsseite profilierte sich die SLD weiterhin als führende Kraft, wobei sie gegenüber der Regierungskoalition einen kompromißlosen und angriffslustigen Kurs steuerte, der kaum Raum für konstruktive Kooperationen ließ. Da die Regierungsseite ihrerseits ähnlich verfuhr, verfestigte sich die polarisierte Lagerbildung weiter. Typischerweise dominierten die beiden Hauptgruppierungen AWS und SLD bei den Wahlpräferenzen in den Umfragen und setzten sich auch bei den Regionalwahlen vom Oktober 1998 deutlich durch.⁴²

Allerdings sind die wirtschaftlich-sozialen und politischen Spannungen in jüngster Zeit deutlich gestiegen und dürften aufgrund der abflauenden Konjunktur und diverser Restrukturierungsprobleme zunehmen. Einen ersten Höhepunkt erreichten sie bereits im Winter 1999. Neben breiten Protestbewegungen im Gesundheitswesen und im Bildungsbereich, die sich vor allem gegen die erwähnten Reformvorhaben und ihre schlechte Vorbereitung wandten, standen militante Bauernproteste im Vordergrund. Zeitweise waren bis zu 250 Straßen blockiert. Trotz der Behinderungen hatte die Mehrheit der Bevölkerung Umfragen zufolge Verständnis für die Protestierenden. 78 Prozent meinten beispielsweise, daß die Bauern durchaus Gründe hätten, um zu protestieren und die Straßen zu blockieren. Zudem hatte sich die generelle Stimmung deutlich verschlechtert. Eine Mehrheit beurteilte nun die aktuelle Entwicklungsrichtung wie auch die Regierung negativ.⁴³ Zwar gelang es der Regierung, die Proteste einstweilen durch Zugeständnisse und Verhandlungen abzublocken, aber die Spannungen blieben trotzdem erhalten. Bereits Ende Mai kam es zu erneuten Protestaktionen von Bergarbeitern, Bauern und Krankenschwestern, die nur durch schnelles Eingreifen der Ordnungskräfte und erneute partielle Zugeständnisse unter Kontrolle gehalten werden konnten.

5. Aussichten – strukturelle Chancen und der EU-Beitritt

Obwohl Tschechien durch die jüngsten wirtschaftlichen und politischen Turbulenzen momentan größere Probleme hat als das dynamischere Polen, wäre es voreilig, daraus bereits weitergehende Schlüsse für die Zukunft zu ziehen – und dies aus verschiedenen Gründen. Wie bereits ausgeführt, sind auch in Polen zunehmend wirtschaftliche und politisch-soziale Spannungen zu verzeichnen. Daß sich diese ebenfalls zu einer Krise verstärken, ist zwar nicht sehr wahrscheinlich, aber nicht auszuschließen.⁴⁴ Auf mittlere und längere Sicht scheinen jedoch strukturelle Faktoren von größerer Wichtigkeit. Und hier hat Tschechien immer noch bedeutsame Vorteile aufzuweisen.

Der bereits zu Beginn angesprochene generelle Entwicklungsunterschied hat sich zwar etwas verringert, ist aber immer noch beträchtlich (vgl. Tabelle 1b im Anhang). So war das BIP pro Kopf in Polen 1997 30 Prozent tiefer als in Tschechien, 1998 immer noch rund ein Viertel. In Kaufkraftparität gemessen dürfte der Unterschied sogar noch größer gewesen sein. Für

1997 wurde das tschechische BIP pro Kopf nach Schätzungen von Eurostat mit 12.000 \$ angegeben, was 63 Prozent des EU-Durchschnittes ausmachte, dasjenige Polens mit nur 7.500 \$ bzw. 40 Prozent des EU-Durchschnittes. Auch Schätzungen der Wettbewerbsfähigkeit sehen für Tschechien günstiger aus als für Polen. 1998 z.B. wurde Tschechien von 53 klassifizierten Ländern vom World Economic Forum auf Platz 35 gesetzt, Polen nur auf Platz 49; nach einer mehr auf mikroökonomischen Kriterien basierenden Bewertung belegten die beiden Länder den 30. bzw. 41. Platz.⁴⁵ Und obwohl die tschechische Industrie an beträchtlichen Restrukturierungsproblemen leidet, darf nicht übersehen werden, daß sie auch Erfolge aufzuweisen hat. Beispielsweise hat sie ihre Exportstruktur verbessern können. Der Anteil von Exportprodukten mit einem hohen Wertschöpfungsanteil hat nach tschechischen Angaben von 40 Prozent zu Beginn der neunziger Jahre auf 55 Prozent 1998 zugenommen. In Polen hingegen ist die Exportstruktur immer noch von einem hohen Anteil an arbeits- und rohstoffintensiven Produkten geprägt, z.T. selbst in den ausländischen Betrieben.⁴⁶ Erschwerend kommt hinzu, daß sich die zukunfts-wichtigen Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf einem tiefen Niveau bewegen. Nach OECD-Angaben machten sie 1995 in Polen nur gerade 0,7 Prozent des BIP aus und waren zu rund 70 Prozent durch staatliche Mittel finanziert. In Tschechien wurden hingegen immerhin knapp 1,2 Prozent des BIP für Forschung und Entwicklung aufgewendet, der größte Teil davon durch die Industrie selbst. Das ist allerdings immer noch wenig im Vergleich mit dem EU-Durchschnitt von 2,2 Prozent. Auch im Bildungsbereich hat Tschechien einen Vorsprung zu verzeichnen, der allerdings durch die dynamische Entwicklung des polnischen Hochschulbereiches deutlich kleiner geworden ist.⁴⁷

Wieweit sich solche strukturelle Vorteile tatsächlich in der Zukunft auswirken werden, ist schwierig abzuschätzen. Daß sie bisher nicht stärker wirksam geworden sind, hängt sicherlich mit den bereits in Abschnitt 3 angesprochenen Faktoren zusammen, insbesondere der größeren polnischen Anpassungsfähigkeit und (Improvisations-)Kunst, Reserven auszuschöpfen und Nischen, wie den erwähnten Grenzhandel, zu besetzen. Daß diese Ressourcen gerade in den turbulenten Zeiten der ersten Transformationsphase besonders wertvoll sind, scheint offensichtlich. Allerdings ist anzunehmen, daß sie sich mit der Zeit mehr und mehr erschöpfen und klassische Faktoren wie Kapitalausstattung und technisches Potential wichtiger werden.⁴⁸ Ob und wieweit Polen hier eine optimale Verlagerung gelingt, die auch die wichtigen sozialen Aspekte berücksichtigt, wird sich erst in der näheren Zukunft erweisen. Größere soziale Spannungen könnten auch wieder vermehrt politische Instabilität hervorrufen - wenn auch nicht mehr in dem Ausmaße wie 1992/93. Auf der anderen Seite ist es unklar, wie weit Tschechien seine institutionellen und mentalen Barrieren besser überwinden kann, um sein größeres Potential besser zur Entfaltung bringen zu können. Dazu gehörten auch wieder klarere Mehrheitsverhältnisse, die inhaltlich einigermaßen konsistente Politiken erlauben.

Entscheidend wird sicherlich auch sein, wie Polen und Tschechien zu-recht kommen, wenn sie wie geplant bald EU-Mitglieder sein werden. Daß der Beitritt bereits zu dem von den Beitrittskandidaten vorgesehenen Ter-min, Ende 2002, erfolgt, ist allerdings unwahrscheinlich.⁴⁹ Polen hatte schon seit der Wende wie kaum ein anderes osteuropäisches Land die rasche Annäherung und Integration in die EU als vorrangiges Ziel angestrebt, nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen, sondern auch aus sicherheits-politischen und allgemein staatspolitischen Motiven, endlich den histori-schen „Anschluß“ an (West-)Europa zu vollziehen. Polen war aber auch darauf bedacht, nicht zuletzt aufgrund seiner regionalen Bedeutung und eines gewissen Nationalstolzes, von der EU als Partner ernstgenommen zu werden. Obwohl sich die Beziehungen im allgemeinen ohne große Friktionen entwickelten, kam es immer wieder zu Interessenkonflikten und Un-stimmigkeiten. Tschechien hingegen verhielt sich der EU gegenüber eher reserviert. Zwar waren die politisch und gesellschaftlich relevanten Kräfte mehrheitlich, vor allem aus wirtschaftlichen Gründen, für einen Beitritt, wenn von der extremen Rechten und Linken einmal abgesehen wird. Aber mit einem ausgesprochen hohen Selbstbewußtsein ausgestattet - man fühlte sich allein schon durch die geschichtliche Tradition als gleichwertige Euro-päer -, wollte man von der EU als ebenbürtiger Partner behandelt werden und sparte auch nicht mit Kritik, etwa an der Brüsseler „Eurokratie“.⁵⁰ Die polnische Bevölkerung zeichnete sich denn auch erwartungsgemäß durch eine besonders EU-freundliche Einstellung aus (vgl. Tabelle 2). Al-lerdings hat die Skepsis in letzter Zeit etwas zugenommen. Zwar hätte auch im Mai 1999 mit 55 Prozent gegen 26 Prozent noch eine deutliche Mehrheit für einen Beitritt gestimmt, aber die Zahl der Befürworter ist seit dem Höhepunkt im Jahre 1996 zurückgegangen. In Tschechien hat die Skepsis, die sonst schon relativ groß war, ebenfalls zugenommen. Im April 1999 hätten nur noch 35 Prozent für einen Beitritt gestimmt – im Herbst 1997 waren es immerhin noch 49 Prozent gewesen –, 16 Prozent dage-gen.⁵¹

Obwohl die seit April 1998 laufenden Beitrittsverhandlungen bisher rela-tiv glatt verliefen, muß davon auszugehen werden, daß die großen Pro-bleme erst anstehen. Nicht weniger als 31 Themenbereiche waren für die Verhandlungen ausgesondert worden, von der Bildung über die Industrie-politik bis hin zur Landwirtschaft. Bereits bei der Beurteilung, bei der die Dif-ferenzen zwischen dem EU-Recht und den Rechtsgrundlagen des jeweili-gen Landes festgestellt und bewertet werden sollten, kam man weniger schnell als erwartet vorwärts. Deshalb einigte man sich darauf, bei den schon durchgesehenen Themenbereichen mit den Verhandlungen zu be-ginnen, indem die Positionen formuliert und sozusagen vorverhandelt wer-den sollten. Und hier zeigte sich bereits, daß gerade in wichtigen Punkten, wo konkrete Interessen auf dem Spiel stehen, deutliche Konflikte anstehen.⁵² Zudem werden für die polnische und vor allem die tschechische Sei-te die Schwierigkeiten zunehmen, die vielen notwendigen Anpassungen umzusetzen, um die „Beitrittsreife“ zu erlangen. Bei den noch anstehenden

Anpassungen sind nicht nur die staatlichen Institutionen stark gefordert, eine Fülle von Gesetzesänderungen zu verabschieden und zu implementieren. Große Probleme bestehen auch im effektiven Beizug der nicht-staatlichen Akteure, insbesondere der Wirtschaft, die bisher weitgehend außen vorblieben.⁵³ Entscheidende Bedeutung kommt den Fortschritten bei den Verhandlungen zu. Dabei ist das große Feilschen angesagt. Betroffen davon sind nicht nur die EU und Polen bzw. Tschechien als direkte Verhandlungspartner. Vor allem die interne Diskussion, wer wo welche Konzession zu machen hat bzw. Vorteile herausholen kann, wird im Vordergrund stehen, mit absehbaren Folgen. Die internen Konflikte werden weiter angeheizt.⁵⁴ Und da die Erwartungen nicht erfüllt werden können, wird die Unzufriedenheit mit der EU-Integration zunehmen und von den EU-Kritikern wie der radikalen Rechten auch politisch instrumentalisiert werden. Hier ist die EU gefordert, ihre klar dominierende Position nicht zur übermäßigen Durchsetzung eigener Interessen auszunutzen. Zwar ist nicht davon auszugehen, daß dadurch der Beitritt verhindert würde, aber ein schlechter Start für die sonst schon schwierig werdende Anfangsphase wäre dann vorprogrammiert.

Tabelle 1:
a) Zur wirtschaftlichen Entwicklung 1990–1998

	Wachstum BIP ¹⁾	Arbeits- losen- rate	Inflation	Budget- ergebnis ²⁾	Zah- lungs- bilanz ³⁾	Real- lohn- wachs- tum	Privat- sektor ⁴⁾ (% BIP)
TSCHECHIEN							
1990	-1	1	10	0		-5	12
1991	-14	4	57	2		-26	17
1992	-6	3	11	0	-1	11	28
1993	-1	4	21	1	0	4	45
1994	3	3	10	0	0	8	56
1995	6	3	9	0	-3	8	70
1996	4	4	9	-1	-8	8	75
1997	1	5	9	-2	-6	1	75
1998	-3	8	11	-2	-2	-3	75
POLEN							
1990	-12	6	586	0		-24	
1991	-7	12	71	-3		0	42
1992	2	14	43	-6	1	-2	45
1993	4	16	35	-3	-1	-3	48
1994	5	16	32	-3	3	1	47
1995	7	15	28	-3	5	3	60
1996	6	13	20	-3	-1	6	60
1997	7	10	15	-3	-3	7	65
1998	5	10	11	-3	-5	5	65

b) Aktuelle Basisdaten

	Tschechien	Polen
Bevölkerung (in Millionen) 1997	10,3	38,7
BIP/pro Kopf (in \$)		
– absolut 1997	5.050	3.512
– kaufkraftbereinigt 1997	12.000	7.500
BIP-Niveau 1998 (1989 = 100)	96	118
Bruttoschulden (in Mrd. \$; Ende 1998)	24,3	33,1
Direktinvestitionen (Total, Ende 1998, in Mrd.\$)	8,7	30,7
Monatslohn (in \$; Jänner 1999)	375	451
Armutrate (in Prozent der Bev. Mitte 1996)	1	12
Lebenserwartung 1996	74	72

¹⁾ Außer der Arbeitslosenrate (Stand Ende Jahr), dem Anteil des Privatsektors (Stand Ende Jahr, ab 95 Mitte des Jahres), dem Budgetergebnis und der Zahlungsbilanz sind die Zahlen prozentuale Veränderungen gegenüber dem Vorjahr. Die Zahlen für 1998 sind z.T. vorläufig.

²⁾ Minuszahlen: Budgetdefizit in Prozent des BIP (Bruttoinlandprodukt), Pluszahlen: Budgetüberschuß in Prozent des BIP.

³⁾ Minuszahlen: Defizit der Zahlungsbilanz in Prozent des BIP (Bruttoinlandprodukt), Pluszahlen: Überschuß in Prozent des BIP.

⁴⁾ Die offiziellen Zahlen sind als Annäherungen zu betrachten; ab 1995 inoffizielle Schätzwerte der EBRD, die für den gesamten Privatsektor (inkl. informeller Sektor) etwas höhere Zahlen angeben, vgl. EBRD (1995ff.)

Quellen: Nationale Statistiken; EBDR (1995ff); Business Central Europe, The Annual 1998/99 und (May 1999) 61; UN/ECE, Trends, 1998.

Tabelle 2:

Einstellungen und Bewertungen im gesellschaftlichen Bewußtsein
Akzeptanzindex (Prozent positive Antworten minus Prozent negative Antworten nach repräsentativen Umfragen, die jeweils im Herbst des betreffenden Jahres durchgeführt wurden)

	Einführung der Marktwirtschaft	Allgemeine Richtung der Entwicklung	Entwicklung der Demokratie	Respektierung der Menschenrechte	EU-Beitritt ¹⁾
TSCHECHIEN					
1990	54	37	-16		
1991	39	17	-25	34	
1992	23	24	-19	19	71
1993	15	28	0	12	
1994	11	25	-9	7	
1995	6	24	-4	-1	43
1996	1	9	-21	-7	43
1997	-34	-22	-22	8	49
1998					
POLEN					
1990	47	13	1		
1991	28	-41	-21	-4	
1992	33	-29	-24	-17	66
1993	29	-4	-14	-19	
1994	26	-30	-40	-29	
1995	46	7	12	-3	68
1996	36	2	-2	-16	70
1997	43	19	24	-6	63
1998					

¹⁾ Befürworter eines EU-Beitrittes in Prozent aller Befragten: 1992 Befürworter sofort oder in den nächsten 5 Jahren, ab 1995 Ja-Stimmen in einem Referendum.

Quelle: Central and Eastern Eurobarometer (1993ff.)

Anmerkungen

¹⁾ Siehe dazu Juchler (1994) Abschnitt 3.1 und 4.1, wo weitere Literaturhinweise enthalten sind.

²⁾ Juchler (1992) 143. Das Sozialprodukt pro Kopf betrug 1989 zu offiziellen Kursen umgerechnet nur 2180\$. Kaufkraftbereinigt schwankte es je nach Schätzung zwischen 4300 und 5000\$, was rund 20 bis 25 Prozent des Niveaus der USA entsprach, Havlik (1991) 9 und 37.

³⁾ Vgl. Juchler (1986) 387f.

⁴⁾ Juchler (1992) 142f. Das Sozialprodukt pro Kopf betrug 1989 zu offiziellen Kursen umgerechnet 3224\$, also 47 Prozent mehr als in Polen; der reale Vorsprung dürfte etwa 50-60 Prozent ausgemacht haben.

- ⁵ Nach der Gründung unterzeichneten 1977 nur ein paar Hundert Personen die Charta, bis 1986 rund 1200, Tygodnik Mazowsze (14.1.1987). Auch kirchlich orientierte oppositionelle Kreise blieben trotz einer Bedeutungszunahme im Vergleich zu Polen sehr bescheiden. Zur Sozialstruktur vgl. z.B. Machonin, Tucek (1994) und (1996).
- ⁶ ECE (1992) 40ff. und Juchler (1994) 202ff. und 334ff.
- ⁷ Juchler (1994) 122ff., 236ff. und 359ff., EBRD (1997) 89ff., Worldbank (1996) 53f. In Tschechien waren Ende 1995 über ein Fünftel aller privatisierten mittleren und großen Unternehmen durch die Couponprivatisierung betroffen worden, was rund die Hälfte des Gesamtwertes ausmachte, in Polen nur gerade 6 Prozent.
- ⁸ Wirtschaft und Gesellschaft 22/2 (1996) 38ff.
- ⁹ Mouranche (1996) und Mansfeldova (1996).
- ¹⁰ EBRD (1996) 118 und (1998) 64. Ein Indiz für die unterschiedliche Restrukturierungsintensität liefert auch der Vergleich der Konkurse, EBRD (1997) 87. Aufgrund zäher gesetzlicher Grundlagen und wechselseitiger Schonung der Unternehmen wurden in Tschechien 1992-1994 nur knapp 350 Konkursverfahren abgeschlossen, in Polen waren es immerhin fast 3.000.
- ¹¹ Worldbank (1996) 69; die Armutsrate betrug nach der Weltbankschätzung 1993 in Polen 12% (1988 6 Prozent), in Tschechien nur 1% (1988 0 Prozent). Vgl. auch Orenstein (1995), Vecernik (1996) und (1998) sowie Sicinski (1998).
- ¹² Juchler (1997) 279f; 1995 betrug in Polen die Zahl der Streiktage noch 56.000, 1994 hingegen waren es noch 561.000 und 1992 sogar 185.500 gewesen.
- ¹³ Vgl. z.B. auch Lewandowski (1995).
- ¹⁴ Kritische Sozialwissenschaftler prägten dafür den Ausdruck des „Fassadenkorporatismus“, Mouranche (1996) 30.
- ¹⁵ EBRD (1998) 163. Der Anteil der privaten Kredite am BIP betrug in Tschechien 1997 fast zwei Drittel, gleichviel wie in den USA, während er in Polen nicht einmal einen Fünftel ausmachte, Komerčni Banka, Economic Trends (April 1999) 11.
- ¹⁶ Komerčni Banka, Economic Trends 15 (1998), Business Central Europe (June 1997) 43f.
- ¹⁷ Obwohl häufiger erhobene Umfragedaten zeigen, daß in beiden Ländern kurzzeitige Schwankungen üblich waren, ist der Trend eindeutig; während in Tschechien seit 1996 die Unzufriedenheit bezüglich fast aller Bereiche deutlich zunahm, war in Polen 1993 bis 1998 eine gegenteilige Tendenz sichtbar. Interessant ist auch der Vergleich zu Österreich, vgl. New Democracies Barometer (1998) 86ff. Nur bei der Einschätzung des aktuellen ökonomischen Systems schnitt Österreich 1998 mit 81 Prozent eher positiven Bewertungen vor Polen mit 61 und Tschechien mit 45 Prozent deutlich besser ab; bei der Einschätzung des Regierungssystems und dem Vertrauen zu verschiedensten Institutionen waren die Unterschiede im allgemeinen aber nicht groß.
- ¹⁸ Vgl. Tabelle 1a und Komerčni Banka, Economic Trends 20 (1999) 1ff. und 21 (1999) 1ff., Business Central Europe (May 1999) 24 und 60. Im April 1999 war ein Drittel der Unternehmen insolvent.
- ¹⁹ Statystyka Polska in Rzeczpospolita (3.3.1999) V.
- ²⁰ 1990-96 entstanden fast 50.000 neue polnische Unternehmen mit 1,4 Mio. Arbeitsplätzen. Bezeichnenderweise betrug Anfang 1999 der Anteil der kleinen und mittleren Unternehmen bereits rund zwei Drittel am BIP, während er in den frühen 90er Jahren erst rund 20 Prozent ausgemacht hatte, Business Central Europe (May 1998) 14f. und EBRD (1995) 140. Zu dem insgesamt jeweils fast gleichen Reformstand siehe EBRD 1996ff., zur Korruptionseinschätzung Transparency International (Sept.1998), wo Tschechien auf einer Skala von 1 bis 10 mit 4,8 und Polen mit 4,6 Punkten eingestuft wurden.
- ²¹ Daten nach der offiziellen Handelsstatistik; nach der Version, die nur die effektiven finanziellen Transaktionen berücksichtigt, betrug das Defizit 8,2 Milliarden, was aber auch schon 6,1 Prozent des BIP ausmachte, WERI (1998) 136 und 192 sowie Statystyka Polska, in: Rzeczpospolita (3.3.1999) V. Die ausländischen Firmen verursachten durch ihre deutlich höheren Importe insgesamt zwei Drittel des Handelsdefizits. Zur Gesamtentwicklung vgl. Transition 3 (1997) 58, WERI (1996) 39.

- ²² WERI (1998) 49ff.; 1997 waren die Kredite für Haushalte z.B. um 56 Prozent gestiegen. Die Geldmenge hatte mit fast 30 Prozent wie schon 1996 deutlich zugenommen und damit die angestrebten Werte deutlich übertroffen; im Gegensatz zu Tschechien wurde also faktisch die Bremse in der Geldpolitik nur wenig angezogen.
- ²³ WERI (1998) 141ff.
- ²⁴ 1996 und 97 betrug die Netto-Profitrage insgesamt noch um die 2 Prozent, 1998 nur noch gut 1 Prozent, *Statystyka Polska*, in: *Rzeczpospolita* (3.3.1999) VI.
- ²⁵ Nur das „Mazowiecki“-Lager konnte sich dann zu einer einigermaßen handlungsfähigen Partei konsolidieren. Mazowiecki hatte es - der großen Unzufriedenheit mit seiner Regierung wegen - nicht einmal in die zweite Runde geschafft; er war von Tyminski, einem populistischen politischen „Nobody“, auf den dritten Platz verwiesen worden.
- ²⁶ Politikologen sprachen denn auch von einer „Politik der Nicht-Politik“, in der es weniger um konkrete Inhalte gehe, sondern um die moralische Differenz, Brokl (1992) 27. Diese Grundeinstellung war auch in der *Solidarnosc*-Bewegung ausgeprägt, allerdings mehr in der Entstehungszeit 1980/81.
- ²⁷ Safarikova (1995) 53ff. In der Slowakei entwickelte sich die politische Lage anders, was mit den intensiven Konflikten um den Status der Teilrepubliken zusammenhing, Krivy (1992). Eine oppositionelle, national orientierte Fraktion spaltete sich unter dem charismatischen Ministerpräsidenten Meciar Ende April als „Bewegung für eine Demokratische Slowakei“ (HZDS) ab.
- ²⁸ Von den nicht weniger als 65 landesweit eingereichten Listen errangen 21 Parlamentssitze, von 64 lokalen Listen nochmals 8.
- ²⁹ Die Suchocka-Regierung bestand aus nicht weniger als sieben Parteien mit *Solidarnosc*-Stammbaum.
- ³⁰ Es ist denn auch nicht überraschend, daß in einer im September durchgeführten Umfrage eine deutliche Mehrheit der Tschechen den Grund der Trennung bei den Slowaken ausmachte. Allerdings befürworteten in der gleichen Umfrage weniger als die Hälfte eine Teilung in zwei unabhängige Staaten, Juchler (1994) 384ff. und Butora, Butorova (1994).
- ³¹ *Osteuropa* 2 (1998) 154ff. Der Unterschied der Stimmenanteile zu den letzten tschechischen Wahlen von 1992 war denn auch nicht sehr groß. Dort holten linke und linksliberale Kräfte rund 30 Prozent der Stimmen, in Polen etwas über 40 Prozent.
- ³² *Osteuropa* 4 (1996) 315ff.
- ³³ *Wirtschaft und Gesellschaft* 2 (1996) 253f.
- ³⁴ Anfang des Jahres hatte die ODS mit 30 Prozent noch deutlich vor den Sozialdemokraten mit 22 Prozent gelegen (Daten des IVVM).
- ³⁵ *Osteuropa* 2 (1998) 148ff. Die Sympathisanten der wichtigen Parteien unterschieden sich typischerweise nur wenig in der Einschätzung sozial- und wirtschaftspolitischer Fragen, CBOS 6 (1997) 78ff. In Tschechien unterschieden sich die wichtigen Parteien ebenfalls am deutlichsten nach der politischen Selbstidentifikation Links-rechts, aber die soziale Stellung bzw. vor allem die Perzeption der eigenen sozialen Stellung spielten zusätzlich eine wichtige Rolle, Mateju (1998) 299ff. und Mateju, Vlachova (1998) 257ff.
- ³⁶ Umfragedaten des CBOS; der Anteil der „linken“ Identifikationen war hingegen gefallen, von 22 Prozent auf 17 Prozent, der politischen Mitte rechneten sich 27 Prozent bzw. 30 Prozent zu. In Tschechien lag der Anteil der rechten Identifikationen immer höher, im März 1995 z.B. bei 39 Prozent, im Sept. 1998 bei 36 Prozent, der Anteil der linken betrug je 21 Prozent, der Mitte 29 bzw. 32 Prozent (Daten des IVVM).
- ³⁷ *Osteuropa* 2 (1998). Die Kirchenhierarchie sympathisierte mehrheitlich mit dem rechten Lager, hielt sich aber öffentlich zurück. Damit schien die Kirche die Konsequenzen aus erfolglosen Stellungnahmen gezogen zu haben, wie sie noch bei den Präsidentschaftswahlen abgegeben worden waren. Wie Umfragen immer wieder zeigten, bezeichneten sich die Polen zwar zu rund 90 Prozent als katholisch; aber fast zwei Drittel meinten auch, der politische Einfluß der Kirche sei zu groß.
- ³⁸ Auch eine von Altkommunisten getragene Rentnerpartei, die in den Umfragen lange um die 10 Prozent herum erzielt hatte, fiel deutlich durch, ähnlich wie eine vergleichbare Par-

- tei bei den letzten polnischen Wahlen. Kleinere Parteien werden auch eher zwischen den Blöcken zerrieben, so daß weniger Parteien im Parlament verbleiben.
- ³⁹ Vgl. z. B. *Respect* 26 (1999) und *The Prague Post* (16.6.1999); Umfragedaten des IVVM.
- ⁴⁰ Die Zeitschrift *Polityka* listete in einer Zusammenfassung des ersten Koalitionsjahres allein 30 Konfliktpunkte auf, *Polityka* 38 (1998) 20f., sowie *Polityka* 46 (1998) 20f.
- ⁴¹ Die AWS hatte denn auch ein Jahr nach den Wahlen 15 Sitze weniger im Sejm aufzuweisen als zu Beginn der Legislaturperiode, *Zycie* (17.10.1998) 3.
- ⁴² *Osteuropa* 2 (1999). In einer Ende Mai 1998 durchgeführten Umfrage über gesellschaftliche Konflikte dominierte denn auch der Konflikt zwischen „Postkommunisten“ und Leuten aus dem „Solidarnosc-Lager“, der von knapp zwei Fünfteln der Befragten als sehr stark eingeschätzt wurde. Mit deutlichem Abstand folgten soziale Teilungen wie „oben“-„unten“ oder „reich“-„arm“ mit 22 Prozent bzw. 17 Prozent, *CBOS BS/90/90* (1998) 3.
- ⁴³ *Polityka* 8 (1999) 12 und 18ff., *OBOP-Komunikat* 30 (1999). Gegen Ende März 1999 bezeichneten sich nur noch 27 Prozent als Anhänger der Regierung, im Dezember 1998 waren es noch 40 Prozent gewesen. Die Gegner hatten von 20 Prozent auf 37 Prozent zugenommen, das schlechteste Ergebnis in der Regierungszeit Buzeks (Daten des *CBOS*), vgl. auch *Polityka* 18 (1999) 30. Nach einer leichten Erholung verschlechterten sich die Umfragergebnisse erneut und erreichten im August einen neuen Tiefpunkt; die regierende AWS wollten z. B. nicht einmal mehr ein Fünftel wählen, vgl. *Polityka* 35 (1999) 12 und 15 und *CBOS* 118 (1999) 1ff.
- ⁴⁴ Dies hängt nicht nur von internen polnischen Entwicklungen ab, sondern auch von der Entwicklung der internationalen Konjunktur, insbesondere Westeuropas. Polens Regierung scheint jedenfalls noch von den günstigen Wachstumsaussichten überzeugt. Die Anfang Juni 1999 vom Finanzministerium veröffentlichten Prognosen gehen für 1999 von einem Zuwachs des BIP von rund 4 Prozent und für 2000 sogar von 5,5 Prozent aus.
- ⁴⁵ *Komerčni Banka - Economic trends* 18 (1999) 1f. und 19 (1999) 6.
- ⁴⁶ *Komerčni Banka - Economic trends* 19 (1999) 14; *WERI* (1998) 140 und 195, *Hirschman* (1998) 44. 1995 betrug der Anteil von hochtechnologischen Produkten am Export in Polen nur 4 Prozent, im EU Durchschnitt jedoch 14 Prozent, *Wolodkiewicz* (1998) 3ff. Kein Wunder, dass sich die polnischen Exporte in EU-Länder, die schon zwei Drittel aller Exporte ausmachen, in den letzten Jahren viel weniger dynamisch als diejenigen Tschechiens entwickelten. Polens EU-Handelsdefizit war 1997 mit 28 Prozent des Umsatzes auch deutlich höher als dasjenige Tschechiens mit 15 Prozent.
- ⁴⁷ *Business Central Europe* (February 1999) 19 und *Rzeczpospolita* (30. 11. 98) 3.
- ⁴⁸ Dies macht auch ein im Frühling 1999 präsentierter Bericht des Finanzministeriums zur „Wirtschaftlichen Entwicklungsstrategie bis zum Jahre 2010“ deutlich, wo das Schwerkgewicht - allerdings etwas zu ausgeprägt - auf diese klassischen Wachstumsfaktoren gelegt wird, *Business Central Europe* (June 1999) 42ff.
- ⁴⁹ Nach den zögerlichen EU-Reformbeschlüssen bezüglich der Agenda 2000 vom März 1999 wird wohl erst recht ein späteres Datum in Frage kommen. In EU-Kreisen kursierte bereits das Jahr 2006 als mögliche Marke, *Business Central Europe* (April 1999) 5 und 44.
- ⁵⁰ Vgl. auch *David Stulik* (1998) 157f. und *Osteuropa* 2 (1999) 486ff.
- ⁵¹ Daten des *CBOS* und des *IVVM*, vgl. auch die Umfragen in *Central and Eastern Eurobarometer* (1995 ff.). Polen war neben Rumänien das einzige osteuropäische Land, in dem 1995-97 immer deutliche absolute Mehrheiten einem Beitritt zugestimmt hatten.
- ⁵² *Business Central Europe* (June 1999) 41f.
- ⁵³ *Wprost* 41 (1998) 53, *Puls Gospodarki* (1.12.1998) 2 und *Polityka* 51 (1998) *Dodatek specjalny*. So müsste der polnische Sejm z.B. durchschnittlich jede Woche drei Gesetzesänderungen beschliessen, um den Fahrplan einhalten zu können. Vgl. auch *Business Central Europe* (March 1999) 17, (May 1999) 41, wo der zuständige tschechische Minister von grossen Verspätungen gegenüber dem Zeitplan spricht.
- ⁵⁴ Obwohl genauere Simulationen fehlen, kann davon ausgegangen werden, daß eine

Reihe von Branchen durchschnittlich zu den Gewinnern eines Beitrittes zählen werden: z.B. die Auto- und Bekleidungsindustrie, andere zu den Verlierern wie die Stahl- und Kohlenindustrie sowie z.T. die Landwirtschaft, Stulik (1998). Allerdings ist gerade die Situation in der Landwirtschaft nicht unumstritten, vgl. z.B. Europa 2 (1998) 4ff. und Rzeczpospolita (8.10.1998) 11.

Literatur

- Brokl, Lubomir, Between November 1989 and Democracy - Antinomies of our Politics, in: Czechoslovak Sociological Review, Special Issue (August 1992) 23-36.
- Butora, Martin; Butorova Zora, Die unerträgliche Leichtigkeit der Scheidung, in: Kipke, Rüdiger; Vodicka, Karel (Hrsg.), Abschied von der Tschechoslowakei (Köln 1994).
- CBOS (Centrum badania opinii społecznej), Serwis Informacyjny (Warszawa 1993ff.) (Survey Resultate).
- Central and Eastern Eurobarometer (1990ff.), Commission of the European Communities (Brussels 1990ff.) (Survey Resultate).
- Domanski, Henryk, Na progę konwergencji (Warszawa 1996).
- EBRD (European Bank for Reconstruction and Development), Transition report (London 1995ff.).
- ECE (United Nations-Economic Commission for Europe), Economic Survey of Europe (New York 1992).
- Havlik, Peter, East West GDP-Comparisons: Problems, Methods and Results (=Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, Forschungsbericht 174, Wien 1991).
- Hirschmann, Kai, Die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Polens im Magischen Viereck des Transformationsprozesses (Berlin 1997).
- IVVM (Institut pro výzkum veřejného mínění) Survey-Kurzberichte (in tschechischer Sprache), (Praha 1993ff).
- Juchler, Jakob, Sozialistische Gesellschaftsformation – Allgemeine Theorie und Fallstudie (Polen 1945-1984) (Frankfurt a. M. 1986).
- Juchler, Jakob, Ende des Sozialismus - Triumph des Kapitalismus? Eine vergleichende Studie moderner Gesellschaftssysteme (Zürich 1992).
- Juchler, Jakob, Umbruch in Osteuropa. Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen 1989-1993 - Gesamtüberblick und Fallstudien (Zürich 1994).
- Juchler, Jakob, Krise und gesellschaftlicher Transformationsprozess in Osteuropa (=Schweizerischer Nationalfonds, unveröff. Projektbericht, Zürich 1997).
- Krivy, Vladimir, Trvanie a zmena na Slovensku - Analyzy vybraných problemových okruhov (=Institut stredoeuropejských štúdií FM UK, Bratislava 1992).
- Lewandowski, Edmund, Charakter narodowy Polaków i innych, „Aneks“ - Polityka (Warszawa 1995).
- Machonin, Paweł; Tuček, Milan, A Historical Comparison of Social Structures in the Czech Republic in the Years 1984 and 1993, in: Czech Sociological Review 2 (1994) 149-172.
- Machonin, Pavel; Tuček, Milan (Hrsg.), Ceska Spolecnost v transformaci (Praha 1996).
- Mansfeldova, Zdenka, Tiparita jako model prostredkovani zajmu v politickem systemu Ceske republiky (=Institute of Sociology, Academy of Sciences of the Czech Republic, Working Paper 5/96, Praha 1996).
- Mateju, Petr, The Middle Class Formation in the Czech Republic (=Institute of Sociology, Academy of Sciences of the Czech Republic, Working Paper 6/98, Praha 1998).
- Mateju, Petr; Vlachova, Klara, Values and Electoral Decisions in the Czech Republic, in: Communist and Post-Communist Studies 31/3 (1998) 249-269.
- Mouranche, Sylvie, Doswiadczenia trojstronnosci w Europie Srodkowej (Warszawa 1996).
- New Democracies Barometer V, Centre for the Study of Public Policy (Glasgow 1998).
- Orenstein, Mitchell, Transitional Social Policy in the Czech Republic and Poland, in: Czech Sociological Review 2 (1995) 179-208.
- Safarikova, Vlasta et al. (Hrsg.), Transformace Ceske Spolecnosti 1989-1995 (Brno 1995).

- Sicinski, Andrzej (Hrsg.), Do i od socjalizmu (Warszawa 1998).
Stulik, David, European Integration in Poland and the Czech Republic, in: Dornisch, David, et al. (Hrsg.), Post-Communist Transformations (Warsaw 1998) 157-177.
Vecernik, Jiri, Household Incomes and Social Policies: The Czech Republic in the Period 1989-1995 Start Foundation - Research Papers (Prague 1996).
Vecernik, Jiři, Distribution of Income in the Czech Republic in 1988-1966 (=Institute of Sociology, Academy of Sciences of the Czech Republic, Working Paper 8/98, Praha 1998).
WERI (World Economy Research Institute), Poland - Economic Report (Warszawa 1995ff.).
Wolodkiewicz-Donimirski, Zdzislaw, O niektórych aspektach konkurencyjności gospodarki polskiej (=Kancelaria Sejmu, Biuro Expertiz 628, Warszawa 1998).
World Bank, From Plan to Market - World Development Report 1996 (New York 1996).

Wirtschaft & Umwelt

Die Zeitschrift
für Umweltpolitik.
Wir schreiben, was
Menschen & Umwelt
bewegt. In der Politik.
Im Betrieb. Im Leben.
Alle drei Monate neu.
Ein Jahr Wirtschaft &
Umwelt kostet S 100,-.
Für AK-Mitglieder
ist die Zeitschrift
kostenlos. Rufen Sie
an. Bestellen Sie
Ihr Gratis-Probeheft.



AK

01/501 65-2424

AMS report 9

Lorenz Lassnigg, Peter Prenner, Peter Steiner

Die Zukunft der österreichischen Qualifikations- und Berufslandschaft

144 Seiten, 200,- öS

ISBN 3-85170-019-8



Schwerpunkte der Studie sind:

- Beschäftigungsanalysen nach Sektoren
- Detailanalysen nach Berufspositionen 1981–1991
- Entwicklung der Beschäftigung nach Berufsgruppen und Bildungsebenen 1995–2000
- Gegenüberstellung von Ausbildungs- und Beschäftigungsentwicklung

Bestellungen richten Sie bitte an den Wissenschaftsverlag,
Neustiftgasse 17/6, 1070 Wien, Tel. 01/522 87 84, Fax: 01/522 87 849

Alle Titel der AMS-Reihen **report** und **studien** sind auch im gut sortierten Fachhandel erhältlich, u. a. bei: Buchhandlung Kolisch, Buchhandlung Winter, Zentralbuchhandlung.

BÜCHER

Institutionen und Ideologien

Rezension von: Wolfgang Kasper,
Manfred E. Streit, Institutional
Economics. Social Order and Public
Policy, Edward Elgar, Cheltenham 1998,
544 Seiten, £ 65,-.

Die breitere Diskussion sowie Akzeptanz der Neuen Institutionenökonomie führen zwangsläufig dazu, daß auch immer häufiger Lehrbücher zu diesem Thema verfaßt werden. Nach dem 1997 in Englisch und 1998 in Deutsch erschienenen von Furubotn und Richter¹ legen nun zwei deutsche Professoren, die jedoch auch in der angelsächsischen Ökonomie verankert sind, ein solches vor. Konzentrierten sich erstere noch mehr auf die einzelnen Anwendungsgebiete in der Weise, als sie versuchten, die verschiedenen Vorläufer der NIE zusammenzuführen, legen letztere ihre Arbeit breiter an und leiten im ersten Teil systematisch in den Gegenstand ein.

Nach zwei Kapiteln, welche die Begriffe klären, wenden sich die Autoren daher den Annahmen über das menschliche Verhalten zu. Sie stellen in diesem Zusammenhang insofern jene der Neoklassik auf den Kopf, als sie mit Hayek feststellen, das zentrale Problem sei das Unwissen der Individuen. Der gesamte ökonomische Entwicklungsprozeß mit seiner Arbeitsteilung könne nur dahin verstanden werden, daß eine Unmenge von bruchstückhaftem oder spezialisiertem Wissen durch Koordination der Wirtschaftssubjekte fruchtbar gemacht werde.

Hiebei unterscheiden die Autoren zwischen explizitem und implizitem Wissen. Ersteres entspricht unserem gängigen Begriff, letzteres wird automatisch im Sozialisierungsprozeß oder durch *learning by doing* erworben und quasi reflexhaft angewandt. Gerade dieses unterscheidet sich beträchtlich nach den jeweiligen Kulturen. Diese bestimmen in hohem Ausmaß, was als Realität wahrgenommen wird.

Damit ist evident, daß die Individuen selten zweckrational im neoklassischen Sinne handeln, sondern eingeschränkt rational, indem sie nicht ihren Nutzen maximieren, sondern erfahrungsgemäß erreichbare Ziele anstreben. Sie tun das natürlich durchaus im Eigeninteresse, welche Einstellung ein wichtiges soziales Koordinationsinstrument repräsentiert – freilich keineswegs das einzige. In der kleinen Gemeinschaft (Familie) dominiert der Altruismus und in großen Gemeinschaften war es immer wieder Zwang, der die Handlungen der Individuen koordinierte – oder zu koordinieren versuchte.

Die Autoren meinen, daß die Menschen in Verfolgung ihrer Interessen, bei aller Unterschiedlichkeit, einige fundamentale gemeinsame – sozusagen natürliche –, Ziele anstreben, wie Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Sicherheit, Frieden, Wohlstand und letztlich auch eine vernünftige, am Menschen orientierte Umweltbewahrung.

Freilich könne die soziale Koordination durch – der falsche Ausdruck sei angewandt – opportunistisches Verhalten behindert werden. Diese Gefahr sollen Institutionen bannen, also Regeln, deren Mißachtung durch Sanktionen geahndet wird. Die Autoren unterscheiden interne und externe Institutionen, je nachdem, ob sie spontan entstanden sind oder ge-

setzt wurden, sowie informelle und formale nach dem Charakter der Sanktionen. Es bleibt abzuwarten, ob sich diese Klassifikation gegenüber der gängigen, die formell und informell nach der Entstehung unterscheidet, durchsetzt.

Im allgemeinen lassen sich nach Auffassung der Autoren vier Arten interner Institutionen unterscheiden: Konventionen, internalisierte Regeln, Sitten und Manieren sowie formale internalisierte Regeln, wie etwa Berufskodizes. Interne Institutionen kennen sehr unterschiedliche, jedoch meist wirksame Sanktionen. Die Autoren betonen, wieder zusammen mit Hayek, daß diese Institutionen keinem Konzept entspringen, sondern spontan entstehen. Das sichert ihnen ein hohes Maß an Flexibilität. Wenn sie von großen Teilen einer Gruppe nicht mehr akzeptiert werden, geht ihre Wirkung verloren.

Da aber die Effizienz interner Institutionen, vor allem mit Anwachsen der Zahl von Gruppenangehörigen, beschränkt ist, gingen die Gesellschaften mehr und mehr dazu über, externe Institutionen zu schaffen. Diese werden von den jeweils Regierenden gesetzt und formal sanktioniert. Prozessuale oder Metainstitutionen regeln die administrativen Erfordernisse. Die Vorteile der externen gegenüber den internen Institutionen liegen vor allem in der größeren Publizität und Widerspruchsfreiheit sowie in den wirksameren Sanktionen.

Die wesentlichen Funktionen von Institutionen bestehen darin, die gesellschaftlichen Interaktionen zu vereinfachen. Sie reduzieren die Komplexität der Welt. Die Reaktionen der Mitmenschen werden kalkulierbar, glaubwürdige Verpflichtungen werden dadurch möglich. Andererseits schützen sie auch die Privatsphäre vor willkürlichen Eingriffen und regeln die – unvermeidlichen – interpersonellen Konflikte.

Im nächsten Schritt gehen die Autoren von den einzelnen Institutionen zum Institutionensystem, zu den gesellschaft-

lichen Koordinationsmechanismen über. Sie unterscheiden, abermals mit Hayek, zwei Systeme: das hierarchische und das spontane. Letzteres koordiniert das fragmentarische oder spezialisierte Wissen der Individuen über deren Eigeninteresse zu einem effizienten Ergebnis. Ersteres geht davon aus, durch umfassendes, zentrales Wissen, durch Anordnungen zu diesem Ziel zu gelangen. Diese Systeme existieren nebeneinander, etwa in der Weise, daß die Marktwirtschaft dem spontanen zuzurechnen ist, in ihr aber grundsätzlich hierarchisch organisierte Betriebe ebenso arbeiten wie eine ähnlich strukturierte öffentliche Verwaltung. Auf gesellschaftlicher Ebene überwiegen historisch gesehen die hierarchisch organisierten Systeme, die sich zumeist als schwerfällig und ineffizient erweisen.

Alles in allem ist dies eine ausgezeichnete Einführung in die Theorie der NIE, die durchaus nicht nur für Studenten geeignet ist, sondern jedem interessierten Ökonomen empfohlen werden kann.

Im zweiten Teil des Buches wird der institutionenökonomische Ansatz auf relevante ökonomische Probleme angewandt. Auch dieser enthält wichtige und bedenkenswerte Überlegungen, etwa wenn die institutionellen Voraussetzungen des Kapitalismus, das Konkurrenzsystem oder die wirtschaftlichen Organisationen diskutiert werden. Dennoch bereitet dieser Abschnitt Schwierigkeiten.

Die Autoren meinen, daß die fundamentalen Werte, welche alle Menschen anstreben, nur durch das Koordinationsystem des Marktes sichergestellt werden. Darin wird man ihnen nach allen historischen Erfahrungen folgen können. Sie lassen es jedoch nicht nur bei dieser grundlegenden Feststellung bewenden, sondern sie folgen Hayek auch in der Hinsicht, als sie jegliche Intervention in den Markt abperhorreszieren. Das schließt auch die gesamte Sozialpolitik ein. Sie sind der Auffassung, daß die

seit Mitte der siebziger Jahre aufgetretene europäische Wachstumsverlangsamung durch den Wohlfahrtsstaat verursacht wurde. Aber nicht nur das; sie zitieren zwar nicht Hayeks "Weg zur Knechtschaft", schließlich handelt es sich dabei um die größte Fehlprognose des Jahrhunderts, aber implizit folgen sie durchaus seiner Überzeugung, daß der Wohlfahrtsstaat langfristig auch die Demokratie gefährde.

Nun kann man ihnen wieder auch darin folgen, daß die populistische Politik, welche eine permanente Ausweitung der Ansprüche an das Staatsbudget verursachte, zu all den Schwierigkeiten führte, mit welchen die europäischen Regierungen heute zu kämpfen haben. Das ist eines, aber ein anderes ist es, den gesamten Wohlfahrtsstaat als kardinale Einschränkung des marktwirtschaftlichen Koordinationsystems darzustellen.

Das ist zunächst einmal empirisch nicht zu halten, denn der Aufbau der Sozialversicherungssysteme in den fünfziger und sechziger Jahren vollzog sich in einer historisch einzigartigen Wachstumsphase.

Es ist nicht einzusehen, warum die Beschränkungen des Strafrechts zum Schutze der persönlichen Sicherheit der Individuen so ersprießlich sein sollen und der gesellschaftlichen Stabilität dienen, nicht aber die Systeme der Gesundheitsversorgung und Alterssicherung – umso weniger als diese Organisationen ja nicht willkürlich in die Dispositionen der Wirtschaftssubjekte eingreifen. Das Argument, dadurch werde die Selbstverantwortungsfähigkeit der Individuen eingeschränkt, ist eher der Ideologie als der Ökonomie zuzuordnen.

Es verhält sich ja eher umgekehrt. Die Autoren kennen nicht die institutionenökonomische Analyse der korporatistischen Staaten² und wollen sie wahrscheinlich gar nicht kennen! Daraus wäre nämlich zu ersehen, daß die Institutionen und Organisationen der Sozialpartnerschaft eine Atmosphäre gegen-

seitigen Vertrauens – "*high trust relations*" – schaffen, in welcher die Gewerkschaften eine zurückhaltende und stetige Lohnpolitik betreiben und soziale Auseinandersetzungen minimiert werden – die Schweiz und Österreich weisen die geringste Streikhäufigkeit aller OECD-Staaten auf. Dadurch wird eine hohe Investitionsquote initiiert. Und das System der sozialen Sicherheit stellt gleichfalls ein Element dieser "*high trust relations*" dar, welches nicht nur Unsicherheit reduziert, sondern in der Vergangenheit auch für den "politischen Austausch"³ von Bedeutung war.

Die puristische Position der Autoren läßt sich auch schwer mit ihrer Feststellung in Einklang bringen, daß das zentrale Problem der Nationalökonomie das Unwissen der Wirtschaftssubjekte darstelle. Denn wenn man auch sicherlich dem Ansatz der österreichischen Schule folgen kann, daß der Markt das partielle Wissen der Akteure in Richtung einer Gesamtoptimierung führt, so kann das doch angesichts der kognitiven Beschränkungen nicht heißen, daß der Markt immer und überall optimale Ergebnisse herbeiführt und der Staat immer und überall falsch agiert.

"Markets are not self-regulating, self-stabilizing, and self-legitimizing. That is why every functioning society has regulatory bodies that set the rules of competition, monetary and fiscal institutions that perform stabilizing functions, and social insurance schemes, transfer policies, and other social arrangements that bring market outcomes into conformity with a society's preferences regarding the distribution of risks and rewards.

A second lesson of history is that there is no single blueprint for embedding a market economy in society ... There are as many working models of successful capitalism as there are advanced industrial countries."⁴

Und so wandelt sich die zweite Hälfte des Buches allmählich von einer Einführung in die Institutionenökonomie in eine

Streitschrift der Mont Pelerin Society. Natürlich kommen die Autoren im Kapitel über die Transformation der ehemals sozialistischen Volkswirtschaften zu dem Ergebnis, daß nur die Methode des "big bang" dafür angemessen gewesen sei. Das ist zwar mit jeglicher Überlegung zum Wandel informeller Institutionen nicht zu vereinbaren – und sie wissen es auch, wenn sie schreiben: "It will take time and constant practice to acquire the internal institutions and the commercial ethics which ensure that individualist economic systems function effectively ..." (S.441), aber sie meinen, bei graduellem Vorgehen hätte die Gefahr der Etablierung eines "Dritten Weg"-Modells bestanden. Die Erfahrungen mit der Transformation in Westeuropa nach 1945 berühren sie in diesem Zusammenhang überhaupt nicht.⁵

Und so kann es nicht verwundern, daß das letzte Kapitel des Buches den Titel "Reforming the Mixed Economies" trägt. Natürlich ist auch darin manch Zutreffendes enthalten, aber die Argumentation der Autoren entfernt sich gegen Ende des Buches immer weiter von der Realität. Und das ist besonders bedrückend, weil ja die NIE mit dem Anspruch

angetreten ist, weit stärker der Wirklichkeit verhaftet zu sein, als die Neoklassik.

Mit Bedauern muß man zur Kenntnis nehmen, daß hier ein großer Wurf versäumt wurde; was nichts daran ändert, daß jedem Interessierten der erste Teil des Buches vorbehaltlos anzufempfehlen ist.

Felix Butschek

Anmerkungen

¹ Neue Institutionenökonomik (Tübingen 1996).

² Siehe etwa: Henley, A.; Tsakalotos, E., Corporatism and Economic Performance (Aldershot-Brookfield 1993)

³ Pizzorno, A., Political Exchange and Collective Identity in Industrial Conflict, in: Crouch, C.; Pizzorno, A. (Hrsg.), The Resurgence of Class Conflict in Western Europe since 1968 (London 1978).

⁴ Rodrik, D.; Veltri, J.R., Does Global Competition Require Small Government?, in: Wirtschaftspolitische Blätter 3 (1999).

⁵ Dazu siehe Butschek, F.; Baltzarek, F., Austria's Transformation to Market Economy, in: Berend, I. T., Transition to a Market Economy at the End of the 20th Century (München 1994).

Im Zeitalter der Globalisierung?

Rezension von: Marianne Beisheim u. a.,
 Im Zeitalter der Globalisierung? Thesen
 und Daten zur gesellschaftlichen und
 politischen Denationalisierung. Nomos
 Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1999,
 572 Seiten, öS 920,-.

Es gibt kaum eine grundlegende politische Institution der Moderne, von der nicht behauptet würde, daß Globalisierung sie herausfordert, transformiert und untergräbt. Und doch bleibt dieser Begriff, der nicht nur in der Sprache von WissenschaftlerInnen aller sozialwissenschaftlichen Disziplinen, sondern auch in der Rhetorik von PolitikerInnen, PublizistInnen und JournalistInnen Eingang gefunden hat, meist seltsam diffus. Der Ausdruck, der ursprünglich Mitte der achtziger Jahre in den Zentralen von multinationalen Unternehmen geprägt wurde und der gut zehn Jahre später schließlich in die "Top Ten" der "Worte des Jahres" der Gesellschaft für deutsche Sprache aufgenommen wurde, ist inhaltlich alles andere als klar. Was ist Globalisierung eigentlich genau? Wer oder was ist davon in welchem Maße betroffen? Diese Fragen sind überraschenderweise weitgehend unbeantwortet. Angesichts der Reichweite der Konsequenzen, die einem in den siebziger Jahren eingetretenen Schub in der Globalisierung zugeschrieben werden, kann es eigentlich nur verwundern, daß in der Diskussion hinsichtlich des empirischen Gehalts des Prozesses häufig mit anekdotischen Illustrationen, selten mit einigen wenigen ökonometrischen Kennziffern und fast nie auf Basis systematischer empirischer Erhebungen argumentiert wird.

Wenig verwunderlich, daß dies KritikerInnen auf den Plan gerufen hat, die das aufgeregte Gerede von einem Globalisie-

rungsschub für eine sozialwissenschaftliche Modeerscheinung halten, deren materieller Gehalt das Niveau von Wahlkampfveranstaltungen nicht überschreitet. Globalisierung – so das Argument – sei historisch keinesfalls einmalig; das gegenwärtige Ausmaß der grenzüberschreitenden ökonomischen Vernetzung gehe nicht über das von 1914 hinaus. Ist Globalisierung also nur eine "alte Bekannte" oder am Ende ein Phantom – erfunden oder konstruiert, um der Durchsetzung ganz spezifischer Interessen zu dienen? Auch die Antwort auf diese Frage scheint alles andere als klar. Trotz (oder vielleicht auch gerade wegen) des eindrucksvollen Publikationsvolumens zum Thema Globalisierung: Eine genuin empirische Debatte über den Prozeß steht weitgehend aus.

Das Forschungsprojekt, dessen Ergebnisse in diesem Band vorgestellt werden, widmet sich diesen Fragen nach dem empirischen Gehalt und der Gestalt der Globalisierung sowie deren Folgen. Das vorliegende Buch versucht in diesem Zusammenhang anhand quantitativer Indikatoren empirisch zu zeigen, daß 1.) das Bild von Globalisierung als lawnenartigem Schub, der in den siebziger Jahren einsetzt, bei weitem zu undifferenziert ist. Globalisierung ist vielmehr ein vielfach gebrochener Prozeß, der je nach Land und Sachbereich variiert; 2.) Globalisierung spätestens seit den neunziger Jahren in ihrer Breite und in ihrer Intensität tatsächlich eine neue Qualität angenommen hat und weit über das hinausreicht, was zu Beginn dieses Jahrhunderts zu beobachten war, und 3.) parallel zur Globalisierung ein gleichfalls differenzierter Prozeß der politischen Integration und der politischen Fragmentierung einsetzt und sich insofern auf der Makroebene eine entsprechende Korrelation aufzeigen läßt.

Aus empirischer Perspektive wird schnell deutlich, daß "Globalisierung" kaum als ein glücklicher Begriff bezeichnet werden kann. Ob beim internationa-

len Handel oder bei Direktinvestitionen, bei Kommunikationsströmen oder beim internationalen Reiseverkehr: Immer zeigt sich, daß der Großteil der grenzüberschreitenden Interaktionen, die häufig als Anzeichen von "Globalisierung" bezeichnet werden, innerhalb eines Raumes abläuft, der geographisch keinesfalls global ist. Grenzen lösen sich nicht auf, sie verschieben sich nur. Tatsächlich findet die weitaus größte Zahl der Interaktionen schwerpunktmäßig innerhalb eines Raumes statt, der durch die Länder der OECD begrenzt wird. Ob die Ausweitung der Interaktionsräume nur vorläufig oder systematisch ihre Grenzen an den Rändern der westlichen Welt findet oder tatsächlich nach erdumspannender "Globalität" strebt, sollte als eine offene Frage gelten und nicht schon mit der Wahl des Begriffes vorentschieden werden. Die gegenwärtige Entwicklung, so die Autoren, wird deshalb durch den Begriff der "Denationalisierung" besser erfaßt. Hier wird ausgehend vom Nationalstaat – verstanden als politisch konstituiertem Raum von verdichteten Handlungszusammenhängen – der Akzent auf die Aufweichung nationalstaatlicher Grenzen gelegt, ganz unabhängig davon, ob die neuen verdichteten Handlungsräume tatsächlich geographische Globalität erlangen und ob sich territoriale Grenzen gänzlich auflösen.

Neben der Ausweitung grenzüberschreitender Interaktionen wird häufig auch die gestiegene Bedeutung internationaler Organisationen und Regime als "Globalisierung" begriffen. Damit wird die Bedeutung des Begriffes jedoch so sehr ausgeweitet, daß eine klare Trennung zwischen "Globalisierung" und ihren möglichen politischen Folgen kaum mehr möglich ist. Es scheint deshalb sinnvoll, eine Unterscheidung zwischen gesellschaftlichen Handlungsräumen und den sie regelnden institutionellen Arrangements einzuführen, zumal die Veränderung von gesellschaftlichen Handlungsräumen zwar möglicherweise, aber nicht

notwendigerweise Veränderung in der Reichweite von politischen Regelungen zur Folge hat. Nach dieser Vorstellung existiert neben einer Ebene zu regelnder Interaktionen als systematisches Gegenstück eine Ebene von Regelungen, die sich auf diese Interaktionen beziehen. Insofern die zu regelnden Interaktionsräume die Grenzen des Nationalstaates überschreiten, handelt es sich um gesellschaftliche Denationalisierung; wenn sich die Reichweite der politischen Regelungen von der nationalstaatlichen Ebene wegentwickelt, liegt politische Denationalisierung vor. Der Handel mit Fertigwaren ist dementsprechend beispielsweise der gesellschaftlichen Denationalisierung zuzuordnen, Gründung oder Ausbau der Welthandelsorganisation jedoch der politischen Denationalisierung.

Bei der eingeführten Differenzierung geht es den Autoren nicht um die Reproduktion der Unterscheidung zwischen Staat und Gesellschaft. Gesellschaftliche Denationalisierung soll sich vielmehr auf alle Interaktionsphänomene beziehen, die potentiell der Regelung bedürfen, während politische Denationalisierung eben diese Regelungen oder Regelungsversuche kennzeichnet. Häufig werden zwar staatliche Akteure die regelnden Instanzen darstellen oder formen, es ist jedoch auch denkbar, daß die Interaktionen staatlicher Akteure etwa im Rüstungsbereich selbst der Regelung bedürfen. Da die Nation und der Nationalstaat äußerst wichtige Gemeinschaftsorientierungen in der Moderne bereitgestellt haben, so kann die Individualisierung, so die Autoren, als Erklärung für postnationale kollektive Identitäten unter- und oberhalb der Nation dienen. Es ist jedoch anzunehmen, daß Individualisierungsprozesse selbst in einem kausalen Beziehungsverhältnis zu gesellschaftlicher und politischer Denationalisierung stehen und somit diese Entwicklung verstärken können.

Vor dem Hintergrund dieser konzeptioneller Überlegungen geht die vorliegende

Untersuchung von folgender These aus: Politische Denationalisierung in der spezifischen Form der Gleichzeitigkeit von Integration und Fragmentierung (abhängige Variable) ist das Ergebnis von gesellschaftlicher Denationalisierung und Individualisierung (unabhängige Variablen). Konkret bilden die folgenden vier Aussagen die Hypothesen, die empirisch überprüft worden sind: 1.) Seit Mitte der siebziger Jahre ist der Prozeß der gesellschaftlichen Denationalisierung schubartig beschleunigt worden. 2.) Gesellschaftliche Denationalisierung hat eine neue Qualität angenommen und reicht heute weit über das hinaus, was zu Beginn dieses Jahrhunderts zu beobachten war. 3.) Nach dem Auftreten der gesellschaftlichen Denationalisierungs- und Individualisierungstendenzen kommt es zeitversetzt zu einem Schub politischer Denationalisierung, und 4.) politische Denationalisierung ist sowohl in Form von Fragmentierungs- als auch in Form von Integrationstendenzen zu beobachten.

Das zentrale Ergebnis der Datenerhebung ist, daß gesellschaftliche Denationalisierung ein Prozeß ist, der in der gesamten Breite der untersuchten Sachbereiche (Kommunikation und Kultur, Mobilität, Sicherheit, Umwelt und Wirtschaft) in den betrachteten Länder stattfindet. Im Sinne der Ausweitung von grenzüberschreitenden Interaktionen lassen sich Denationalisierungsprozesse teilweise schon in den fünfziger Jahren beobachten. Eine erste Beschleunigung der Entwicklung zeigt sich in den sechziger Jahren. Seit den siebziger Jahren tritt diese Beschleunigung in allen Sachbereichen auf. Genau in den achtziger Jahren setzt jedoch ein starkes Wachstum neuartiger Denationalisierungsphänomene ein, die dadurch gekennzeichnet sind, daß weniger ein Austausch als vielmehr eine grenzüberschreitende Produktion etwa von "goods" stattfindet. Jenseits dieser abstrakten Entwicklungslinien handelt es sich bei der gesellschaftli-

chen Denationalisierung um einen vielfach gebrochenen, uneinheitlichen und je nach Problem und Land differenziert zu betrachtenden Prozeß.

Obwohl die Phänomene der gesellschaftlichen Denationalisierung nicht nur im ökonomischen Bereich auftreten, lassen sich auch auf diesem Gebiet entsprechende Prozesse eindeutig identifizieren. Im Bereich des Güterhandels beispielsweise zeigt sich ein deutliches Wachstum der Außenhandelsquoten, das bis zur Mitte der siebziger Jahre für alle betrachteten Länder anhält. Danach finden sich weitere Steigerungen in Kanada, Deutschland, Frankreich und den USA, während Japan, Italien und Großbritannien eine eher ungleichmäßige bis rückläufige Entwicklung aufweisen. Da in der vorliegenden Untersuchung zum Teil sehr lange Zeitreihen existieren, zeigt sich auch, daß die Exportquoten schon Mitte der siebziger Jahre das Niveau der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg deutlich überschreiten. Unterhalb des Aggregationsniveaus des gesamten Güterhandels ist darüber hinaus sichtbar, daß sich der Anteil der importierten Vorleistungen an allen Vorleistungen in der Mehrzahl der betrachteten Ländern erheblich erhöht. Dies verweist auf die Existenz transnationaler Produktionsketten, bei denen ein Gut nicht mehr in einem Land hergestellt und dann eventuell international gehandelt wird, sondern schon den Herstellungsprozeß in verschiedenen Staaten im Sinne der grenzüberschreitenden Produktion durchläuft.

Auch die grenzüberschreitenden Kapitalbewegungen nehmen erheblich an Bedeutung zu. Die ausländischen Forderungen der Banken beispielsweise steigen auch relativ zur Bedeutung inländischer Forderungen in der Mehrzahl der betrachteten Staaten an, was sich auch im Auslandsanteil der Staatsverschuldung widerspiegelt. Dramatischer ist die Entwicklung bei den Direktinvestitionen. Während hier die absoluten Investitionsflüsse nahezu exponentiell verlaufen, ver-

ändert sich das Verhältnis von Direktinvestitionen zu heimischen Anlageinvestitionen v.a. in den achtziger Jahren stark zugunsten der ausländischen Engagements. Im Durchschnitt verdoppelt sich das Verhältnis nahezu, wobei die Entwicklung insbesondere in Großbritannien auf höherem Niveau und mit höheren Steigerungsraten verläuft. Diese Direktinvestitionen erfassen nicht nur einen erheblichen Teil der Kapitalströme, sondern gleichzeitig auch die Zunahme der Bedeutung multinationaler Unternehmen, die sich in den achtziger Jahren auf dem Wege strategischer Allianzen auch untereinander zunehmend verquickten. Als Phänomen des Typs "grenzüberschreitende Produktion", so die Autoren, sind jedoch auch die internationalen Finanzmärkte aufzufassen, die sich territorial kaum mehr eindeutig zuordnen lassen und auf denen Akteure aus verschiedensten Ländern Geschäfte in diversen Währungen abwickeln. Beim Volumen dieser Märkte zeichnet sich schon seit den siebziger Jahren eine exponentielle Entwicklung ab, die sich jedoch in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre noch einmal beschleunigt. Insgesamt kommt die Untersuchung zum Schluß, daß der Wirtschaftsbereich eine vergleichsweise langsame, aber kontinuierliche Denationalisierungsentwicklung beim Handel erfährt, die spätestens seit Mitte der achtziger Jahre durch einen Schub in den Bereichen Direktinvestitionen, strategische Allianzen und globale Finanzmärkte begleitet wird.

Politische Denationalisierung, d.h. der Abbau der Dominanz nationalstaatlicher politischer Institutionen, scheint für die betrachteten Länder ein relativer junger Prozeß zu sein. Bezüglich der territorialen Reichweite politischer Institutionen stellt sich die Entwicklung folgendermaßen dar: Nach dem Zweiten Weltkrieg ist sowohl die Zahl der internationalen Organisationen als auch die Anzahl neu abgeschlossener internationaler Verträge kontinuierlich und parallel angewachsen.

Ab Ende der sechziger bzw. Anfang der siebziger Jahre löst sich die Parallelität der Entwicklungen von internationalen Organisationen und internationalen Regelungen auf. Während die Anzahl der internationalen Organisationen stagniert und teilweise sogar leicht abnimmt, nehmen die Regelungen konkreter Problemfelder deutlich und nachhaltig insbesondere zu Anfang der siebziger Jahre sowie ab Ende der achtziger Jahre zu. Die Betrachtung der Regelungen im Rahmen der EG bestätigt diese Entwicklung nachdrücklich. Im Rahmen eines relativ stabilen internationalen organisatorischen Umfeldes zeigt sich also ab Anfang der siebziger Jahre eine beschleunigte Ausweitung politischer Regelungen mit Reichweiten jenseits des Nationalstaats. Bei der personalen Reichweite politischer Institutionen des demokratischen National- und Wohlfahrtsstaates läßt sich hingegen eine Einschränkung feststellen, d.h. auch hier findet politische Denationalisierung statt, allerdings in einem fragmentativen Sinne. Seit mindestens fünfzehn Jahren scheint sich die Integrationskraft des demokratischen Wohlfahrtsstaates in den betrachteten Ländern erschöpft zu haben und in der Tendenz sogar abzunehmen. Dies zeigt sich in der Mehrheit der Länder in der Einschränkung der Teilhabe- und Zugangsrechte für einen wachsenden Personenkreis. So fallen in den achtziger Jahren immer mehr Menschen unter die Armutsgrenze, was als Ausdruck einer Rücknahme der sozialen Bürgerrechte in der Marshall'schen Konzeption gesehen werden kann. In diesem ist auch bemerkenswert, daß die Arbeitsverhältnisse von immer weniger Menschen durch kollektivvertragliche Vereinbarungen abgesichert sind und immer weniger Arbeitnehmer sich in sogenannten Normalarbeitsverhältnissen befinden. Auch die fremdenfeindlichen Tendenzen in der Gesellschaft nehmen in den achtziger Jahren an Bedeutung zu und können als Ausdruck der personalen Fragmentierung im

Sinne der Verweigerung von Grundrechten gedeutet werden. Jedoch ist der Trend zur personalen Fragmentierung keineswegs einheitlich. Besonders ausgeprägt scheint er in den USA und in Großbritannien zu sein, während diesem Prozeß in Kanada und Deutschland zumindest bis Ende der achtziger Jahre teilweise widerstanden werden konnte.

Bei der Überprüfung der vier aufgestellten Hypothesen kommen die Autoren zu folgenden Ergebnissen: Die Hypothese von einem "schubartigen Anstieg der gesellschaftlichen Denationalisierung" bedarf einer Modifikation. Vielfach handelt es sich hierbei um einen gebrochenen und je nach Problem und Land differenziert zu betrachtenden Prozeß. Insbesondere im Sicherheitsbereich lassen sich signifikante Denationalisierungsprozesse schon in den fünfziger und insbesondere sechziger Jahren beobachten. In den siebziger Jahren tritt eine Beschleunigung des Prozesses – entsprechend der Hypothese – in der vollen Breite der Sachbereiche auf. Die zweite Hypothese "Gesellschaftliche Denationalisierung hat eine neue Qualität angenommen" ist heute in der Tat in allen untersuchten Sachbereichen in den sechs Ländern erkennbar. Völlig neu sind die aufgezeigten Entwicklungen im Bereich der grenzüberschreitenden Produktion von Denationalisierungssphänomenen, die ab Mitte der achtziger Jahre schubartig einsetzen. Gerade für diese Herausforderungen – Internet, anthropogener Klimawandel, globale Finanzmärkte etc. – ist das Konzept des qualitativ Neuen angemessen. Die Herausforderung der gesellschaftlichen Denationalisierung am Ende des 20. Jahrhunderts ist damit von noch nie dagewesener Quantität und

neuer Qualität. Die Hypothese "Nach dem Auftreten von gesellschaftlichen Denationalisierungs- und Individualisierungstendenzen kommt es zeitversetzt zu einem Schub politischer Denationalisierung" kann im wesentlichen als bestätigt gelten. Die vierte Hypothese "Politische Denationalisierung äußert sich sowohl in Form von Fragmentierungs- als auch in Form von Integrationstendenzen" muß aufgrund des Datenmaterials deutlich präzisiert werden. Statt einer allgemeinen Gleichzeitigkeit von Integrations- und Fragmentierungstendenzen muß vielmehr von einer Entwicklung territorialer Integration und personaler Fragmentierung gesprochen werden. Erstere setzt allerdings bereits Mitte der siebziger Jahre ein, während letztere v.a. in den achtziger Jahren auftritt.

Die vorliegende Untersuchung bietet zum einen ein empirisch fundiertes Bild über das wirkliche Ausmaß der Denationalisierung, das es meines Wissens in dieser Form bisher nicht gab, und sie unterstreicht, daß auf Makroebene bemerkenswerte Korrelationen zwischen den betrachteten Phänomenen existieren. Sie können jedoch Kausalanalysen, sei es in Form von qualitativen Studien oder in Form von anspruchsvollen statistischen Analysen, nicht ersetzen. Die vorliegenden Ergebnisse sollen vielmehr derartige Studien anregen und durchführen helfen. Insofern sind die hier vorliegenden Daten nicht nur die empirische Untermauerung der oben eingeführten Argumentation, sondern sie bieten auch eine infrastrukturelle Grundlage für weitergehende Analysen und Forschungen.

Josef Schmee

Offene Gesellschaft in Gefahr

Rezension von: George Soros, Die Krise des globalen Kapitalismus. Offene Gesellschaft in Gefahr, Alexander Fest Verlag, Berlin 1998, 300 Seiten, öS 291,-.

Das jüngste Buch von George Soros gibt einen eindrucksvollen Einblick in die Ideenwelt und Handlungsmaxime dieses Spekulanten¹ und – man glaubt es kaum – Philantropen². Wie sich diese unterschiedlichen Identitäten, amoralischer Geschäftsmann einerseits und Menschenfreund andererseits, in einer Person vereinen lassen, macht eben den besonderen Reiz der Lektüre aus.

Geprägt haben Soros, Sohn eines jüdischen ungarischen Rechtsanwalts, sicherlich seine Erfahrungen mit zwei totalitären Regimen: den Nazis und den Kommunisten. 16jährig flieht er nach London.

Auf seinem weiteren Lebensweg wird er stark von dem Konzept der offenen Gesellschaft des Wissenschaftsphilosophen Karl Popper³ beeinflusst: Zum Unterschied von geschlossenen Gesellschaften beansprucht in offenen Gesellschaften niemand den Zugang zur absoluten Wahrheit.

„Fruchtbare Irrtümer“, wie er sie nennt, machen auch ein wesentliches Element der Soros'schen Spekulationsprinzipien aus. So tätigte er seine Investitionen ausschließlich in Unternehmen und Branchen, die Mängel aufwiesen, denn nur dies ermöglichen ihm, jene Zeichen zu erkennen, auf die hin er seine Investitionen wieder abstoßen muß. Seine Investitionsmaxime lautete daher:

– Engagements müssen sich von der herrschenden Meinung unterscheiden, denn je größer der Unterschied, umso größer der potentielle Profit. Gibt es hingegen keine Abweichungen, so wird ein Engagement sinnlos.

– Die den Engagements zugrunde liegenden Hypothesen sollten fehlerhaft sein, allerdings die Chance auf allgemeine Akzeptanz haben. Das Wissen um den zugrunde liegenden Fehler ermöglicht eben – siehe oben – einen rechtzeitigen Verkauf.

Ein anderer Schlüsselbegriff ist „Reflexivität“. Damit ist gemeint, daß Angebot und Nachfrage nicht unabhängig voneinander gegeben sind. Genau das Gegenteil behauptet aber die traditionelle ökonomische Theorie. Nur bei Unabhängigkeit können nämlich die Schnittpunkte der Angebots- und Nachfragekurven genau den Punkt des Gleichgewichts fixieren, auf dem sich die Marktpreise bilden. Ohne diese Unabhängigkeit wären die Preise nicht eindeutig festgelegt.

Nur: Gerade die Prozesse auf den Finanzmärkten folgen anderen Regeln, eben jenen der Reflexivität. Die Erwartungen müssen die Zukunft beeinflussen, auf die sie sich beziehen. Soll heißen: Die von den Spekulanten mit enormen Kapitalvolumina ausgelösten Bewegungen auf den internationalen Finanzmärkten haben eben zum Ziel, Trends – und damit Erwartungen (!) – zu schaffen, die ihrerseits wieder die Zukunft verändern.

Die traditionelle Interpretation der Finanzmärkte meint demgegenüber, daß sich in den Fundamentaldaten (Gewinne, Dividende, Anlagewerte usw.) die Marktpreise spiegeln. Und Aufgabe von Analysten ist es, möglichst treffsichere Schätzungen zukünftiger Fundamentaldaten abzugeben. Allerdings besteht die Zukunft, welche die Marktteilnehmer vorhersehen wollen, in erster Linie aus Aktienkursen, nicht aus Fundamentaldaten. Und die wiederum sind nicht unwesentlich von Vorurteilen und Trends mitbestimmt.

Soros vergleicht diese Komponente der Preisbildung mit dem Herdenverhalten: „So wie bestimmte Tiere gute Gründe haben, Herden zu bilden, gilt das auch für Investoren. Nur an Wendepunkten kommen Trendfolger zu Schaden;

und sind sie intelligent genug, werden sie wahrscheinlich überleben. Anders gewendet: Investoren, die sich aus Prinzip absondern und ihr Glück strickt an die Fundamentaldaten binden, werden nicht selten von der Herde niedergetrampelt.“

In seinem *Boom/Bust*-Modell bringt Soros seine theoretischen Aussagen in eine achtstufige Verlaufskurve von Aktienkursen und Gewinnen pro Aktie:

- 1.) Am Anfang stehen immer ein herrschendes *Vorurteil* und ein bestimmter *Trend*, der zunächst kaum wahrnehmbar ist.
- 2.) Sobald der Trend erkannt wird, *verstärkt* er das herrschende Vorurteil und umkehrt.
- 3.) Erleiden die Preise einen Rückschlag, setzt eine Phase der *Überprüfung* ein.
- 4.) Können sich dabei Trend und Vorurteil bestätigen, so verstärken sie sich wechselseitig und leiten die eigentliche *Boomphase* ein.
- 5.) Klaffen Realität und übertriebene Erwartungen zu weit auseinander, so kommt der Augenblick der *Wahrheit*.
- 6.) In der darauffolgenden *Zwielichtperiode* werden, allerdings ohne viel Überzeugung, nochmals die Möglichkeiten ausgelotet.
- 7.) Am *Wendepunkt* kehren sich Vorurteil und Trend um.
- 8.) Durch die katastrophale Beschleunigung in die entgegengesetzte Richtung kommt es schließlich zum *Crash*.

Wichtig dabei ist die Unterscheidung von Zuständen annähernden Gleichgewichts und solchen, die weitab vom Gleichgewicht liegen, wobei Soros in der Reflexivität zwischen Vorurteil und Trend die Hauptursache für die Herausbildung eines dynamischen Ungleichgewichts sieht. Und der Stellenwert von Reflexivität als Handlungsmaxime nimmt zu, die Fundamentaldaten verlieren demgegenüber an Gewicht. Hauptursache: Der wachsende Einfluß institutioneller Investoren, deren Leistung eher an relativen

als an absoluten Erfolgen gemessen wird.

In den Worten von Soros: „Das kapitalistische Weltsystem gründet sich auf die Überzeugung, daß Finanzmärkte von sich aus zum Gleichgewicht tendieren – man erwartet, daß sie wie ein Pendel funktionieren: Durch äußere Kräfte – sogenannte exogene Erschütterungen – können sie aus dem Gleichgewicht geraten; dennoch werden sie immer zurück in den Gleichgewichtszustand streben. *Diese Überzeugung ist falsch (Hervorhebung U.S.)*. In Wahrheit neigen Finanzmärkte zu Exzessen, und wenn eine Boom/Bust-Folge einen bestimmten Punkt überschreitet, wird sie niemals zu ihrem Ausgangspunkt zurückkehren. Statt wie ein Pendel haben die Finanzmärkte in letzter Zeit wie eine Abrißbirne funktioniert: Eine Wirtschaft nach der anderen haben sie zusammenbrechen lassen.“

Soros will sein *Boom/Bust*-Modell allerdings nicht auf Finanzmärkte beschränken, sondern er glaubt, damit auch gesellschaftliche Systeme analysieren zu können. Konkret sieht er die offene Gesellschaft, die an die Bedingung des annähernden Gleichgewichts geknüpft ist, immer stärker in ein dynamisches Ungleichgewicht driften. Die Situation verändere sich zu schnell für das Auffassungsvermögen der Menschen – ein Graben zwischen Denken und Realität ist die Folge. Nötig sei ein Anker, der verhindert, daß sich das Denken der Menschen allzuweit von der Realität entfernt. Und dieser Anker könne nur in *kollektiven* Werten bestehen.

Durch die Diskreditierung des Kommunismus und sogar Sozialismus hätte das Pendel in die Gegenrichtung ausgeschlagen. Der bedingungslose Glaube an den *laissez faire*-Kapitalismus, der kollektive Werte für überflüssig hält, fördere ein Vordringen von Marktwerten in Bereiche der Gesellschaft, in denen früher Profitüberlegungen nichts zu suchen hatten: Jeder müsse seine Interessen

wahren, und in einer wölfischen Welt werden Skrupel zur Belastung. Jene, die keine Rücksicht auf andere nehmen, können sich freier bewegen und werden wahrscheinlich als erste durchs Ziel gehen.

Am Ende des ersten Buchabschnitts hält Soros ein flammendes Plädoyer für eine Neuformulierung der „offenen Gesellschaft“. Sie müsse zwar pluralistisch aufgebaut sein, dürfe in dem Pluralismus nicht so weit gehen, daß sie zwischen richtig und falsch nicht mehr unterscheidet. Statt die Werte der Aufklärung über Bord zu werfen, müßten sie neu formuliert werden. Das gehe nur in einem fortlaufenden Prozeß von *trial-and-error*. Wolle man sich jedoch auf eine bloße Zusammenführung einer Vielzahl von Eigeninteressen durch den Marktmechanismus beschränken, so hätte man auch die negativen Konsequenzen zu tragen. Deren gravierendste sei zur Zeit vermutlich die Labilität der Finanzmärkte.

Im zweiten Abschnitt seines Buches befaßt sich Soros mit der Weltfinanzkrise. Auch dabei bildet wieder das *Boom/Bust*-Modell den Analysehintergrund.

Das dafür „benötigte“ *Vorurteil* besteht in dem unumschränkten Glauben an die Selbststeuerungskräfte des Marktes (die „unsichtbare Hand“ bei Adam Smith). Nur der vollkommene Wettbewerb ermögliche ein Gleichgewicht, in dem die Ressourcen am effizientesten eingesetzt werden. Und weiter: „Es wird behauptet, dem Gemeinwohl werde am besten Genüge getan, indem man jedermann gestatte, unbeirrt seine Eigeninteressen zu verfolgen (...) – eine Position, die man im 19. Jahrhundert *laissez faire* nannte.“ Wegbereiter dieses neuen Marktfundamentalismus wären, so Soros, Margaret Thatcher und Ronald Reagan gewesen.

Der für das *Boom/Bust*-Modell weiters „benötigte“ *dominierende Trend* besteht im (internationalen) Wettlauf um Kapital. Lange Zeit pumpeten die Zentren Unmen-

gen von Kapital in die aufstrebenden Märkte an der Peripherie, die ihrerseits wiederum besonders attraktive Profitchancen versprachen. (Zu einem bestimmten Zeitpunkt des Jahres 1994 strömte über die Hälfte des gesamten Kapitalflusses der US-Investmentfonds in Fonds eben jener Märkte.) Aber auch im Zentrum stehen die Staaten – ebenso wie die Firmen – im Wettbewerb um Handel und Kapital. Die Folge ist der hinlänglich bekannte Druck auf den Sozialstaat; denn bei hinderlichen Steuersätzen und Arbeitsbedingungen wird das internationale Kapital mit einer Abwanderung in andere Regionen nicht zögern.

Nicht anders die Investitionskalküle bei Aktiengesellschaften: Gewinnmaximierung und *Shareholdervalue* bestimmen heute mehr denn je die Managementgrundsätze. Genauso wie Fondsmanager Aktien kaufen und verkaufen, müssen Firmenmanager andere Unternehmen kaufen und verkaufen – und immer mit Blick auf die Finanzmärkte. Bereitwillig werden Unternehmensbereiche veräußert, wenn dies den *Shareholdervalue*⁴ erhöht. Genauso die Logik bei Firmenfusionen: In einem integrierten Weltmarkt müssen Manager Firmen übernehmen, oder sie werden übernommen. So bilden sich allmählich weltweit Monopole und Oligopole heraus.

Weltfinanzkrise? Wo sieht Soros heute die größten Gefahrenherde für das kapitalistische Weltsystem? Was wird seiner Meinung nach zum *Bust* führen?

„Meines Erachtens die Spannung zwischen der globalen Dimension der Finanzmärkte und der nationalstaatlich ausgerichteten Politik. Wie bereits gesagt, ist das kapitalistische Weltsystem ein riesiges Kreislaufsystem, welches im Zentrum Kapital aufsaugt, um es dann an die Peripherie zu pumpen. Als Ventile dieses Systems fungieren die souveränen Staaten. Während der Expansion der globalen Finanzmärkte bleiben die Ventile offen; doch wenn der Abfluß sich in einen Zufluß verwandelt, bil-

den sich Hindernisse und bewirken einen Systemzusammenbruch.“

Gegenwärtig würden, so Soros, die Zentren noch von den positiven Auswirkungen der Asienkrise profitieren (geringe Inflation, niedrige Zinsen, hohe Aktienkurse). Schon tauchen allerdings die ersten Wolken am Horizont auf: Die Gewinnmargen geraten unter Druck, die Nachfragedynamik geht zurück. Sollte dies auf die Aktienmärkte durchschlagen, so wären – nicht zuletzt bedingt durch das „Herdenverhalten“ der Fondsmanager – sehr nachhaltige Wirkungen zu erwarten. Auch wegen der Kreditkomponente der Veranlagungen: „Wenn es zu Notverkäufen kommt, um Schulden zurückzuzahlen, drückt der Verkauf der Sicherheiten deren Wert und entfacht so einen Teufelskreis, der zeitlich viel gedrängter verläuft als die Expansionsphase.“

Zumindest in den Vereinigten Staaten ergeben sich aus nachhaltigen Kursverlusten recht ungebremste Rückkopplungen mit der Realwirtschaft. Es gibt kaum noch „traditionelles“ Sparverhalten der Privathaushalte – die Sparquote betrug 1997 0,1%, 38% des privaten Vermögens und 56% der Mittel von Pensionsfonds werden in Aktien angelegt. Damit ist eine hohe Korrelation zwischen Kursrückgängen und Rezession der Wirtschaft vorprogrammiert. Die Folge davon könnte Protektionismus, also eine Abschottung der nationalen Volkswirtschaft in den Zentren sein, wodurch die Ressentiments an der Peripherie genährt würden.⁵

Abgesehen von wechselseitigen Abschottungen zwischen Zentrum und Peripherie nennt Soros noch zwei Hauptfaktoren – auf die hier allerdings nicht näher eingegangen werden soll –, die eine „Selbsterstörung des kapitalistischen Weltsystems“ nahelegen:

1.) Die Auswirkungen jener Wertberichtigungen, die Banken bei Transaktionen vornehmen müssen, die nicht in den Bilanzen aufscheinen (*Swaps*, *Terminge-*

schäfte, *Derivathandel*).

2.) Die Unzulänglichkeiten des IWF, dessen Programme immer weniger zu funktionieren scheinen und der zudem unter einer finanziellen Auszehrung leidet.

Nachdem sich Soros, eher kursorisch, mit möglichen Maßnahmen der Verhinderung des Kollaps auseinandersetzt – die wohl interessantesten sind Instrumente zur Bereitstellung ausreichender Liquidität in der Peripherie und mehr Transparenz durch engere Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken –, befaßt er sich am Ende des Buches wieder mit seiner eigentlichen Mission, nämlich dem Kampf um die offene Gesellschaft. Und dabei werden sowohl die Widersprüchlichkeit als auch die Kohärenz der Persönlichkeit Soros offensichtlich. Denn: Finanzmärkte wären nicht unmoralisch, sondern amoralisch, es ginge ausschließlich um die Einhaltung von Spielregeln. Bei einer ausreichend großen Zahl von Teilnehmern könne kein einzelner das Ergebnis beeinflussen. „England hätte seine Währung trotzdem abgewertet. Wenn ich etwas anderes als meinen Profit im Blick gehabt hätte, wären alleine meine Ergebnisse beeinflußt worden.“ Und zwei Seiten weiter heißt es: „In einer von starker Konkurrenz geprägten Umwelt werden Menschen, die sich mit der Sorge um andere belasten, wahrscheinlich das Nachsehen haben gegenüber denen, die frei von allen moralischen Skrupeln sind. So unterliegen soziale Werte einem Prozeß, den man als negative natürliche Selektion bezeichnen kann. Die Skrupellosen gelangen nach oben. Das ist einer der beunruhigendsten Aspekte des kapitalistischen Weltsystems.“

Philantropisch kohärent wird die Sache allerdings dort, wo es um das Netzwerk der „Open Society Foundation“ geht, das immerhin aus Geldern der Soros'schen Spekulationen gespeist wird. Ziel ist es, die Entwicklung der Zivilgesellschaften nach dem Muster der of-

fenen Gesellschaften zu fördern – eine klare Aufgabenstellung bei einem Engagement in Ländern unter kommunistischer Herrschaft. Nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums muß Soros jedoch zwei schmerzliche Erfahrungen machen:

1.) „Ich sah, daß der Kollaps einer geschlossenen Gesellschaft nicht automatisch zur Herausbildung einer offenen Gesellschaft führen muß; im Gegenteil, er kann zum Schwinden jeglicher Autorität und zu sozialer Desintegration führen. Ein schwacher Staat stellt für die offene Gesellschaft ebenso eine Bedrohung dar wie ein autoritärer Staat. Plötzlich war klar, daß die offene Gesellschaft nicht nur durch totalitäre Ideologien in Gefahr geraten kann, sondern auch durch andere Faktoren.“ (S. 107)

2.) „Im Frühjahr 1989 – also noch vor dem Fall der Mauer – hielt ich eine Rede auf einer Ost-West-Konferenz in Potsdam, in der ich die Idee einer neuen Art von Marshallplan verfocht. Doch mein Vorschlag wurde mit Gelächter quittiert. Um der historischen Genauigkeit willen muß ich anmerken, daß es William Waldegrave, Margaret Thatchers stellvertretender Außenminister, war, der das Gelächter anstimmte. Im folgenden versuchte ich, Margaret Thatcher einen „Thatcher-Plan“ und, vordem Gipfeltreffen mit Gorbatschow in Malta im September 1989, George Bush ein ähnliches Konzept nahezubringen - ohne Erfolg.“ (S. 269)

Dem Philantropen und Politiker George Soros, mittlerweile -zigfacher Dollar-milliardär, geht es um den Boom der „offenen Weltgesellschaft“. Die „offene Weltgesellschaft“ als Vorurteil, das Netzwerk der „Open Society Foundation“ als Anstoßfinanzierung (und kaum wahrnehmbarer Trend), Marshallpläne – oder besser: „Thatcher-Pläne“ – als Trendverstärker. Letztere stehen noch aus. Aber mit seiner wohl berechtigten

Forderung „Mehr Liquidität in die Peripherie“ bleibt Soros seinem Anliegen treu.

Das vorliegende Buch ist von der Kritik, gelinde gesagt, gemischt aufgenommen worden. Am wohlmeinendsten rezensierte noch die „New York Times“. Der theoretische Teil wird zwar als mehr oder weniger entbehrlich erachtet, Kraft wird Soros allerdings dort bescheinigt, wo er sich seiner eigentlichen Profession zuwendet: den Finanzmärkten und der Erklärung, warum wir heute dort stehen, wo wir sind.

Vernichtend hingegen die „Financial Times“: Die Argumente würden flüchtig aneinandergereiht. Einmal ginge es um eine Ökonomiekritik, dann wieder um die moralischen Prinzipien einer Gesellschaft. Obendrein hätte Soros keine Ahnung von finanzwirtschaftlicher Forschung. So taue das Buch gerade noch als Weihnachtsgeschenk für die Schwiegermutter. Und der Autor dieser Kritik, immerhin Ökonomie- und Managementprofessor am Massachusetts Institute of Technology, schließt seine Erregung mit dem Hinweis, daß Soros Gott sei Dank ein selbstloser, großzügiger und kreativer Philanthrop ist. Würste man das nicht, so würde man ihn glatt für irgendeinen weiteren reichen Wichtigmacher halten.

Das Buch ist lesenswert.

Uli Schönbauer

Anmerkungen

¹ Einer breiteren Öffentlichkeit ist Soros durch seine Spekulation gegen das britische Pfund im Jahr 1992 bekannt geworden.

² 1979 gründete Soros den Open Society Fund, der die Aufgabe hatte, „geschlossene Gesellschaften zu öffnen, offene Gesellschaften zu stärken und eine kritische Denkweise zu fördern“ (S. 106).

³ Popper, Karl R., Die offene Gesellschaft und ihre Feinde (München 1980).

⁴ Und damit wird das eigene Einkommen erhöht, denn es ist heute Usus, daß Ma-

nager statt Zusatzgratifikationen Aktienoptionen als Prämie bekommen.

⁵Es gibt aber auch den umgekehrten Fall, daß sich die Peripherie vom Zentrum abschottet. Malaysia schloß sich z.B. bewußt von den internationalen Kapitalmärkten aus. Ein Sonderfall ist für Soros das „sozialtechnische Experiment“ Europäische Union. Das Problem wäre die Asynchronität zwischen wirtschaftlicher

und politischer Integration. Dabei hinke die politische Integration weit hinterher. So taue eine gemeinsame Währung nichts ohne gemeinsame Finanzpolitik. Und ob sich dafür nationalstaatlich genügend Rückhalt finden läßt? Jedenfalls sei die Integration ein dynamischer Prozeß: „Wenn er nicht vorangeht, dann muß man damit rechnen, daß er zurückgedreht wird.“

a european research project
on environment & employment

Die AK Wien (Institut für Wirtschaft und Umwelt) wurde von der DG V der Europäischen Kommission mit der Erarbeitung der Studie

**„Umwelt und Beschäftigung:
Strategien für eine nachhaltige Entwicklung und deren
Auswirkungen auf die Beschäftigung“**

beauftragt.

Für nähere Informationen zu diesem Projekt besuchen Sie bitte unsere Projekt-Homepage:

<http://www.econ.uni-klu.ac.at/ee>

Anregungen, Hinweise, Beiträge und kritische Anmerkungen sind sehr erwünscht.

Transnationale Koordinierung der Lohnverhandlungen in Europa: Erste Ansätze in der Metallbranche

Rezension von: Thorsten Schulten,
Reinhard Bispinck (Hrsg.), Tarifpolitik
unter dem EURO. Perspektiven einer
europäischen Koordinierung: das
Beispiel Metallindustrie, VSA-Verlag,
Hamburg 1999, 262 Seiten.

Mit der Verwirklichung der Europäischen Währungsunion verlieren die teilnehmenden Länder ihre Autonomie in der Geldpolitik. Der Handlungsspielraum der Fiskalpolitik der EU-Mitgliedstaaten wird durch die Maastricht-Kriterien und durch den Stabilitätspakt von Dublin stark eingeschränkt. Aus diesen Gründen wird die Lohnpolitik die Hauptlast der Anpassung an asymmetrische Schocks tragen und die Hauptverantwortung für die Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Mitgliedsländer übernehmen müssen.

Trotz der großen Unterschiede in den Institutionen, Organisationen, Verhandlungsmechanismen usw. der nationalen Lohnverhandlungssysteme innerhalb der EU liegen die Teuerungsraten und die Zuwachsraten der Nominallöhne derzeit innerhalb eines schmalen Bandes. In einigen Ländern ist diese Dämpfung inflationärer Tendenzen allerdings nicht das Resultat eines flexiblen Lohnverhandlungssystems, sondern wurde durch eine einschränkende Geldpolitik erzwungen - um den Preis erhöhter Arbeitslosigkeit. Aus diesem Grund streuen die Arbeitslosenraten in der EU nach wie vor sehr stark.

Welche Anforderungen sind an eine europäische Lohnpolitik zu stellen, die Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum sowie eine Verringerung der Arbeits-

losigkeit begünstigt? Erforderlich ist eine Lohnpolitik in den einzelnen Ländern, die sich jeweils an dem von der Europäischen Zentralbank gesetzten Inflationsziel und dem längerfristigen Trend der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität orientiert.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin führte zu diesem Thema Simulationen mittels eines neoklassisch konzipierten Makro-Modells durch: Falls die Strategie der Reallohnkürzung in allen EWWU-Ländern zur Anwendung gelangte, führte dies zu insgesamt höherer Beschäftigung, aber auch zu erheblich niedrigeren Wachstumsraten. Mehr Personen stünden in Beschäftigung, aber 'Euroland' wäre insgesamt eine Region mit geringerem Pro-Kopf-Einkommen.

Seit 1993 ist der durchschnittliche Reallohnanstieg in den meisten EU-Ländern hinter dem jeweiligen Zuwachs der Arbeitsproduktivität zurückgeblieben. In vielen Mitgliedstaaten der Europäischen Union wurden bilaterale (Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände) oder trilaterale (Sozialpartner plus Regierung) Sozialpakete abgeschlossen, welche eine Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der jeweiligen nationalen Wirtschaft zum Ziel haben. Abkommen über eine moderate Lohnentwicklung bildeten einen festen Bestandteil dieser neo-korporatistischen Pakte.

Ein Versuch, den Reallohnzuwachs in einer Volkswirtschaft kontinuierlich unter der Rate des jeweiligen Produktivitätsfortschritts zu halten, stellt jedoch nichts anderes als eine *beggar-my-neighbor*-Politik dar, also eine Politik zu Lasten der Nachbarn in der EU: Die Arbeitslosigkeit im Inland soll mittels Marktanteilsgewinnen im benachbarten Ausland gesenkt werden. Aber diese Versuche, durch reale Abwertungen der eigenen Währung erfolgreich zu sein, sind letztlich vergebens. Um ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, werden andere EU-Mitglieder trachten, eine der-

artige Strategie nachzuahmen. Für die Europäische Union insgesamt ist ein solcher lohnpolitischer Kurs mithin nicht zielführend. Er bremste das Wachstum in der EU und könnte unter Umständen in eine deflationäre Spirale münden.

Die Notwendigkeit, eine grenzüberschreitende Koordination der Lohnpolitik in der EU herbeizuführen, ergibt sich aus dem beschriebenen Risiko einer deflationären Tendenz in Europa, welches aus weitverbreiteten Versuchen resultieren könnte, die eigene Wettbewerbsfähigkeit durch fortwährende Dämpfung der Lohnentwicklung auf Kosten der Nachbarn zu verbessern. Wie könnte eine derartige Koordination unter den gegebenen institutionellen und organisatorischen Bedingungen herbeigeführt werden? Die Diskussion über mögliche organisatorische Ansätze konzentriert sich auf dezentrale, netzwerkartige Formen der Koordination der nationalen Lohnpolitiken in der EU. Konkret könnte das bedeuten, daß die nationalen Gewerkschaftsverbände aus einer bestimmten Branche ihre Kontakte und Diskussionen untereinander mit Unterstützung des betreffenden sektoralen Euro-Gewerkschaftsverbandes intensivieren, um zu einem gemeinsamen Beschluß über lohnpolitische Grundsätze zu gelangen. In den jeweiligen nationalen Branchenverhandlungen suchen sie dann diese Grundsätze konkret umzusetzen.

Am weitesten sind die Ansätze einer unilateralen (gewerkschaftsseitigen) transnationalen Koordination der Tariflohnpolitik in der Metallbranche fortgeschritten. Diese ersten Ansätze sind das Thema des vorliegenden Sammelbandes.

Wie Thorsten Schulten, einer der beiden Herausgeber, im zentralen Beitrag ‚Europäisierung der Tarifpolitik – Der Koordinierungsansatz des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes (EMB)‘ ausführte, verabschiedete der EMB 1993 eine ‚Tarifpolitische Grundsatzerklärung‘, in der erstmals der Versuch unternom-

men wurde, ein umfassendes tarifpolitisches Selbstverständnis zu formulieren. In dieser Erklärung heißt es:

„Die Tarifpolitik der europäischen Metallgewerkschaften ... orientiert sich in ihrer Lohn- und Verteilungspolitik an gesamtwirtschaftlichen Entwicklungsgrößen und strebt erstens den regelmäßigen jährlichen Ausgleich der Preissteigerungsraten zur Reallohnsicherung, zweitens die Beteiligung der Arbeitnehmer Einkommen an Produktivitätsfortschritten zur gleichgewichtigen Einkommensentwicklung, drittens die Umverteilung ungerechtfertigt hoher Kapitaleinkommen an.“ (zitiert S. 222)

In den folgenden Jahren nahm die Frage, wie die abwärts gerichtete Spirale wettbewerbsorientierter nationaler Lohnpolitiken gestoppt werden könnte, eine immer bedeutendere Position in den Erörterungen des EMB ein. Die in Frankfurt am Main im Dezember 1998 abgehaltene Dritte Tarifpolitische Konferenz des EMB stand im Zeichen der unmittelbar bevorstehenden Verwirklichung der Europäischen Währungsunion. Die dort verfaßte Entschließung ‚Tarifpolitik mit dem Euro‘ wiederholt die 1993 verabschiedeten Orientierungspunkte der Tariflohnpolitik und bezeichnet sie als ‚europäische Koordinationsregel für Tarifverhandlungen‘, womit auch die Art und Weise der Umsetzung angesprochen wird:

„Die Verpflichtung, die Kaufkraft und eine gleichgewichtige Beteiligung an den Produktivitätszuwächsen zu erhalten, stellt die neue europäische Koordinationsregel für Tarifverhandlungen in der europäischen Metallwirtschaft insgesamt dar. Nur wenn dieses Ziel in ganz Europa nach den jeweiligen Bedingungen realisiert wird, kann Lohndumping ausgeschaltet und die weitere Einkommensumverteilung zu Lasten der Arbeitnehmer gestoppt werden.“ (zitiert S. 225)

Die Umsetzung dieser tarifpolitischen Leitlinie soll in den nationalen Tarifverhandlungen erfolgen:

“Die Gewerkschaften behalten ihre volle Autonomie und tragen die volle Verantwortung dafür, wie sie diesen Verteilungsspielraum für eine Verbesserung von Löhnen/Gehältern und für beschäftigungsfördernde Maßnahmen wie Arbeitszeitverkürzung und Ausbildung, für eine neue Arbeitsorganisation oder besondere Leistungen wie z.B. Vorruhestand, Maßnahmen zur Verrentung oder zur Gleichbehandlung nutzen.” (zitiert ebendort)

Mit der Einigung über lohnpolitische Grundsätze ist selbstverständlich noch nichts über deren Durchsetzung gesagt. In Rezessionsphasen und im Falle krisenhafter Entwicklungen einzelner Regionen oder einzelner Industriezweige der sehr breiten Metallbranche werden die Gewerkschaften sicherlich unter starken Druck geraten. Zudem werden die Bestrebungen, eine wettbewerbsorientierte Lohnpolitik (d.h. Reallohnzuwächse deutlich unter dem Produktivitätstrend) durchzusetzen, anhalten, vor allem von seiten der Regierungen im Rahmen von Verhandlungen über nationale Sozialpakete.

Der EMB verfügt über keine harten Sanktionsmöglichkeiten, um die Nichtbeachtung der beschlossenen Koordinationsregel durch einzelne Mitgliedsorganisationen hintanzuhalten. Immerhin wurde mit der Verpflichtung zu öffentlichen Berichten eine weiche Sanktionsmöglichkeit geschaffen: Die einzelnen Gewerkschaften müssen die Ergebnisse ihrer Tarifpolitik zukünftig im Lichte der EMB-Koordinationsregel darstellen.

Einen weiteren wichtigen Ansatz zur transnationalen Koordinierung der Lohnpolitik stellen grenzüberschreitende regionale Tarifkooperationen dar. Das bekannteste Beispiel ist die Zusammenarbeit zwischen Metallgewerkschaftern aus Nordrhein-Westfalen, Belgien und den Niederlanden. Dieser Kooperation ist der Beitrag von Joachim Kreimer-de Fries gewidmet.

All jenen, die am aktuellen Stand der Ansätze zur transnationalen Koordination der Lohnpolitik in der EU interessiert sind, kann dieser Sammelband nur wärmstens empfohlen werden.

Michael Mesch

„**Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft**“ sind unregelmäßig erscheinende Hefte, in denen aktuelle Fragen der Wirtschaftspolitik behandelt werden. Sie sollen in erster Linie Informationsmaterial und Diskussionsgrundlage für an diesen Fragen Interessierte darstellen.

-
- Heft 1-51: vergriffen
- Heft 52: Beschäftigung und wirtschaftliche Dynamik in Europa; Oktober 1994
- Heft 53: Aspekte der Arbeitsmarktintegration von Lehranfängern; September 1994
- Heft 54: Saisonale Muster von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in Österreich; September 1994
- Heft 55: Interessensysteme und Politik, Versuch einer Evaluierung; Jänner 1995
- Heft 56: vergriffen
- Heft 57: Anmerkungen zum Verhalten börsenemittierender Unternehmen aus einzel- und gesamtwirtschaftlicher Sicht; Juni 1995
- Heft 58: Kosten und Finanzierung der Lehrlingsausbildung – Empirische und konzeptionelle Probleme; Oktober 1995
- Heft 59: Entwicklung und Zukunft der österreichischen Sozialpartnerschaft; Dezember 1995
- Heft 60: Argumente zur Pflichtmitgliedschaft in den Kammern; Dezember 1995
- Heft 61: Zwischen Erwerbstätigkeit und Familie; Die Verteilungssituation unselbständig beschäftigter Frauen in Österreich; März 1996
- Heft 62: 75 Jahre Wirtschaftspolitik der Arbeiterkammer; Juni 1996
- Heft 63: Vermögen, Erben und Erbschaftssteuer in Österreich; Februar 1997
- Heft 64: Das EU-Budget; April 1997
- Heft 65: Internationaler Wettbewerb: Herausforderung für Lohn- und Beschäftigungspolitik; Mai 1997
- Heft 66: vergriffen
- Heft 67: vergriffen
- Heft 68: Grundsätze und Wirkungsweise der europäischen Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik; Juli 1997
- Heft 69: vergriffen
- Heft 70: Beschäftigungstendenzen im österreichischen Dienstleistungssektor 1971–97; Juli 1998
- Heft 71: Die Risiken der Deflation und Wege zu ihrer Vermeidung; Februar 1999
- Heft 72: Das österreichische Gesundheitswesen; April 1999

Eigentümer, Verleger, Herausgeber und Vervielfältiger: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien; Alle: 1041 Wien, Prinz Eugen-Straße 20-22, Postfach 534

**„Wirtschaftswissenschaftliche Tagungen
der Arbeiterkammer Wien“
Reihe Band 4**

Die Beschäftigungsentwicklung im Dienstleistungssektor

Günther Chaloupek, Michael Mesch (Hrsg.)

Henning Klodt

Die Beschäftigungsentwicklung im deutschen Dienstleistungssektor:
Tendenzen und Ursachen.

Dick Brus, Satar Alladin, Yvonne Bernardt, Theo Dunnewijk
Employment in the Dutch Market Services Sector. An Input-Output
Decomposition Study.

Michael Mesch

Die Beschäftigung im österreichischen Dienstleistungssektor 1987-97:
Tendenzen und Ursachen.

Peter Brenner

Österreichs Beschäftigungsstruktur im Wandel: Sektoren und Berufe.

Lorenz Lassnigg

Bildungswesen und Qualifikation in der Dienstleistungsgesellschaft

Heinz Handler

Regulierungen im Dienstleistungssektor

Wien 1998, 110 Seiten, öS 198,-

Bestellungen bei: Verlag ORAC, 1014 Wien, Graben 17,
Tel. 01/534 52-0, Fax 01/534 52-142, e-mail: verlag@Orac.at

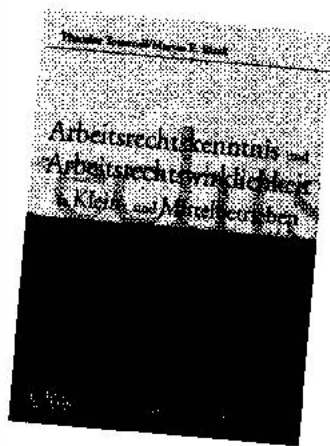
Univ.-Prof. Dr. Theodor Tomandl

Univ.-Ass. Mag. Martin E. Risak

Arbeitsrechtskenntnis und Arbeitsrechtswirklichkeit in Klein- und Mittelbetrieben

Forschungsberichte aus den österreichischen Universitäts-
instituten für Arbeits- und Sozialrecht

Rechtsvorschriften haben nur dann eine Chance, wenn sie auch gekannt werden. In einem Bereich wie dem Arbeitsrecht, das sich durch die Normenfluten des Gesetzgebers und der Kollektivvertragsparteien auszeichnet, ist die Wahrscheinlichkeit guter Rechtskenntnis schon in Großbetrieben nicht hoch.



Das Institut für Arbeits- und Sozialrecht der Universität Wien hat den Versuch unternommen, im Rahmen einer empirischen Untersuchung in 50 Klein- und Mittelbetrieben aus dem Wiener Raum festzustellen, wie es um die Arbeitsrechtskenntnisse von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Mitglieder des Betriebsrats bestellt ist. Der vorliegende Band stellt die Ergebnisse dieser Untersuchung dar und zieht aus ihr weiterggehende Schlußfolgerungen.

Wien 1999, 84 Seiten, brosch.

Preis S 190,-

DM 26,- / sfr 26,-

Best.-Nr. 15.10.11,

ISBN 3-7007-1415-7

In jeder Buchhandlung -oder direkt beim Verlag:
Graben 17, 1010 Wien,

Fax: (01) 534 52-141, Tel.: (01) 534 52-0,

<http://orac.at>, bestellung@orac.at

Ihr Verlag für Steuern, Recht und Wirtschaft.

Verlag
Orac

Aktiv für Sie

Eine starke Interessenvertretung für alle Arbeitnehmer

- Die AK schafft Recht.
- Die AK gibt Schutz.
- Die AK bildet.
- Die AK sichert
das soziale Netz.
- Die AK verhindert
Preistreiberei.
- Die AK schützt
die Umwelt.
- Die AK sichert die
Sozialpartnerschaft.



Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22
Tel.: 501 65-0

AK
Wien